



BAYERISCHE

GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Bayerischer Gemeindetag in Iphofen:

Kommunen und Klimaschutz

Bei der zweitägigen Landesversammlung des Bayerischen Gemeindetags in Iphofen (Landkreis Kitzingen), die unter dem Motto „Die Rolle der Kommunen beim Klimaschutz“ stand, forderte Präsident Dr. Uwe Brandl Bundes- und Landespolitik auf, die Gemeinden, Märkte und Städte stärker als bisher bei deren Energiepolitik zu unterstützen. Da Bayerns Gemeinden in Energiefragen weitgehend unabhängig werden wollen, wurde ein entsprechendes Thesepapier verabschiedet (siehe Kasten, Seite 4).

Kommunale Energiepolitik bekomme „eine ganz neue Qualität“, so Brandl. „Wir gehen voran und zeigen Wege auf, wie Klimaschutz in den örtlichen Gemeinschaften praktiziert werden kann.“ Ihren Beitrag hierzu leistet auch eine neue Dokumentation mit Beispielen kommunaler Energiemaßnahmen, die nunmehr allen Gemeinden zur Verfügung gestellt wird.

Das Energiekonzept der Bundesregierung sei beschlossene Sache und damit die „Energie-wende“ quasi amtlich, betonte Brandl. Schon bis 2040 soll der Anteil der „Erneuerbaren“ knapp 50 Prozent am Gesamtbruttoendenergieverbrauch betragen und an der Stromerzeugung bereits zwei Drittel. Bis 2050 soll der gesamte Gebäudebestand klimaneutral sein. Jährliche Investitionen in Höhe von geschätzten 20 Milliarden Euro bis 2050 sind dafür notwendig. Andererseits wird der Atomkompromiss Brandl zufolge hohe Einnahmen beschieren, die zusätzliche Fördermaßnahmen in Milliardenhöhe ermöglichen. Über deren Zielgruppen und Inhalte werde von der Bundesregierung noch zu entscheiden sein.

Zukunftsaufgabe

Deshalb sei es wichtig aufzuzeigen, wie bedeutsam der Beitrag der Gemeinden im Hinblick auf die Klimaschutzziele ist, dass bereits viel geleistet wurde und die Kommunen bereit seien, sich den enormen Zukunftsaufgaben mit Verve zu stellen. „Dies berechtigt uns aber auch, einen Anteil am Förderkuchen einzufor-

dern. Hier gilt es zu kämpfen, denn die Kommunen tauchen im Energiekonzept nur peripher auf“, stellte der Präsident fest.

Blindes Vertrauen in Markt

Brandl forderte in seiner Grundsatzrede darüber hinaus die politisch Verantwortlichen in Bund und Freistaat auf, die öffentliche Hand zu stärken und gleichzeitig die Ideologie „Privat vor Staat“ zurück zu drängen:

Bildungspaket für Kinder im SGB II und SGB XII:

Bayerische Sichtweisen

Eine zusammenfassende Darstellung der Thematik „Bildungspaket für Kinder im SGB II und SGB XII“ hat Sozialministerin Christine Haderthauer vorgelegt. Ihrer Ansicht nach muss die Leistungserbringung für soziale Teilhabe und Bildung von Kindern diskriminierungsfrei und bürokratiearm ausgestaltet sein und - innerhalb des zur Verfügung stehenden Budgets - die Teilnahme an allen vor Ort befindlichen Angeboten ermöglichen. Die derzeitige Regelung, die als „Alternative“ zum Gutschein verkauft wird, erfüllt ihrer Ansicht nach keines dieser Kriterien.

Haderthauer zufolge war im Koalitionsausschuss und auch in der nachfolgenden gemeinsamen CDU/CSU-Präsidiumssitzung vereinbart und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) zugesagt worden, dass neben Gutscheinen als Vorläufer für das beabsichtigte Chipkar-

„Das blinde Vertrauen in die Selbststeuerung der privaten Märkte hat sich in vielen Bereichen als falsch und trügerisch erwiesen. Die Beispiele reichen von der Finanzwirtschaft bis zur Breitbandversorgung.“ Grundlegende Angelegenheiten der Daseinsvorsorge für die Bürger dürften nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden, die öffentliche Hand müsse gestärkt werden, damit das Grundvertrauen der Bürgerschaft in das Funk-

tionieren des Systems - und damit der Demokratie - erhalten bleibe.

Negative Beispiele

Seine Argumentation untermauerte der Gemeindetagschef mit folgenden Beispielen: 1. Die ständige Forderung der Wirtschaft und des Koalitionspartners der Regierungsfraktion in Bund und Land nach Privatisierung der öffentlichen Daseins-

(Fortsetzung auf Seite 4)

im Bundeskabinett sei nur erfolgt, weil Ministerin von der Leyen am Morgen noch Nachbesserung zugesagt hatte. Haderthauer: „Es ist weiterhin nicht erkennbar, dass diese Zusage eingehalten wird. Die Bemühungen unsere Lösung zu implementieren, laufen daher weiter.“

Barauszahlung

Wie die Ministerin ausführt, wird der persönliche Schulbedarf - gemeint sind Stifte, Hefte etc. - mit einem Budget von 100 Euro im Jahr pro Kind wie bisher bar ausbezahlt. In der Gesetzesbegründung steht: „Für den persönlichen Schulbedarf sieht § 29 Absatz 1 Satz 2 wie bisher die

(Fortsetzung auf Seite 2)

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Enge Spielräume

„Wir befinden uns mitten in einem heißen Herbst“, stellte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Regensburgs OB Hans Schaidinger, bei einer Pressekonferenz in München fest. Damit verbunden seien die Themen Gewerbesteuer, kommunale Steuereinnahmen und die laufenden Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich 2011.

Von Erfolg gekrönt worden sei das „hartnäckige Argumentieren für die Gewerbesteuer“, so Schaidinger eingangs. Bundesfinanzminister Schäuble habe zugesagt, dass die Gewerbesteuer samt den Hinzurechnungen bestehen bleiben soll. Damit bleibe die wichtigste Steuerquelle der Kommunen erhalten. „Wir haben uns untergehakt - große Städte, kleine Gemeinden und Landkreise, über alle Parteien hinweg. Die Kommunen kämpfen in einer festen Phalanx für den Erhalt der Gewerbesteuer. Der solidarische Einsatz hat sich gelohnt, die Gewerbesteuer scheint aus der Gefahrenzone zu sein“, meinte der Vorsitzende.

Gewerbesteuer

Das letzte halbe Jahr hatte der Bayerische Städtetag intensiv für die Gewerbesteuer mobilisiert und geworben - vertrauend auf die Versprechen von Kanzlerin Merkel und Ministerpräsident Seehofer, die mehrfach ihr Wort gegeben hatten, dass ohne Zustimmung der Kommunen keine Änderung des Systems der Kommunalfinanzen angepackt werden soll. Laut Schaidinger benötigen die Kommunen die Gewerbesteuer „wie die Luft zum Atmen“. Die Gewerbesteuer sei eine unentbehrliche Steuerbasis, die nicht untergraben werden dürfe. Selbst im Rezessionsjahr 2009 machte die Gewerbesteuer mit 4,7 Milliarden Euro knapp 40 Prozent aller kommunalen Steuereinnahmen in Bayern aus. Noch höher ist der Anteil in den Großstädten: In den 25 kreisfreien bayerischen Städten beträgt die Gewerbesteuer 46 Prozent des kommunalen Steueraufkommens.

Der Vorstand des Bayerischen Städtetags lehnt den Vorschlag von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble ab, den Kommunen einen Hebesatz auf die Einkommensteuer zu geben. Schaidinger zufolge fürchten die Kommunen mit dem Zuschlagsrecht auf die Einkommensteuer Verschiebungen im Verhältnis von Kernstadt und Umland. Die Kern-

städte hielten die Leistungen für Krankenhäuser, Schulen, Volkshochschulen, Musikschulen, berufliche Weiterbildung, Bäder, Bibliotheken, Museen und Theater vor. Dieses Angebot nutzten naturgemäß auch Einwohner aus dem Umland. Allerdings würden die Bewohner der Kernstädte mit einem höheren Hebesatz auf die Einkommensteuer zur Finanzierung herangezogen, als die Bewohner im Umland. Dies könnte zur fatalen Entwicklung führen, dass besser verdienende Bürger in Orte mit niedrigeren Hebesätzen ziehen. Besserverdienende, so der Vorsitzende weiter, könnten sich auch zu Pseudoumzügen bemüßigt fühlen: Sie könnten - ähnlich wie Briefkastenfirmen, die sich im ausländischen Steuerparadies ansiedeln - eine Briefkastenwohnung in steuergünstigeren Orten beziehen.

Fataler Wettbewerb

„Es könnte ein fataler Wettbewerb mit Dumpingsteuersätzen einsetzen“, so Schaidingers Be-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina



Chefs sind auch nur Menschen. Deswegen versteht die Vorzimmerperle durchaus, wenn auch ihr Vorgesetzter, der Bürgermeister, hin und wieder etwas lauter Dampf ablässt. Solange er dabei nicht anfängt zu „schäubern“, sondern sich anschließend entschuldigt, bleibt die allgemeine gute Arbeitsatmosphäre bestehen. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Bei Integration scheiden sich die Geister	2
Die Frauen holen auf	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Integration fördern - nicht nur darüber reden!	3
Initiativen für eine Kultur des Erinnerns	3
LTE-Immissionen weit unter den Grenzwerten	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Energiethemen	5-10
Ausstattung kommunaler Gebäude	11
Sicherheit · Arbeitsschutz	12
Aus den bayerischen Kommunen	13-16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Finanzausgleich:

Verhandlung auf Augenhöhe

Gespräche der Staatsregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden in der Schlussrunde

Eine kalkulierbare, verlässliche Finanzplanung der Staatsregierung für die Kommunen hat Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer (CSU) im Landtag angekündigt. Wenige Tage vor Abschluss der Verhandlungen über den Finanzausgleich mit den vier kommunalen Spitzenverbänden im kommenden Jahr versicherte er, es werde auf Augenhöhe verhandelt und ein fairer Kompromiss zwischen Sparkurs und Anforderungen zustande kommen.

Parallel zu Berlin hatten die Grünen das Thema unter dem Motto „Kein Kahlschlag auf Kosten der Kommunen“ für eine Ministerbefragung in München gewählt. Finanzminister Georg Fahrenschon (CSU) war zu diesem Zeitpunkt in der Bundeshauptstadt. Die Gewerbesteuer und die von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble (CDU) im Kompromiss vorgeschlagene Erhöhung des kommunalen Einkommensteueranteils - in der Höhe nach freier Entscheidung jeder Gemeinde - wurde auch im Landtag gegensätzlich erörtert. Für die Grünen lehnte Christine Kamm eine solche differenzierte Einkommensteuer ab, weil damit ärmere Kommunen in einen Verdrängungswettbewerb getrieben und die Bürger in finanzschwachen Regionen benachteiligt würden.

Keine interkommunalen Wanderbewegungen

Pschierer blieb namens der Staatsregierung dabei, die Gewerbesteuer zu erhalten. „Wir wollen keine interkommunalen Wanderungsbewegungen wegen Einkommensteuerzuschlägen.“ Er begrüßte Schäubles Zusage, die Gewerbesteuer nicht gegen den Willen der Kommunen abzuschaffen und sie darüber hinaus von sozialen Leistungen zu entlasten. Koalitionspartner FDP war anderer Meinung. Jörg Rohde befand, es gehe den Kommunen „offensichtlich sehr gut“, wenn sie auf Schäubles Angebot verzichten könnten. Dr. Franz Xaver Kirschner schlug in die gleiche Kerbe. Die von der unterschiedlichen Wirtschaftskraft abhängige Gewerbesteuer führe zu „erheblichen Verwerfungen zwischen den Kommunen“.

Städtebauförderung

Die von allen Oppositionsfractionen aufgeworfene Frage, wie es denn mit der Städtebauförderung stehe, die in der Berliner schwarzgelben Koali-

on ebenfalls diskutiert werde, beantwortete Pschierer mit der von der CSU gegenüber ihrem zuständigen Bundesminister Dr. Peter Ramsauer nachdrücklich geltend gemachten Forderung, hier so weit als möglich auf Einsparungen zu verzichten und Kürzungen zurückzunehmen. Nach der Landtagssitzung teilte Innenminister Joachim Herrmann (CSU) mit, für das Bayerische Städtebauförderungsprogramm stünden heuer rund 14 Millionen Euro Landesmittel zur Verfügung, mit denen in 195 Städten und Gemeinden Investitionen angestoßen werden könnten; 76 % der Mittel flössen in den ländlichen Raum.

Gute Finanzlage

Im Plenum bewertete Pschierer die finanzielle Lage der bayerischen Kommunen insgesamt als gut, bei den Investitionen hätten sie mit 25% die höchste Quote bei einem Bundes-

durchschnitt von 16 %. Auf die Hinweise aus der Opposition, dass viele Gemeinden nicht in der Lage seien, ihre Haushalte zu beschließen, antwortete er, drei Viertel der Kommunen hätten einen ausgeglichenen Etat. Auch bei der Verschuldung liege der Durchschnitt mit 1.000 Euro pro Kommune in Bayern günstig, was Probleme in Einzelfällen nicht ausschließe. Der Freistaat werde seinen Verpflichtungen gegenüber den Kommunen nachkommen. Sie könnten sich auch in Zukunft auf die Staatsregierung verlassen.

SPD bezweifelt Zahlen

SPD-Finanzexperte Volker Halbleib bestritt die Zahlen des Staatssekretärs. Heuer könnten sich 39 % der Gemeinden nicht haushaltsgerecht verhalten und brauchten Kredite für laufende Ausgaben.

Konkrete Zusagen

Er verlangte vom Finanzstaatssekretär konkrete Zusagen über Hilfen im Finanzausgleich. Das lehnte dieser mit Hinweis auf die laufenden Spitzengespräche ab. Insgesamt räumte Pschierer ein, dass es in den einzelnen Regionen durchaus schwierige Situationen für Bezirke, Städte, Landkreise und Gemeinden gebe. Er stellte die Situation in Oberfranken der glücklichen Krisenbewältigung in Städten wie Nürnberg und Fürth gegenüber. Auf jeden Fall sprudelten jetzt die Steuerquellen auch für die Kommunen. Hier wurde er auch von Peter Winter (CSU) und Jörg Rohde (FDP) unterstützt. **rm**

Die Frauen holen auf

**Staatsdienst in Bayern jetzt zur Hälfte weiblich besetzt
Schwierigkeiten in den Kommunen**

Der Vormarsch der Frauen im öffentlichen Dienst sei offenbar unaufhaltsam. So fasste Sozialministerin Christine Haderthauer die Entwicklung zusammen, als sie im Landtagsausschuss für den öffentlichen Dienst den aktuellen Fünf-Jahresbericht der Staatsregierung über die Umsetzung des Bayerischen Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern vorlegte. Genau 50 % aller Beamten und Angestellten seien 2009 weiblich gewesen. Das gesetzliche Ziel sei jedoch noch nicht erreicht. Der Kopfzahlparität müsse die Karriereparität folgen. Aktuell seien erst rund 30 % der Führungspositionen weiblich besetzt. Größere Probleme als in der Staatsverwaltung gibt es noch bei den Kommunen.

Bei der Erhebung 2004 lag der Frauenanteil im öffentlichen Dienst immerhin schon bei 48 %. Das 1996 vom Landtag beschlossene und 2006 geänderte Gesetz zeige seine Wirkung, aber Familienengagement müsse endlich Karriere fördernd statt hemmend wirken. Die Ministerin will sich dafür einsetzen, dass gelebte Familienerfahrung oder auch ehrenamtliche Tätigkeit bei Stellenbesetzungen und Beförderungen stärker berücksichtigt werden.

Gleichstellung

Auf kommunaler Ebene ist die Gleichstellung laut Bericht zwar auch deutlich vorangekommen, aber noch lange nicht so wie beim Freistaat mit seiner viel höheren Beschäftigtenquote. Allenfalls die Großstädte München, Nürnberg und Augsburg kommen der staatlichen Entwicklung nahe; auch in manchen Landkreisen ist das so. Anders bei den kreisangehörigen Gemeinden, die vielfach in Verwaltungsgemeinschaften zusammengeschlossen sind. Positiv wirkt, so der Bericht, dass in fast allen Kommunen Gleichstellungsbeauftragte berufen wurden. Sie haben sich über die Gemeindekanzleien hinaus zur Beratungs- und Unterstützungsinstanz für die Bevölkerung entwickelt.

Ruf nach Quoten

SPD und Grüne forderten Än-

derung des Gesetzes. Sie wollen den Frauenanteil durch eine Quotenregelung für Einstellung und Beförderung sichern, wie gerade von der CSU für die Partei beschlossen. Simone Strohmayr (SPD) forderte, Führungspositionen auch in Teilzeit gezielt zu fördern. Die Rahmenbedingungen für die Gleichstellungsbeauftragten und deren Vertreter müssten insbesondere in den Zeit- und Personalbudgets verbessert werden. Claudia Stamm (Grüne) be-

Bei der Integration scheiden sich die Geister

Zwiespältige Landtagsdebatte zur Regierungserklärung von Sozialministerin Haderthauer

Die Integration von Zuwanderern bleibt zwiespältig und strittig. In einer Regierungserklärung im Landtag bekannte sich Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) einerseits zu mehr Maßnahmen in Kinderbetreuung und Elternarbeit sowie bei der Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse, stellte alles aber unter die Bedingung, die Migranten müssten binnen Jahresfrist Deutsch lernen. Ansonsten seien Sanktionen von Bußgeld bis zur Kürzung staatlicher Leistungen zu verhängen. Ihre Ausführungen - die erste Integrationsrede im Plenum - wurde von Ministerpräsident Horst Seehofer mit dem kurzen Schlusswort bekräftigt, er habe nichts mehr hinzuzufügen. Die Opposition protestierte; auch aus der Koalition kamen mäßi-

gende Stimmen, die einen weichen Kurs anmahnten. Es dürfe in Bayern keine Parallelgesellschaften geben, forderte die Ministerin. „Multi Kulti ist tot.“ Deutschland sei kein Einwanderungsland. Wer bleiben wolle, müsse sich dafür entscheiden, „in unserer Kultur, unserer Rechtsordnung und in einer Gesellschaft mit unseren Werten und Traditionen zu leben“. In diesem Sinne müssten auch Gesetze geändert werden. Das Mindestalter für Ehegattennachzug sollte von 18 auf 21 Jahre angehoben werden. Für ein gesetzliches Verbot von Zwangsheiraten der „Importbräute“ erhielt Haderthauer auch aus der Opposition Zustimmung.

„Ausgrenzungsrhetorik“

Ansonsten stand die Opposition gegen den harten Kurs. SPD-Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher warf dem Ministerpräsidenten und seiner Fach-

ministerin eine „Ausgrenzungsrhetorik“ vor. Seehofers Nein zu Einwanderern aus anderen Kulturkreisen sei kontraproduktiv, zum Beispiel bei der Münchner Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2018. Es stimme zwar, dass das Mitwirken der Zuwanderer für eine erfolgreiche Integration notwendig sei, die Politik müsse aber auch Mittel etwa für Sprachkurse bereitstellen. Isabell Zacharias (SPD) behauptete, die CSU sei das „Integrationsproblem Nummer Eins“.

Forderung nach Integrationsplan

Renate Ackermann (Grüne) drehte das Wort der Ministerin um und sagte, „Monokultur ist out, Multi Kulti lebt“. Sie forderte unter anderem ein kommunales Wahlrecht für alle Ausländer. Unzulänglich sei auch das bayerische Kinderbildungsgesetz (KiBiG). In der Kinderbetreuung herrschten in Bayern eklatante Versäumnisse. Grünen-Fraktionsvorsitzende Margarete Bause forderte einen Integrationsplan. Positiv und negativ beurteilten die Freien Wähler die Integrationspolitik der Staatsregierung. Die Sprachkompetenz sowie schulische und vorschulische Kinderbetreuung zu stärken seien wesentliche Voraussetzungen. Leider seien die Bemühungen

der Staatsregierung „oft nur Leuchtfener, aber keine dauerhafte Beleuchtung“, so Günther Felbinger. Fraktionschef Hubert Aiwanger kritisierte, den Integrationsbeschlüssen des CSU-Parteitags stehe Seehofers Wortklauberei gegenüber. Für die notwendigen Hilfen gerade in der Sprach- und Familienförderung „müssen wir noch sehr viel Geld in die Hand nehmen“; mehr als die 1,8 Mio. Euro für Sprachkur-

Schritte in richtige Richtung

Für die FDP befand Brigitte Meyer ohne Namensnennung des Ministerpräsidenten, „bewusst vereinfachende populistische Beiträge helfen nicht weiter“. Ihre Partei habe in der Koalition Schritte in die richtige Richtung bewirkt. Distanziert positiv äußerte sich der Integrationsbeauftragte der Staatsregierung, der CSU-Abgeordnete Martin Neumeyer. Natürlich müsse gehen, wer sich nicht integrieren wolle. Dafür brauche man jedoch keine schärferen Gesetze oder neue Sanktionen. Interkulturelle Kompetenz sei gefragt. Multi Kulti suggeriere, sich nicht anpassen zu müssen.

„In der Sache eindeutig und in der Analyse zielsetzend“

In einem Schlusswort, zu dem laut Geschäftsordnung keine Diskussion mehr möglich war, würdigte der Ministerpräsident die Regierungserklärung seiner Fachministerin (die für ihren am gleichen Tage begangenen 48. Geburtstag einhelligen Beifall erhalten hatte) als in der Sache eindeutig und in der Analyse zielsetzend. Man habe von der Opposition nichts Substantielles gehört, was wir anders machen sollten. **rm**

Bayerische...

(Fortsetzung von Seite 1)
Form der Geldleistung vor. Die Erfahrungen mit der bisherigen zusätzlichen Leistung für die Schule haben gezeigt, dass die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler im Bezug existenzsichernder Leistungen nicht hinter der Ausstattung ihrer Altersgenossen zurückbleibt. Es ist von einer ganz überwiegend zweckentsprechenden und verantwortungsvollen Verwendung der Leistungen auszugehen. Sofern in begründeten Einzelfällen Anlass zu der Annahme besteht, dass Leistungen nicht zweckentsprechend verwendet werden, insbesondere weil auffällt, dass Kinder und Jugendliche nicht über die erforderliche Ausstattung verfügen, kann der Träger der Leistungen nach diesem Buch den Nachweis zweckentsprechender Verwendung verlangen.“ Bemerkenswert ist laut Haderthauer, „dass trotz dieser guten Erfahrung mit Bargeldleistung für Schulkinder das BMAS für die weiteren neu hinzugekommenen Bedarfe an einer Erbringung als Sachleistung festhält!“

Des weiteren gibt es nach Auskunft der Ministerin folgende Sachleistungen: Zuschuss zu Schul- und Kita-Ausflügen (kein Budget im Gesetz, eingeplante Mittel: 30 Euro pro Kind und Jahr), angemessene Lernförderung für Schüler (kein Budget im Gesetz, eingeplante Mittel nicht benannt), Mittagessen in Schulen und Kitas (kein Budget im Gesetz, eingeplante Mittel: 2

Euro pro Kind und Mahlzeit), Zugang zu Vereinen in den Bereichen Sport, Spiel, Kultur, Geselligkeiten und Ferienzeiten für Kinder bis 18 Jahre (Budget: 10 Euro im Monat pro Kind).

Die derzeitige Regelung des BMAS-Gesetzesentwurfs (neben der Gutscheinelösung) ist laut Haderthauer so ausgestaltet, dass Kinder arbeitssuchender Eltern nicht auf das gesamte Angebot vor Ort zurückgreifen können. Voraussetzung sei nämlich eine Leistungsvereinbarung. „Es würden sich vor Ort viele Türen für sie verschließen statt öffnen, weil nicht alle Anbieter eine Leistungsvereinbarung abschließen werden“, so die Ministerin.

Zur Erklärung: Vor der Leistung des Anbieters (Musikschule, Sportverein, Nachhilfe – oder Musiklehrer, Student oder Mitschüler, etc.) ist nach dem aktuellen Gesetzesentwurf zwingend eine Leistungsvereinbarung zwischen Jobcenter (oder Kommune) und Leistungsanbieter abzuschließen. Dabei handle es sich quasi um eine zertifizierungsartige Zulassung, denn es sind Inhalt, Umfang und Qualität der Leistungen, die Vergütungen sowie Prüfungen zur Wirtschaftlichkeit und Qualität der Leistungen des Leistungsanbieters festzulegen. Auf dieser Basis erhält der Hilfebedürftige dann eine Kostenübernahmeerklärung des Jobcenters gegenüber dem Hilfebedürftigen bezogen auf diesen Leistungsanbieter.

Die Folge: „Die Kostenüber-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Herbert Rüppel
63879 Weibersbrunn
am 3.12.

Bürgermeisterin Gabriele Weber
96358 Teuschnitz
am 6.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Binder
94164 Sonnen
am 24.11.

Bürgermeister Andreas Zenglein
63808 Haibach
am 30.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Alfred Lautenhammer
84573 Schönberg
am 28.11.

Hinweis in eigener Sache:
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage. □

Bürgerkulturpreis des Bayerischen Landtags:

„Initiativen für eine Kultur des Erinnerns“

Die Entscheidung um den Bürgerkulturpreis 2010 des Bayerischen Landtags ist gefallen. Den mit 12.000 Euro dotierten ersten Preis erhält der Trägerkreis „Gedächtnisbuch für Häftlinge des KZ Dachau“ in Dachau. Mit dem zweiten Preis (8000 Euro) wird das Europäische Jugendprojekt Oberpfalz e. V. (EJPO e. V.) in Freihung bedacht. Den dritten Preis (6000 Euro) bekommt der Geretsrieder Förderverein Heimatmuseum e. V.

Zudem werden beim Festakt am 6. Dezember im Münchner Maximilianeum zwei Anerkennungspreise, die mit jeweils 2.000 Euro dotiert sind, vergeben. Den Preis für innovative Dokumentation erhält der Förderkreis Haus Wolfsthalplatz e. V. in Aschaffenburg für die Historische Datenbank „Juden in Unterfranken“. Mit dem Anerkennungspreis für generationenübergreifende Zusammenarbeit wird die Kulturwerkstatt Bamberg für das Projekt „Wenn Gedanken Worte werden – Erika Löbels Tagebuch“ belohnt.

Wanderausstellung

Seit 1999 haben 150 ehrenamtliche Mitarbeiter aller Altersgruppen über Häftlinge des KZ Dachau insgesamt 130 Gedächtnisblätter erstellt. Dadurch ist eine Annäherung an die Zeit des Nationalsozialismus möglich. Ergänzt werden die Gedächtnisblätter durch eine Internationale Wanderausstellung, die seit 2008 an 50 Orten in 6 Ländern rund 60.000 Besuchern präsentiert wurde.

Unter dem Motto „Versöhnung, Verständigung, Freundschaft – über Grenzen hinweg“

werden seit 2002 mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Bezirksverband Oberpfalz, jährlich internationale Projektwochen für Jugendliche veranstaltet. Durch den Besuch von Kriegsgräber- und Gedenkstätten, in Dokumentationszentren und an Originalschauplätzen können die Teilnehmer „Geschichte zum Anfassen“ erleben.

Geretsrieder Heimatmuseum

Bereits kurz nachdem im Frühjahr 1946 die ersten Transporte mit Heimatvertriebenen aus dem Sudetenland nach Geretsried gekommen waren, begannen diese, ihre Erinnerungen an die alte Heimat zu sammeln. Aus privaten Sammlungen entstand 1970 die erste kleine Ausstellung, die den Grundstock für das Geretsrieder Heimatmuseum im Rathaus bildete. Der Förderverein unterstützt die Museumsarbeit und hilft mit viel Eigenleistung beim Umbau eines zukünftigen Museumsgebäudes. Außerdem liegt dem Verein auch die Pflege der Kultur, Sprach-, Mundart- und Brauchtumsvielfalt der Geretsrieder Bevölkerung am Herzen.

Der Förderkreis Haus Wolfsthalplatz wiederum hat in über zehn Jahren mit Unterstützung der Stadt Aschaffenburg und des Bezirkstages Unterfranken eine historische Datenbank entwickelt, um die Geschichte der jüdischen Bevölkerung am Untermain vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zu ihrer Vernichtung zu dokumentieren. Aus gedruckten Handbüchern, Friedhofsdokumentationen und Akten wurde ein umfassendes Bild der jüdischen Bevölkerung und ihrer Entwicklung ermöglicht.

Kulturwerkstatt

Erika Löbl, eine in Bamberg geborene Jüdin, begann 1937 im Alter von 13 Jahren Tagebuch zu führen. Sie beschreibt darin ihre Jugendjahre in Bamberg, den Kindertransport nach England und die Weiterreise von Glasgow über Buenos Aires nach Ecuador. Der Bruder der mittlerweile verstorbenen Erika Löbl stellte der Kulturwerkstatt das Tagebuch zur Verfügung, um Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten, sich bei der inhaltlichen Arbeit mit dem Tagebuch mit Nationalsozialismus und Antisemitismus auseinanderzusetzen. Seit 2007 arbeiten unterschiedliche Schülergruppen mit dem Tagebuch, das nach Abschluss der Recherchearbeiten mit reichhaltigen Hintergrundinformationen als Unterrichtsmaterial veröffentlicht werden soll. **DK**

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

wieder einmal werden über Integration Schlagzeilen in allen Zeitungen geschrieben, wird das Thema politisch diskutiert. Es beherrscht die Gespräche an Stammtischen und am Arbeitsplatz. Aber was ist Integration überhaupt?

Der Begriff Integration ist aus dem Lateinischen 'integrare' abgeleitet, zu deutsch 'Herstellung eines Ganzen'. Und bereits in der Schule lernt man: Zum Herstellen eines Ganzen aus verschiedenen Teilen müssen die Grundvoraussetzungen passen.

Bayern hat seit vielen Jahren mit klaren Vorgaben Rahmenbedingungen für die Integration



Unerlässlich ist das Erlernen der deutschen Sprache. Bayern fordert von den Zuwanderern, diese innerhalb eines Jahres zu erlernen. Kinder, die vor ihrer Einschulung nicht ausreichend deutsch sprechen, können vom Schulbesuch zurückgestellt und zum Förderunterricht verpflichtet werden.

Der Freistaat Bayern hat für die Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund einen Sonderbeitrag von 30 Mio. Euro bereitgestellt. Außerdem gibt es Angebote zur Hausaufgabenhilfe sowie Vermittlungsunterstützung für einen erfolgreichen Übergang von Schule in Beruf.

Die bayerische Staatsregierung prüft zu Recht aber auch, wie bei fehlendem Willen die bestehenden Sanktionsmöglichkeiten vom Bußgeld bis zu Leistungskürzungen konsequenter durchgesetzt werden können.

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sollte aus Annäherung, gegenseitiger Auseinandersetzung, Kommunikation und Verantwortung bestehen. Integration verlangt nicht die Aufgabe der eigenen kulturellen Identität. In den vergangenen Monaten hat die lebhaft und teils heftige Diskussion über dieses Thema klar gezeigt, dass dies eine wesentliche Frage zur Zukunft unserer Gesellschaft darstellt, die vielen aber leider immer noch nicht klar geworden ist. Mangelnde Sprachkenntnisse, Bildungsarmut, Unterdrückung von Frauen und Mädchen bis hin zur Zwangshe, religiöser Extremismus bis hin zum Terrorismus haben aber bei uns nichts verloren, können nicht unter dem Deckmantel der eigenen kulturellen Identität geduldet und dürfen in Bayern und Deutschland auch nicht akzeptiert werden.

Bayern hat bereits sehr vielfältige Integrationsarbeit geleistet, aber es ist noch viel zu tun bis zur - siehe oben - Herstellung eines Ganzen.

Ihr Stefan Rößle

Neuer Mobilfunkstandard:

LTE-Immissionen weit unter den Grenzwerten

Informationszentrum Mobilfunk e. V. präsentiert Studienergebnisse zur Abschätzung der Exposition durch LTE-Sendeanlagen

Die Immissionen des neuen Mobilfunkstandards LTE (Long Term Evolution) liegen weit unter den Grenzwerten. Das ist das Fazit einer wissenschaftlichen Studie zur „Abschätzung der Exposition der Bevölkerung durch LTE-Sendeanlagen“. Durchgeführt wurde die Pilotstudie im Auftrag des Informationszentrums Mobilfunk e. V. (IZMF) vom Institut für Mobil- und Satellitenfunkttechnik (IMST). Das Ergebnis: Selbst mit Hochrechnung auf eine theoretische Volllast der Sendeanlagen liegen die Werte deutlich unter dem gesetzlich zulässigen Rahmen. An 99 Prozent aller Messpunkte lag die Grenzwertausschöpfung unter einem halben Prozent, bezogen auf die Leistungsflussdichte.

„Mit dieser Pilotstudie zur Abschätzung der Immissionen von LTE-Sendeanlagen wollen wir einen Beitrag für mehr Transparenz beim Thema Mobilfunk leisten“, erläuterte Dagmar Wiebusch, Geschäftsführerin des IZMF. „Im Mittelpunkt steht dabei die Aufklärung der Bevölkerung über die zu erwartenden Immissionen der neuen Mobilfunktechnologie“, beschreibt Wiebusch die Zielsetzung der Studie.

Fundierte Aufklärung im Vorfeld des Netzausbaus

Untersucht wurden bundesweit sieben LTE-Sendeanlagen im Test- und Pilotbetrieb an rund 80 Messpunkten. „Die Ergebnisse der Pilotstudie ermöglichen es bereits heute vor einem flächendeckenden LTE-Netzausbau, die potentiellen Auswirkungen der neuen Technik vorausschauend zu analysieren. Die konkreten Messdaten schaffen somit die Grundlage für eine fachlich fundierte Information der Bevölkerung“, begrüßte Dr. Christoph Revermann vom Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) die Initiative des IZMF.

Die Pilotstudie basiert auf ei-

nem eigens vom IMST dafür entwickelten Messverfahren. Dieses stellt sicher, dass trotz der momentan noch geringen Netzauslastung eine zuverlässige Abschätzung für den künftigen Regelbetrieb getroffen werden kann.

Vergleichbares Verhalten von LTE-, GSM- und UMTS-Feldern

Dazu hat das IMST alle Messergebnisse auf eine theoretische Maximalauslastung hochgerechnet. Da diese im Alltag erfahrungsgemäß aber nur punktuell erreicht wird, liegen die in der Studie dokumentierten Werte mit hoher Wahrscheinlichkeit über denen, die später im Regelbetrieb tatsächlich auftreten. Die statistische Auswertung der Ergebnisse zeigt, dass die Immissionen durch LTE-Sendeanlagen die geltenden Grenzwerte erheblich unterschreiten. An 99 Prozent der Messpunkte lag die Grenzwertausschöpfung bezogen auf die Leistungsflussdichte unter einem halben Prozent. „In jedem Falle lässt sich aus den Ergebnissen der Studie bereits heute abschätzen, dass durch den künftigen Regelbetrieb der LTE-Netze die Gesamtimmissionen

zwar steigen, jedoch weiterhin nur einen Bruchteil der zulässigen Grenzwerte ausschöpfen werden“ zog Dr. Bornkessel, Projektleiter beim IMST, Bilanz.

Grenzwerte schützen ausreichend vor Mobilfunkfeldern

Für LTE-Basisstationen gelten, wie für alle Mobilfunksendeanlagen, die gesetzlichen Grenzwerte der 26. Verordnung des Bundesimmissionsgesetzes (BImSchV). Zur Gesundheitsverträglichkeit weist das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) darauf hin, dass die von LTE genutzten Frequenzbänder eng bei denen für den Mobilfunk und anderer Funkdienste genutzten Frequenzbereiche liegen. Es seien daher keine wesentlichen biologisch relevanten Unterschiede zu den bisher genutzten Mobilfunkfrequenzen zu erwarten. Damit ist ein zuverlässiger Schutz der Bevölkerung vor potentiellen gesundheitlichen Risiken gewährleistet. Die Grenzwerte waren erst 2008 zum Abschluss des Deutschen Mobilfunkprogramms (DMF), das keine Hinweise auf mögliche Risiken durch Mobilfunkfelder gebracht hatte, bestätigt worden.

Für Vertreter von Kommunen werden die Ergebnisse der Pilotstudie ab 2011 in Workshops bundesweit vorgestellt. Der Studienbericht sowie eine allgemeinverständliche Broschüre zu den Messergebnissen und ihre Bewertungen aus technischer und biologischer Sicht stehen ab sofort auf der Internetseite des IZMF unter www.izmf.de zum Abruf bereit. **□**

Deutscher Landkreistag:

Integration ist Zukunftsthema

Der Deutsche Landkreistag hat anlässlich des Integrationsgipfels auf Besonderheiten und Probleme bei der Integration von Migranten in Landkreisen mit kleinen Städten und Gemeinden im ländlichen Raum hingewiesen. Präsident Landrat Hans Jörg Duppré forderte härtere Sanktionen für Migranten, die Integrationskursen unentschuldig fernbleiben. „Der geringere Anteil von Migranten an der Bevölkerung auf dem Land ist einerseits ein Vorteil. Andererseits benötigen wir im ländlichen Raum dringend mehr Flexibilität, um auch bei größeren Entfernungen flächendeckend Integrationskurse anbieten zu können.“ **□**

Bayerischer Landkreistag:

Beteiligung des Bundes an Sozialausgaben

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Dr. Jakob Kreidl, Miesbach, begrüßt die Aussage des Bundesfinanzministers, sich künftig an den hohen Sozialausgaben zu beteiligen: „Mit großer Freude nehme ich zur Kenntnis, dass der Bund beabsichtigt, die Grundversicherung im Alter künftig vollständig zu finanzieren und auch andere Sozialausgaben – wenigstens teilweise – zu übernehmen.“

Finanzielle Rückgriffe auf Vermögen nicht möglich

Damit erfülle der Bund eine langjährige Forderung der bayerischen Landräte. Im Lei-

stungsrecht der Grundsicherung im Alter und bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung hat der Bund das Nachrangprinzip der Sozialhilfe aufgehoben, finanzielle Rückgriffe auf das Vermögen der Begünstigten sind nicht möglich.

Sozialausgaben wachsen jährlich um 250 Mio. Euro

„Es ist daher voll gerechtfertigt, dass sich der Bund an den steigenden Kosten beteiligt“, betont Kreidl, der auch auf die zunehmenden Fallzahlen und die um rund 250 Mio. Euro jährlich wachsenden Sozialausgaben der bayerischen Kommunen hinweist. **□**

Bayerische
Landessiedlung®Energie und Kommunale Entwicklung
Erneuerbare Energien als Standortvorteil

Straßenbeleuchtung
Innovative Beleuchtungskonzepte für Städte und Gemeinden



Solarenergie
Planung und Projektierung von Photovoltaikanlagen



Baulandentwicklung
Wohn- und Gewerbegebietserschließung

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0
info@bls-bayern.de
www.bls-bayern.de

Informationen:
www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Kommunen und...

(Fortsetzung von Seite 1)

vorsorge wie der kommunalen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sei längst durch negative Beispiele in anderen EU-Staaten widerlegt. Daseinsvorsorgeleistungen könnten zu sozialen Preisen nur von der öffentlichen Hand bereitgestellt werden. 2. Die Abschaffung der Gewerbesteuer und der Ersatz durch einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommensteuer würden die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich belasten und das traditionelle Band zwischen Kommune und örtlicher Wirtschaft zerschneiden. 3. Beim Ausbau des schnellen Internets zeige sich immer deutlicher, dass Deutschland ohne nachhaltige staatliche Förderung technologisch zurückbleiben wird. Die großen Breitbandanbieter konzentrierten sich auf den Breitbandausbau in lukrativen Ballungsräumen, in ländlichen Räumen komme er nur schleppend voran.

Brandl sprach darüber hinaus den dringend notwendigen Abbau überflüssiger oder leistungshemmender Vorschriften an, mahnte den ungeschmälernten Erhalt der Finanzmittel für Städtebauförderung und Dorferneuerung an und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass bei den anstehenden Verhandlungen über den kommunalen Finanzausgleich in Bayern ein faires Ergebnis für die kreisangehörigen Gemeinden und Städte erzielt werden kann.

Die Vorreiterrolle des Freistaats beim Klimaschutz stellte Umweltminister Dr. Markus Söder heraus. „Wir sind schon bei den Besten, wollen noch besser werden und es in die Welt hinaustragen.“ Söder wies eingangs alle Zweifel am Klimawandel zurück: „Es gibt fundamentale Veränderungen.“ Schon jetzt sei beispielsweise das Wasserungleichgewicht in Bayern so groß, dass der Rhein-Main-Donau-Kanal weniger Schiffe als vielmehr Wasser nach Norden transportiere.

Ökonomische Frage

Wie der Minister hervorhob, sei Klimaschutz für ihn keine rein ethische Frage, sondern auch eine ökonomische. Söder plädierte dafür, Gelder nicht per Schlüsselzuweisungen zu verteilen, sondern nach Konzepten. Nur sechs Tonnen CO₂-Ausstoß pro Kopf bewiesen, dass Bayern beim Klimaschutz „Spitze“ sei. Zum Vergleich: Bundesweit beträgt der Durchschnitt mehr als neun Tonnen. Zudem sei Bayern bei Wasserkraft, Solarkraft und Biomasse hervorragend aufgestellt.

Mit „Ansichten, Einsichten und Aussichten zur Elektromobilität“ wartete Andreas Zelles von der E.ON AG auf. E.ON fördert mit einer Reihe von Projekten und Aktivitäten die künftige Markteinführung der Elektromobilität. Fakt ist: „Der E-Automobilmarkt ist noch in früher Entwicklungsphase, aber er kommt“, bemerkte Zelles. Kommerzielle Produkte seien ab 2010/2011 erhältlich. Alles deute auf ein langfristiges Marktpotential von deutlich über 10 Mio. Fahrzeugen hin. Kernherausforderung sei die Batteriekostenreduktion; Technologieentwicklung und politischer Rahmen seien entscheidend für den Erfolg.

Deutlich niedrigerer CO₂-Ausstoß

Elektroautos fahren CO₂-arm. Schon heute fallen rechnerisch lediglich 80 bis 90 Gramm CO₂ pro Kilometer an, wenn man den E.ON-Kraftwerkspark zu Grunde legt. Dieser Wert liegt deutlich unter der von der Europäischen Union für 2012 vorgeschriebenen 120g/km-Grenze. Damit diese Werte in den kommenden Jahren weiter sinken, investiert E.ON mehrere Milliarden Euro in seinen Kraftwerkspark. Ein Elektroauto werde dann rechnerisch nur noch rund 60 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen, meinte Zelles.

Laut einer Studie der Forschungsstelle für Energiewirtschaft aus dem Jahr 2007 steigern 18 % Marktanteil von E-Fahrzeugen den Strombedarf um weniger als 5 %. Die Energiewirtschaft, so Zelles, sei gerüstet für die neue Anforderung. Zunächst gebe es keinen Anpassungsbedarf im Verteilnetz. Lastmanagement und Speichernutzung seien langfristig interessant. Es gelte, die Synergien zwischen Smart Meter und Ladestationen zu nutzen.

Bei Energiekonzepten verhalte es sich wie mit guter Architektur: Für den jeweiligen Ort sowie für die Bewohner und Nutzer müsse ein spezifisches Konzept entwickelt werden, betonte Prof. Dr. Gerhard Hausladen von der Technischen Universität München. Aus diesem Grund hat der Lehrstuhl für Bauklimatik und Haustechnik an der Technischen Universität den sog. Energienutzungsplan kreiert. Dieser koordiniert als Masterplan die einzelnen Energiekonzepte in der Kommune und stimmt sie mit den regionalen Energiepotentialen ab.

Mit einem Energienutzungsplan können Gemeinden zusam-

men mit den Grundeigentümern und Versorgungsunternehmen eine fundierte, transparente und längerfristige Energiepolitik betreiben. Der Energienutzungsplan stellt - ähnlich wie der Flächennutzungsplan - im raumplanerischen Maßstab die zukünftige energetische Entwicklung im Bereich der Maßnahmen zur Energieeinsparung und regenerativen Energieversorgung dar.

Der Energienutzungsplan basiert auf einer detaillierten Analyse des Ist-Zustandes von Energieverbrauch und Energieversorgung mit Ausblick auf absehbare Entwicklungen. Dabei wird die Gemeinde auf die Energiedichte der privaten und öffentlichen Gebäude sowie der Gewerbe- und Industriebetriebe hin untersucht. Notwendig ist hier die Betrachtung der zukünftigen Energieeinsparpotentiale für die Entwicklung von nachhaltigen Energiekonzepten. Die vorhandene Energieinfrastruktur mit den bestehenden leistungsgeladenen Energieträgern und schon vorhandenen Energieerzeugungsanlagen werden in die Überlegungen zu einem ganzheitlichen Energiekonzept der Kommune/Region mit einbezogen. Hinzu kommen die aktuell verwendeten und noch ungenutzten energetischen Potentiale.

„Dank der Einsatzbereitschaft der Menschen in Bayern, dank der sozialen Verantwortung auf allen politischen Ebenen und in der Wirtschaft haben wir den Weg aus der Krise gefunden. Daran haben die Kommunen einen großen Anteil“, erklärte Ministerpräsident Horst Seehofer in seinem abschließenden Festvortrag „Staat und Kommunen als Partner auf dem Weg in Bayerns Zukunft“. Mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II habe man rund 700 Schulen, 500 Kindertagesstätten und 300 Verwaltungsgebäude saniert sowie über 2000 Firmen in der Krise unterstützt. So auch Quelle, von wo „jeder investierte Cent mittlerweile wieder zurück geflossen ist“.

Mittelstandsschirm

Auch Mittelstandsschirm und Beschleunigungsprogramm seien ein voller Erfolg gewesen, so Seehofer: „Wir haben in der Krise 3.100 Betriebe mit tausenden Arbeitsplätzen gerettet. Bei besonderen Strukturproblemen haben wir konkret geholfen, zum Beispiel in Nürnberg mit dem Strukturprogramm oder in Wunsiedel, wohin wir die Datenerfassung zur Steuererklärung für ganz Bayern verlegen. Das sind rund 70 neue Arbeitsplätze im Fichtelgebirge.“

Damit die Kommunen finanziell entlastet werden, „müssen wir gemeinsam Wege finden, um die kommunalen Aufgaben so wirtschaftlich wie möglich zu erbringen“, machte der Ministerpräsident deutlich. Hier sei auch der Bund gefordert. Den Auftrag „für eine erneute Bundesratsinitiative zu einem kommunalen Entlastungsgesetz“ habe er bereits erteilt. Der Bund müsse darüber hinaus Vorschläge zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung und zur Beteiligung der Kommunen an der Rechtsetzung erarbeiten, mahnte Seehofer. Die Gewerbesteuer, so bekräftigte er erneut, müsse als wichtiger Eckpfeiler der kommunalen Finanzausstattung beibehalten werden. Änderungen bei der Gewerbesteuer werde er nur im Konsens mit den kommunalen Spitzenverbänden zustimmen.

Da der demographische Wandel eine große Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen darstelle, „müssen wir die öffentliche Daseinsvorsorge auch in dünn besiedelten Räumen sichern und den demografischen Wandel positiv gestalten“, so Seehofer. Die interkommunale Zusammenarbeit sei

eine Chance, Ressourcen zu bündeln, Verfahren aufeinander abzustimmen und finanzielle Spielräume zu erhalten, so beim Umwelt- und Klimaschutz und der Energieversorgung. Die Staatsregierung unterstütze die kommunale Zusammenarbeit. Zum Beispiel böten dafür in allen Regierungen Projektmanager organisatorische und fachliche Unterstützung an.

„Ich setze auf die Innovationskraft und die Ideen vor Ort“, fuhr Seehofer fort. Der Ausbau des schnellen Internets in Bayern habe Fahrt aufgenommen. Mit über 37,4 Mio. Euro bewilligten Fördermitteln habe der Freistaat bereits über 500 Breitbandinvesti-

tionen gefördert. „Wir werden in Bayern eine flächendeckende Grundversorgung aufbauen und sind hier auf einem guten Weg. Seit Herbst 2009 hat sich die Zahl der geförderten Gemeinden vervielfacht. Weiße Flecken verschwinden zunehmend von der Landkarte.“

Klimaschutzprogramm

Als beispielhaft bezeichnete der Ministerpräsident das bayerische Klimaschutzprogramm 2008-2011 mit einem Umfang von 350 Mio. Euro. Auch hiervon profitierten vor allem die Kommunen. Bayern wolle zudem weltweite Wachstumsmärkte von

Enge Spielräume...

(Fortsetzung von Seite 1)

fürchten. Manche Kommunen könnten es sich leisten, mit niedrigen Steuersätzen auf die Einkommensteuer besonders wohlhabende Bürger anzulocken. Dagegen müssten Städte mit großem Angebot in der Infrastruktur und hohen Lasten für Sozialausgaben sich zur Steuererhöhung gezwungen sehen. Wie der Vorsitzende hervorhob, „darf es nicht zu einem steuerlich verursachten Exodus von wohlhabenden Steuerbürgern ins Umland kommen. Das würde das Stadt-Umland-Problem verschärfen.“

„Keine Entwarnung“ konnte Schaidinger beim Thema kommunale Finanzlage geben. 2010 könnte der Finanzierungssaldo von Einnahmen und Ausgaben nach seinen Angaben bei bis zu 1 Milliarde Euro liegen. Die strukturelle Unterfinanzierung bleibe das beherrschende Problem in den Rathäusern. Die hohen Defizite schnürten die Handlungsfähigkeit der Kommunalpolitik ein; die Kämmerer müssten unverändert an der Konsolidierung der Haushalte arbeiten.

Somit biete die jüngste Steuer-schätzung nur auf den ersten Blick Anlass zur Freude: „Da überwiegt die Erleichterung, dass es nicht so schlimm gekommen ist, wie zu befürchten war“, betonte Schaidinger. Trotz dieser Linderung seien die Kommunen in der steuerlichen Talsohle angekommen. Weil die Konjunktur besser anziehe, als es selbst Optimisten zu denken wagten, sei der Abwärtstrend bei den Steuereinnahmen gestoppt. Allerdings sprudelten die Steuerquellen nicht, sie tröpfelten nur. „Bis die kommunalen Steuereinnahmen das Niveau von 2008 erreichen, wird es noch bis mindestens 2012 dauern“, prognostizierte der Städtetagschef.

Die Steuereinnahmen der bayerischen Kommunen liegen 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 9 Prozent niedriger. Damit lagen 2009 die kommunalen Steuereinnahmen insgesamt bei 11,9 Milliarden Euro, das sind 1,2 Milliarden Euro weniger als 2008. Das Gewerbesteueraufkommen (4,7 Milliarden Euro) ist netto bayernweit um fast 17 Prozent gesunken. Die gemeindliche Einkommensteuerbeteiligung (5,1 Milliarden Euro) liegt 2009 um 4,6 Prozent niedriger als im Vorjahr. Besonders hart hat es die Großstädte getroffen: Die 25 kreisfreien Städte mussten 2009 gegenüber dem Vorjahr einen Einbruch ihres Steueraufkommens von insgesamt 12 Prozent verzeichnen; die Gewerbesteuer ist netto sogar um 20 Prozent eingebrochen.

Für 2010 ist laut Schaidinger von einem leichten Anstieg der Steuereinnahmen um 1 Prozent auszugehen. Dies wären für die bayerischen Kommunen Mehreinnahmen von rund 110 Millionen Euro gegenüber 2009, allerdings immer noch 1,1 Milliarden Euro weniger als 2008.

Wie der Vorsitzende folgerte, dürften die Kommunen nun keineswegs an größere Ausgaben

denken; sie müssten zunächst die Defizite decken und die Konsolidierung der gebeutelten Haushalte in Angriff nehmen. Es dauere noch geraume Zeit, bis die Kommunen wieder handlungsfähig werden und Luft für Investitionen bekommen.

Ausgabenspirale

Die Ausgabenspirale, vor allem im Sozialen, drehe sich unverändert nach oben. Es bleibe bei der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen. Die Spielräume blieben eng. „Wir brauchen ein kommunales Entlastungsgesetz, das die Ausgabenexplosion im Sozialbereich in den Blick nimmt. Hier ist der Ansatz von Bundesfinanzminister Schäuble positiv zu werten, der bei der Grundsicherung im Alter und für dauerhaft Erwerbsgeminderte ins Gespräch gebracht hat, dass der Bund soziale Lasten von den Kommunen übernehmen könnte. In die Frage der hohen sozialen Kosten ist nun zumindest Bewegung gekommen. Der Bund beginnt einzusehen, dass die Kommunen von den Kosten für soziale Aufgaben entlastet werden müssen, die keine örtliche Angelegenheit sind, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“, bemerkte Schaidinger.

Der Vorsitzende plädierte schließlich auch für eine längere landesweite Sperrzeit. Damit solle den Städten und Gemeinden wieder ein Instrument an die Hand gegeben werden, das wirksame Maßnahmen gegen Lärmbelästigung und Vandalismus ermöglicht. Die Kommunen benötigten zudem eine Rechtsgrundlage, um Alkoholkonsum im öffentlichen Raum wirksam untersagen zu können. Der Städtetag fordert ein Verbot von Flattrate-Partys in

heute und morgen erschließen. Dazu zählten Clean Technology - von der Geothermie bis zur Zukunftsvision „desertec“ - sowie die Elektromobilität.

„Da bezahlbare, saubere und sichere Energie zu einer sozialen Frage des 21. Jahrhunderts wird, wollen wir Energie sparen, Umwelttechnologien weiterentwickeln und alternative Energiequellen ausbauen“, bemerkte Seehofer. Bayern stehe an der Spitze dieser Entwicklung. „Bis 2030 wollen wir 40 Prozent des Strombedarfs aus alternativen Energien gewinnen. Bis 2030 wollen auch viele Kommunen in Bayern autark sein. Das ist ein ehrgeiziges Ziel.“ **DK**

Gaststätten. Die Polizei sieht dies ähnlich: Die Zahlen der Einsätze wegen nächtlicher Ruhestörung, Alkoholmissbrauch und Vandalismus seien seit der Verkürzung der Sperrstunde im Jahr 2005 auf die Zeit von 5 bis 6 Uhr gestiegen. Laut Innenminister Joachim Herrmann liegt das Problem nicht im Vollzug, sondern muss an der Quelle angegangen werden, bei der Verfügbarkeit von Alkohol.

Schaidinger: „Das Problem brennt den Bürgermeistern auf den Nägeln. Lärmgeplagte Bürger wenden sich an das Rathaus, doch den Städten und Gemeinden sind die Hände gebunden.“

Vor allem in den Altstädten, wo Wirtshäuser und Kneipen in gemischten Wohngebieten liegen, häuften sich die Probleme mit lauten Gaststättenbesuchern, wusste der Städtetagschef zu berichten.

Alkoholmissbrauch

Neben Sachbeschädigungen hätten auch die Körperverletzungen zugenommen. Schaidinger: „Die Leute saufen bis zum Umfallen. Saufgelage auf öffentlichen Plätzen, Flattrate-Saufen in Gaststätten, Vorglühen mit Wodka und Koma-Saufen auf Spontan-Partys sind Phänomene, die in den letzten Jahren enorm zugenommen haben. Alkohol wirkt als Aggressionsverstärker und senkt die Hemmschwelle zur Gewalt gegen Menschen und Sachen. Darauf muss der Freistaat reagieren und wirksame Instrumente gegen Alkoholmissbrauch und gegen Vandalismus schaffen.“

Freiwillige Selbstverpflichtungen führten leider nicht weiter – manchmal brauche es klare Verbote wie ein Verkaufsverbot für Schnaps und branntweinhaltige Getränke zur Nachtzeit, so Schaidinger abschließend (siehe dazu auch „Mehr junge alkoholisierte Straftäter“ auf Seite 16).

DK

Bayerische...

(Fortsetzung von Seite 2)

Beispiel mit dem Vereins-Aufnahmeformular die Kontodaten erhält, auf die der Mitgliedsbeitrag zu überweisen ist. Dies sei gängige Praxis; der Verein erfahre nichts von der Tatsache des SGB II-Leistungsbezugs. Der Hilfeempfänger geht sodann zum Jobcenter, dieses prüft die Leistungsvoraussetzungen wie Bedürftigkeit, zur Verfügung stehendes Budget des Hilfeempfängers und Zweckbindung (z. B. Fußballverein ja, NPD nein).

Wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, überweist das Jobcenter den Mitgliedsbeitrag auf das angegebene Vereins-Konto. Nur der Kassenwart oder Personen in ähnlichen Positionen erfahren ggf. von der Tatsache des SGB II-Leistungsbezugs. Diese Variante ist nach Haderthauers Dafürhalten „rechtssicher, bürokratiearm, diskriminierungsfrei und bewährt“. Schließlich werde sie bereits mit dem bayerischen Mittagessenförderprogramm, aber auch in den Fällen, wo die Miete des Hartz-IV Empfängers direkt an seinen Vermieter überwiesen wird, praktiziert. **DK**

Thesen zur kommunalen Energiepolitik

1. Viele Gemeinden in Bayern sind bedeutende Akteure bei der konkreten Umsetzung internationaler, nationaler und bayerischer Klimaschutzziele. Sie tun dies aus Verantwortung für die nachfolgenden Generationen, um der örtlichen Wertschöpfung willen und zur Dämpfung der Energiekosten. Angestrebt wird, kommunale nachhaltige Energiepolitik in allen Gemeinden, Märkten und Städten zu praktizieren.

2. Um größtmögliche Wirkung zu erzielen, ist eine ganzheitliche Vorgehensweise anzustreben. Klimaschutzkonzepte oder der European Energy Award sind für eine Gesamtplanung, für Energieeinsparanalysen und Energienutzungspläne als Teilkonzepte empfehlenswert. Bund und Freistaat müssen eine entsprechend berechenbare, dauerhafte und attraktive Förderung für kommunale Fachplanungen und -konzepte auflegen.

3. Die Schaffung eines Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ auf Bundesebene, der wesentlich durch die Förderbeiträge der Kernkraftwerksbetreiber gespeist wird, wird begrüßt. Für kommunale Maßnahmen muss ein fester Anteil hieran reserviert werden. Dies gilt ganz besonders für den „Energieeffizienzfonds“, der auch kommunale Effizienzmaßnahmen, wie beispielsweise bei der Straßenbeleuchtung oder Kläranlagen, unterstützen soll.

4. Weitgehende energietechnische Unabhängigkeit in den Gemeinden ist anzustreben. Zur Akzeptanzsteigerung von Standorten erneuerbarer Energie-Anlagen sollten Gemeinden und Bürgern finanzielle Anreize, zum Beispiel bei der Gewerbesteuer, den Konzessionsabgaben, der Einspeisevergütung oder beim Anteils-erwerb, gegeben werden.

5. Eine zukunftsweisende Infrastrukturaufgabe für alle Gemeinden ist die Schaffung von Nah- und Fernwärmenetzen. Bund und Freistaat können durch optimale rechtliche Rahmenbedingungen dafür sorgen, dass die Kommunen dies schaffen. **DK**

E.ON Kulturpreis Bayern:

Verleihung an Künstler und Jungwissenschaftler

Im Beisein von rund 350 Gästen aus Kultur, Wissenschaft und Politik wurde in der Bamberger Konzert- und Kongresshalle der Kulturpreis Bayern verliehen. Die Auszeichnung verleiht die E.ON Bayern AG seit dem Jahr 2005, immer in enger Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

Laut Minister Wolfgang Heubisch „ist der Kulturpreis Bayern ein wichtiger Beitrag zur Vielfalt der bayerischen Kunst- und Wissenschaftslandschaft. Kultur ist letztlich ein gesellschaftliches Gemeinschaftsprodukt, an dem mitzuwirken alle aufgefordert sind: der Staat, die Bürger und die Wirtschaft. Die jährliche Vergabe des Kulturpreises Bayern ist ein sehr schönes Beispiel für eine besonders gelungene Zusammenarbeit.“

„Mit dieser Auszeichnung wollen wir den Blick bewusst auf das kulturelle und künstlerische Schaffen in den bayerischen Regionen lenken“, erklärte der Vorstandsvorsitzende der E.ON Bayern AG, Thomas Barth. Der Kulturpreis zeichne einerseits Persönlichkeiten aus, die sich in besonderer Weise um Kunst und Kultur verdient gemacht hätten. Andererseits will das Unternehmen laut Thomas Barth bewusst die besonderen Leistungen junger Menschen im Bereich von Wissenschaft und Kunst ins Rampenlicht rücken. Deshalb werde der Kulturpreis Bayern auch an die besten Absolventen und Doktoranden der staatlichen Hochschulen Bayerns verliehen.

In der Sparte Kunst werden jedes Jahr sieben Persönlichkeiten mit dem Kulturpreis Bayern ausgezeichnet. Preisträger des Jahres 2010 sind Petra Morsbach (Litera-

tur, Oberbayern), Rainer und Thomas Gruber (Musik, Niederbayern), Franz Pröbster-Kunzel, (Kunst, Oberpfalz), Heinz Badewitz (Leiter Internationale Hofer Filmtage, Oberfranken), Michl Müller (Kabarett, Unterfranken), ensembleKONTRASTE (Musik, Mittelfranken), Herbert Knaup (Schauspieler, Schwaben), Cornelia Froboess (Sonderpreis des Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst).

Publikumserfolg

Petra Morsbach erzielte bereits mit ihrem Romandebüt „Plötzlich ist es Abend“ einen großen Publikumserfolg. Mit einer Schreibwerkstatt, in der Schüler und Senioren die Kunst des kreativen Schreibens erlernten, beteiligte sich Petra Morsbach erfolgreich an den Oberbayerischen Kulturtagen 2009 des Bezirks Oberbayern in Starnberg.

Mit Hackbrett, Akkordeon und Gitarre spielen sich Rainer und Thomas Gruber durch die Tangelandschaft Argentiniens, bedienen sich aber ebenso der Klänge höfischer Musik. Die Beschäftigung mit fremden Kulturen und deren Klängen fördert die Auseinandersetzung mit regionaler Musik und den eigenen volksmusikalischen Wurzeln.

Franz Pröbster Kunzel ist ein religiös geprägter Künstler. Sein künstlerisches Schaffen basiert auf der Zwiesprache mit der bäuerlichen Natur, in der er aufwuchs. Kunzels Werke – Installationen, Malerei, Zeichnungen – zeigen dabei eine große Ernsthaftigkeit. Viele seiner zyklischen Serien sind im Jahreskreislauf angelegt.

Gemeinsam mit befreundeten Filmemachern gründete Heinz Badewitz 1967 die Hofer Filmtage. Für seine Tätigkeit als deren Leiter wurde er 1991 beim Bayerischen Filmpreis mit einem Sonderpreis geehrt. 1998 erhielt Badewitz beim Deutschen Filmpreis einen Ehrenpreis. Die Geschichte des Festivals ist eng verknüpft mit der Geschichte des neuen deutschen Films. Jedes Jahr bieten die Hofer Filmtage eine Bühne für hoffnungsvolle Talente, die dort ihre Debütfilme zeigen dürfen.

Seine Auftritte in Bayerns beliebter Faschingsveranstaltung „Fastnacht in Franken“ haben Michl Müller unglaublich populär gemacht. Ihn darauf zu reduzieren, wäre aber nicht gerechtfertigt. Seine Auftritte leben davon, dass er das Publikum glauben lässt, einer aus ihren Reihen stünde auf der Bühne. Dabei schafft es Michl Müller, die wesentlichen Dinge des Weltgeschehens, die kleinen und großen menschlichen Schwächen, auf den Punkt zu bringen.

Seit 20 Jahren verfolgt das ensemble KONTRASTE das „Lustprinzip Musik“. Ihr Programm besteht einerseits aus anspruchsvollen Kammermusikabenden mit selten

gespielten Werken, andererseits aus spektakulären Theaterprojekten. Durch das hohe musikalische und technische Niveau ihrer Aufführungen hat es das ensemble KONTRASTE geschafft, weit über die Grenzen Frankens hinaus bekannt zu werden. Es produziert regelmäßig mit ZDF/arte und ist bei Filmfestspielen in ganz Europa sowie auf der Berlinale zu Gast.

Wenngleich ihn seine Rollen und Erfolge weit über Bayern hinausgetragen haben, zählt der gebürtige Allgäuer Herbert Knaup zu den bedeutendsten bayerischen Schauspielern. Für seine Rolle in Dominik Grafts Kinofilm „Die Sieger“ wurde er 1994 mit dem Bayerischen Filmpreis ausgezeichnet. Von da an setzte sich Knaups filmische Karriere bis heute fort. So spielte er beispielsweise in Tom Tykwers Film „Lola rennt“ und erhielt dafür 1999 den Deutschen Filmpreis als bester Nebendarsteller. Mit der Rolle des Allgäuer Kommissars Klutinger kehrt Knaup zu seinen Allgäuer Wurzeln zurück.

Sonderpreis

Cornelia Froboess zählt zu den bekanntesten und vielseitigsten deutschen Künstlerinnen. Bereits als Kinderstar eroberte sie das Publikum mit Schlagen und Unterhaltungsfilmen. Sie wurde zum Jugendidol im Nachkriegsdeutschland und feierte mit Gesangs- und Filmpartnern wie Peter Kraus und Peter Alexander große Erfolge. Ihr Wechsel ins Charakterfach zählt zu den bemerkenswertesten Karrieren der deutschen Schauspielgeschichte nach 1945. Durch ihre zahlreichen Film- und Fernsehrollen ist Cornelia Froboess einem Millionenpublikum bekannt. Dennoch ist sie stets ihrem ideal als Bühnenschauspielerin treu geblieben. □

Bayerischer Energiepreis 2010:

Innovative Technologien

Für besonders herausragende und innovative Leistungen wurden in Nürnberg die Preisträger des Bayerischen Energiepreises 2010 ausgezeichnet. Im Rahmen des Wettbewerbs werden alle zwei Jahre ein Hauptpreis vergeben und zehn weitere interessante Projekte mit einer Anerkennung in Höhe von jeweils 1.500 Euro gewürdigt. Wie Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel in ihrer Laudatio hervorhob, „sind innovative Technologien nicht nur wichtig für den Klimaschutz, sondern schaffen auch Wettbewerbsvorteile für unser Land“.

Die diesjährigen Preisträger sind die Siemens AG - Energy Sector und die E.ON Kraftwerke GmbH. Gemeinsam wurden sie für das Projekt Gas- und Dampfkraftwerk (GuD), Irsching, Block 4 in Vohburg geehrt. Das Kraftwerk ist mit einem Wirkungsgrad von über 60 Prozent besonders effizient. Außerdem kann es mit seiner hohen Flexibilität besonders gut Lastschwankungen durch Solar- und Windstrom ausgleichen.

Weltweite Spitzenstellung des GuD Irsching

Das Projekt steht für eine neue Generation von Gaskraftwerken. Hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und Ökologie nimmt es eine weltweite Spitzenstellung ein. Das Kraftwerk ist sehr flexibel einsetzbar und kann auf Lastschwankungen im Stromnetz bei Einspeisung von Solar- oder Windstrom schnell reagieren. „Es leistet damit auch einen wichtigen Beitrag zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern“, bemerkte Hessel.

Zusätzlich wurden noch zehn Anerkennungspreise für innovative Energienutzung vergeben. Diese Preise gingen unter anderem an die Stadt Moosburg a. d. Isar und die Kläranlage Moos-

burg GmbH. Die Kläranlage Moosburg nutzt neueste Energietechnologien zur Umsetzung des im Klärbetrieb erzeugten Gases in Strom und Wärme und hat die innovative energetische Nutzung des anfallenden Klärschlammes aktiv und zielgerichtet weiterentwickelt. Dabei kommt überwiegend Technik aus bayerischen Unternehmen zum Einsatz.

Schmack Biogas GmbH

Auch die Schmack Biogas GmbH in Schwandorf durfte sich über eine Auszeichnung freuen. Schmack Biogas ermöglicht mit dem Einsatz detektierter, isolierter und gezüchteter Bakterien-Reinkulturen die Raum-Zeit-Ausbeute (d. h. den Stoffdurchsatz) von Biogasanlagen zu verdoppeln, den spezifischen Gasertrag pro Biomasseeinheit um bis zu 20 Prozent zu erhöhen und den Abbaugrad der organischen Substanz entsprechend zu vergrößern. Der Einsatz der neuen Bakterien-Reinkulturen ist bei allen Biogasanlagen möglich. Die Kulturen müssen regelmäßig den Anlagen zugegeben werden. Die Biogaserzeugung aus bestehenden Anlagen kann so signifikant erhöht und die spezifischen Kosten gesenkt werden. **DK**



Klimaschutz geht jeden an

„Die nächste Generation“

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Wir haben uns auf die Zukunft spezialisiert. Auch in Sachen Klimaschutz und Erneuerbare Energien. Mit uns stellen Sie jetzt die Zeichen auf „grün“. Aus Verantwortung für die nächste Generation.

Ihre Volksbanken Raiffeisenbanken

**Volksbanken
Raiffeisenbanken**



Intelligente Energiesysteme - Smart Grids:

Hype, Vision oder Zukunft?

VKU-Landesgruppenversammlung Bayern in Nürnberg

Die VKU-Landesgruppe Bayern unter ihrem Vorsitzenden Dr. Kurt Mühlhäuser traf sich in der Norisstadt zur Mitgliederversammlung und Tagungsveranstaltung. Wie tief greifend der Umbau der Energiewirtschaft, der sich auch in der bayerischen Politik andeutet, sein wird, beleuchteten hochkarätige Referenten. Gastgeber der Tagung waren dieses Jahr die Städte Erlangen, Fürth und Nürnberg mit ihren Unternehmen.

Dr. Arnt Meyer, Andreas Luxa und Michael Wübbels skizzierten die Welt der Smart Grids in ihrer gesamten Bandbreite bis hin zu den Chancen für Stadtwerke. Dr. Arnt Meyer, Geschäftsführer der N-ERGIE Netz GmbH, wies darauf hin, dass der Umbau der Energieversorgung nahezu die gesamte Volkswirtschaft und nicht nur das Netz betreffe. Die Integration erneuerbarer Energien in die bestehende Netzinfrastruktur sei ein zentraler Engpass für den Umbau der Energieversorgung. Nach den Übertragungsnetzbetreibern müssten sich Flächennetzbetreiber im Norden und Süden kurzfristig mit „smart grid“ auseinandersetzen, so Meyer. Smart Meter bezeichnete er „wenn überhaupt“ als „ein Vehikel für Energieeffizienz, aber sicher nicht die Lösung aller Probleme“.

Maßgebende Kriterien

Das Erreichen der klimapolitischen Ziele hängt Meyer zufolge letztlich maßgeblich ab von Technologiesprüngen bei „smart technologies“, sozio-regionaler Ausgewogenheit von Netznutzungsentgelten, Investitionsbedingungen im Netz, gesellschaftlicher Akzeptanz von Großprojekten sowie physikalischen Gesetzmäßigkeiten.

Laut Michael Wübbels, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen, sind Verteilernetze für die Entwicklung des Smart Grid von wesentlicher Bedeutung. Es gelte, Investitionen in die Netzinfrastruktur zur Unterstützung der KWK-/EE-Ausbauziele in der Anreizregulierung anzuerkennen. Zusätzliche Investitionen in die neue Informations- und Kommunikationstechnologie müssten ebenfalls in die Erlösobergrenzen einbezogen werden. Zudem sei die Erforschung und Erprobung innovativer Speichertechnologien durch geeignete Fördermechanismen zu forcieren.

Folgende VKU-Forderungen seien beim Thema Smart Meter im Energiekonzept der Bundesregierung berücksichtigt worden, fuhr Wübbels fort:

1. Im Rahmen der Modernisierung des Regulierungsrahmens wird die volle Anerkennung der Investitionskosten für intelligente Zähler geprüft.
2. Die Messzugangsverordnung (MessZV) wird novelliert und die Bundesnetzagentur wird einheitliche Mindeststandards und Schnittstellen für intelligente Stromzähler festlegen.

Weitere VKU-Forderungen seien die Anpassung des Eichrechtes, insbesondere um praxistaugliche Regelungen zur Einführung von zeit- und lastvariablen Tarifen zu treffen sowie eine Kosten-Nutzen-Analyse durch das Bundeswirtschaftsministerium bis zum 3. September 2012, da das 80-prozentige Ziel aus dem 3. BMP für die Markteinführung von Smart Metern an eine positive Bewertung einer Analyse geknüpft sei.

E-Mobilität

In punkto E-Mobilität wiederum vertrete der VKU folgende Positionen:

1. Einbeziehung von Stadtwerken und Kommunen bei Umsetzung Nationaler Entwicklungsplan: Systemblick und neue Allianzen statt Bevorzugung einzelner Unternehmen verhelfen Elektromobilität zum Durchbruch.
2. Erprobung und Etablierung zuerst in den Regionen: Anschlussfinanzierung für Modellregionen über 2011 hinaus sicherstellen.
3. Geschäftsmodelle in wettbewerblichen Strukturen ermöglichen: Aufbau einer bedarfsorientierten Infrastruktur nicht wirtschaftlich.
4. Anpassung des Gemeindegewirtschaftsrechts: Kooperationen von Stadtwerken über Gemeindegrenzen hinweg für kundenfreundliche Abrechnungs- und Ladekonzepte ermöglichen.

Erfahrungswerte

Prof. Dr. Thomas Bruckner vom Lehrstuhl für Energiemanagement und Nachhaltigkeit, Universität Leipzig, fächerte Hintergründe und Notwendigkeiten des begonnenen Umbaus der Versorgung auf. Stefan Söchtig schilderte als Leiter des Projekts T-City Friedrichshafen in Zusammenarbeit mit der Deutschen

Telekom AG erste Erfahrungen mit Smart Grids, während Oliver Blamberger, Mitglied des Vorstandes der Solar Millennium AG, Erlangen, die Möglichkeiten aus Sicht neuer Branchenakteure auch mit Blick auf die Solarthermie aufzeigte.

Schwerpunkte

Bayerns Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel sieht für die Energiegesetzgebung der nächsten Zeit zwei Schwerpunktaufgaben, die die kommunale Energiewirtschaft besonders betreffen. Zum einen müssten die Rahmenbedingungen für die Integration der erneuerbaren Energien in den Ver-

teilnetzen verbessert werden, zum anderen gehe es um die Umsetzung des Dritten EU-Energiebinnenmarktpakets.

Anreize schaffen

Das Energiekonzept der Bundesregierung deutet laut Hessel mit Stichworten wie „Marktpremie“ und „Stetigkeitsbonus“ schon an, „dass Anreize für eine stärkere Markt- und Netzintegration geschaffen werden müssen“. Darüber hinaus sei es unvermeidbar, das Einspeisemanagement auch auf kleinere Anlagenklassen insbesondere bei der Photovoltaik auszuweiten und die „Zumutbarkeit“ von Netzanschluss und Netzausbau klarer zu definieren.

Bayerisches Vorgehen

Die bayerische Landesregulierungsbehörde unterstütze die Netzbetreiber, indem sie den Photovoltaik-bedingten Netzausbau im Rahmen der Anreizregulierung angemessen berücksichtigt. Die Bundesnetzagentur habe sich diesem bayerischen Vorgehen angeschlossen. Beim Thema „Smart Grids“ sei den Kommunalunternehmen die politische Unterstützung sicher. Hessel: „Wir brauchen intelligente Zähler und Netze, um Erzeu-

„E.ON EnergieNavi“:

Stromverbrauch und Kosten in den Griff bekommen

Strom immer dann beziehen, wenn er günstiger ist. Das ist ein Stück Energiezukunft, die bei E.ON bereits begonnen hat: Für die Kunden von E.ON Bayern Vertrieb mit einer innovativen Paketlösung. Sie besteht aus einem Smart Meter, einem Internetportal und einem Tarif mit günstigen Sparzeiten plus 50 Euro Energiesparbonus.

Nach umfangreichen Feldtests mit mehr als 10.000 Pilotanlagen geht E.ON in Deutschland mit der Smart Meter Technologie auf den Markt. Unter dem Produktnamen „E.ON EnergieNavi“ bietet E.ON Bayern Vertrieb ab sofort einen intelligenten Stromzähler mit einem Zeitzonentarif und persönlichem, passwortgeschützten Internetportal an. Das E.ON EnergieNavi informiert zu jeder Zeit und auch unterwegs über den Stromverbrauch. So kann der Bedarf und damit auch die Kostenseite besser gesteuert werden.

Klare Signale

Das Angebot E.ON EnergieNavi umfasst bei zweijähriger Vertragsdauer auch die Kostenersatzung für die Einrichtung des intelligenten Zählers. Wer seinen Stromverbrauch im zweiten Jahr nach Einbau des E.ON Smart Meter um 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr senkt, erhält zusätzlich eine Gutschrift in Höhe von 50 Euro. Damit setzt das E.ON EnergieNavi klare Signale zum Energiesparen, was den Geldbeutel und das Klima gleichermaßen schont.

Kein Aufpreis

„Kunden von E.ON Bayern Vertrieb bekommen damit ohne Aufpreis dieses smarte E.ON-Paket und haben die Chance auf einen weiteren Energiebonus“, so Otmar Zisler, Geschäftsführer der E.ON Bayern Vertrieb GmbH. „In der Spartarifzeit spart der Kunde drei Cent pro Kilowattstunde gegenüber der Normaltarifzeit. Hier lohnt es sich, die Waschmaschine oder den Wäschetrockner erst abends einzuschalten.“ Dabei sei das Preismodell nur der erste Schritt, so Zisler weiter. E.ON wird weitere Angebote auf den Markt bringen, die auf die veränderten Kundenwünsche eingehen.

Smart Meter

In der Zukunft der Energie-

versorgung und Verbrauch zur Deckung zu bringen. Wir begrüßen es, dass die Bundesregierung die Rahmenbedingungen hierfür verbessern will. Bei aller notwendigen Normierung und Standardisierung sollten aber verschiedene technische Lösungen im Interesse des Wettbewerbs weiterhin möglich bleiben.“

Auswirkungen auf Netzbetreiber

In punkto Umsetzung des Dritten EU-Energiebinnenmarktpakets habe das Bundeswirtschaftsministerium, so Hessel, zugesichert, dass man sich bemühe, die Auswirkungen auf die Verteilnetzbetreiber so gering wie möglich zu halten. So solle es bei der geltenden De-Minimis-Regelung für die Entflechtung bleiben. Kooperationsmöglichkeiten der Verteilnetzbetreiber sollen nicht eingeschränkt werden. Allerdings werde es gewisse Mindestanforderungen an die Ausstattung der Netzbetreiber mit eigenen Ressourcen geben. Die Wechselprozesse seien weiter zu beschleunigen. Für einen klar unterscheidbaren Marktauftritt von Vertriebsunternehmen und Netzbetreiber müsse gesorgt werden. **DK**

versorgung werden Smart Meter eine zentrale Rolle spielen. E.ON wird diesen Weg mit innovativen Produkten und Serviceangeboten entscheidend mitgestalten. Die Smart Meter Technologie wird zur universellen Schnittstelle zwischen Haushalt und einem intelligenten Stromnetz. So könnte in Zukunft zum Beispiel überschüssiger Strom aus Wind- oder Photovoltaikanlagen – minutengenau günstig eingekauft werden.

Integrierte Steuerung

Gleichzeitig wird es möglich sein, den Einsatz verschiedener Haushaltsgeräte wie Geschirrspüler, Waschmaschinen oder Gefriergeräte, je nach Stromtarif integriert zu steuern. Auch für das Aufladen von Elektroautos ist der Smart Meter eine wichtige Grundlage. Das sind Beispiele aus der Energiezukunft, die E.ON auch weiterhin maßgeblich mit gestalten wird.

Große Stärke

Aus technischer Sicht ist die große Stärke des E.ON Smart Meter die Datenfernübertragung über das globale Mobilfunknetz GSM (Global System for Mobile Communication im Zählerraum) mit der leistungsfähigen Datenbeschleunigung GPRS (General Packet Radio System). Daten werden hier auf Basis des Internet-Protokolls in Paketen gesendet.

Verschlüsselte Übertragung der Daten

Die Übertragung der Daten erfolgt verschlüsselt, sicher und anonymisiert. Der Smart Meter funktioniert wie ein Sender, dessen verschlüsselte Signale direkt zum entsprechenden Internet-Server geschickt und dort vom Nutzer abgerufen werden. Damit ist der Smart Meter großflächig einsetzbar, ein DSL-Anschluss wird nicht benötigt.

Weitere Informationen im Internet unter www.eon.de/energienavi. □

LEW
Lechwerke



Lechmuseum Langweid

REGIONAL. ENGAGIERT. LEW.

Voller Energie sind die Lechwerke seit mehr als 100 Jahren der zuverlässige und sichere Partner für Bürger, Unternehmen und Kommunen in Bayern und Teilen Baden-Württembergs. Als Arbeitgeber, Ausbildungsbetrieb und einer der großen Auftraggeber für Unternehmen aus der Region trägt LEW zur wirtschaftlichen Entwicklung bei.

Weitere Informationen unter www.lew.de

VORWEG GEHEN

Meilenstein der modernen Energieerzeugung im Warndt

Evonik nimmt erstes Biomasse-Heizkraftwerk im Saarland auf Basis nachwachsender Rohstoffe offiziell in Betrieb

Evonik New Energies GmbH hat ihr erstes Biomasse- Heizkraftwerk im Saarland in Anwesenheit des saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller und zahlreicher Gäste aus Politik, Wirtschaft und Unternehmen offiziell eingeweiht. Damit geht auf dem Gelände des ehemaligen Bergwerks Warndt ein für das Saarland bisher einmaliges Energieprojekt in den Regelbetrieb. Rund 12 Mio. Euro hat Evonik New Energies in das Biomasse-Heizkraftwerk investiert, das mit naturbelassenem Holz betrieben wird. Die dabei eingesetzte Technik, die Organic Rankine Cycle (ORC)-Kraftwerkstechnik, wird hier zum ersten Mal im Saarland eingesetzt. Nach rund einjähriger Bauzeit ging die Anlage bereits im April 2010 in den regulären Anlagenbetrieb.

Das Biomasse-Heizkraftwerk in Warndt trägt zu einer umweltverträglichen und zuverlässigen Energieversorgung in der Region bei. Bei der Verbrennung des Holzes wird nicht mehr Treibhausgas frei-

gesetzt als das Holz bei seinem Wachstum aufgenommen und gespeichert hat. Joachim Rumstadt, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Evonik New Energies GmbH und Vorsitzender der Geschäftsführung der Evonik Steag GmbH, zeigte sich über das erste Biomasse-Heizkraftwerk im Saarland sehr erfreut. „Der Warndt ist nicht nur ein beliebtes Naherholungsgebiet sondern auch ein ausgezeichnetes Standort, um Biomasse in Strom und Wärme zu verwandeln“, so Rumstadt in seinem Grußwort.

Aus Holz wird Strom und Wärme

Die Anlage wird pro Jahr mit rund 40.000 Tonnen waldfischem Holz vom SaarForst beliefert, der auf dem Gelände des ehemaligen Bergwerks Warndt eine Scheidholzaufbereitung und ein Holzlager unterhält. Der erzeugte Strom aus dem Biomasse-Heizkraftwerk wird nach dem EEG ins Netz eingespeist. Die Wärme dient u.a. der Fernwärmeversorgung der Gemeinde Großrosseln. Das Biomasse- Heizkraftwerk hat eine elektrische Leistung von 1,8 MW und eine thermische Leistung von 8 MW.

Die ORC-Technik ist ein Verfahren des Betriebs von Dampfturbinen mit einem anderen Arbeitsmittel als Wasserdampf. Statt Wasser wird Silikonöl verwendet, das bereits bei niedrigen Temperaturen und Drücken verdampft, überhitzt und zur Stromerzeugung in der Turbine genutzt werden kann. Diese Technik eignet sich wegen ihrer ausgezeichneten Teillast- und Lastwechselfähigkeit besonders für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen auf Biomassebasis im mittleren Leistungsbereich (200-2.000 kWel). Bei niedrigen Temperaturen und niedrigem Druckniveau lässt sich ein hoher Gesamtwirkungsgrad erzielen.

Für den Prozess der Energieerzeugung werden die vom SaarForst gelieferten Holzhackschnitzel mittels Schubboden und Kettenförderer vom Holzbunker in den Biomassekessel befördert. Dort verbrennt das Holz bei einer Temperatur von bis zu 1.000 Grad Celsius. Die hierbei entstehenden Rauchgase erhitzen in einem

2009 verbessern. Joachim Martini zeigt sich zufrieden: „Der Windpark wird selbst unter konservativen Annahmen wirtschaftlich betrieben werden. Wir gehen von einer Eigenkapitalrendite im hohen einstelligen Bereich aus. Die durchschnittlichen jährlichen Erlöse betragen beachtliche 2 Mio. €. Und wir leisten einen Beitrag zum Klimaschutz. Der Strom des Windparks reicht für die Versorgung von 8.000 Haushalten und spart jährlich ca. 18.000 Tonnen CO2 ein.“

Gisela Wendling-Lenz und Ulrich Lenz, Unternehmensleitung der OSTWIND-Gruppe: „Mit der Übernahme unseres Windparks Zieger durch die in der Energieallianz Bayern vereinten Stadtwerke kommt zusammen, was zusammengehört: Die Energie kehrt dorthin zurück, wo sie unmittelbar ge- und verbraucht wird – in die Region. Deshalb werten wir die besiegelte Kooperation als richtungsweisend für die Energieversorgung der Zukunft... Es ist darüber hinaus ein starkes Signal an die Politik, die bestehenden Markt- und Machtstrukturen nicht weiter zu zementieren, sondern für einen fairen Wettbewerb zwischen konventionellen und erneuerbaren Energien, zwischen großen und kleineren EVU zu sorgen.“



Der Strom des Windparks kann 8.000 Haushalte versorgen. □

Stadtwerke-Konsortium:

Bayerischer Wald-Windpark realisiert

In der Energieallianz Bayern (EAB) haben sich kommunale Energieversorger zusammengetan, um gemeinsam am Stromerzeugungsmarkt mitzumischen. Den ersten gemeinsamen Kauf eines bayerischen Windparks besiegelten 22 Stadtwerke am Freisinger Dornberg mit ihrer Unterschrift.

15 km südöstlich von Neu- markt in der Oberpfalz wird der erste bayerische Windpark der Energieallianz Bayern GmbH & Co. KG entstehen. Dies wurde am Freisinger Dornberg per Unterschrift durch die 22 Vertreterinnen und Vertreter der beteiligten Stadtwerke beschlossen. Bis August 2011 sollen an diesem Standort insgesamt fünf Windenergieanlagen errichtet und in Betrieb genommen werden. Die Abnahme ist für Anfang September 2011 vorgesehen.

Mit dem Erwerb des Windparks Zieger steigt das Stadtwerke-Konsortium in die regenerative Stromerzeugung ein. Doch diese fünf Windräder mit einer Gesamtleistung von 11,5 MW sind nur der erste Streich. Die Gesellschafter der Energieallianz Bayern, 29 bayerische Energieversorger sowie einer aus NRW, wollen ihr Eigenenergieportfolio in den kommenden fünf Jahren gemeinsam auf mindestens 100 MW elektrische Leistung ausbauen. Dies soll vor allem durch den Erwerb und die Realisierung regenerativer Erzeugungsanlagen inklusive Kraft-Wärme-Kopplung erfolgen. Dabei werden u. a. Onshore Windparks in Deutschland angestrebt, möglichst mit regionalem Bezug zwischen Erzeugung und Absatz. Im konkreten Fall des Windparks Zieger als erstes Projekt und in allen weiteren Projekten soll die Direktbeteiligung der Projektteilnehmer an der jeweiligen Betreibergesellschaft umgesetzt werden.

Der Windpark Zieger benannt nach dem Wald, in dem er entsteht, wurde von Ostwind project GmbH (Ostwind) entwickelt, einer Projektierungs- und Betreiberfirma von onshore- Windkraftanlagen und -parks aus Regensburg. Ostwind wird die Windenergieanlagen vom Typ Enercon E82-E2 schlüsselfertig übergeben. Speziell für mittlere Windstärken konzipiert, versprechen diese Windräder mit ihrem

großen Rotordurchmesser auch im Binnenland optimale Ertragswerte in der 2,3-MW-Klasse. Die Inbetriebnahme der ersten Anlage könnte optimalerweise schon im Juli 2011 erfolgen.

Joachim Martini und Achim Thiel, Geschäftsführer der EAB, freuen sich auf eine ertragreiche Winterernte. 23 Millionen Kilowattstunden sauberen Windstrom möchten sie durchschnittlich im Jahr ernten und auf die 22 Gesellschafter der EAB verteilen. Diese können ihren Anteil gegen EEG-Vergütung ins Netz einspeisen oder ihren Kunden direkt verkaufen. Mit der Lage in der Oberpfalz hat der Windpark für die Mehrzahl der Beteiligten einen starken regionalen Bezug, was auch beim Verkauf des Stroms an die Stadtwerke-Kunden von Vorteil sein kann.

Moderne Daseinsvorsorge

„Es ist ein großartiges Projekt: Zahlreiche kommunal verankerte Unternehmen schließen sich zusammen und ziehen an einem Strang, um gemeinsam regenerative Kraftwerksprojekte zu realisieren, ganz im Sinne einer modernen Daseinsvorsorge. Damit nutzen die Stadtwerke die Chance, heute eine eigene regenerative Energieerzeugung für die zukünftige Versorgung ihrer Kunden aufzubauen. Mit dem Windpark Zieger ist der erste und damit entscheidende Schritt getan. Weitere werden folgen“, so Achim Thiel.

Die prognostizierten Erträge des Windparks stützen sich auf zwei unabhängige Windgutachten vom TÜV Süd Industrie Service GmbH und von Wind & Regen, die auch Daten bestehender Windkraftanlagen berücksichtigen. Damit ist eine solide Wirtschaftlichkeit des Projekts gegeben. Die Wirtschaftlichkeit kann sich durch eine längere Laufzeit von bis zu 30 Jahren und durch eine Direktvermarktung des Stroms außerhalb des EEG

Thermoölerhitzer Thermoöl auf bis zu 315 Grad Celsius. Das heiße Thermoöl wird in einen Verdampfer geleitet, wo es das Arbeitsmittel Silikonöl zum Verdampfen bringt. Der Silikonöldampf wird nun in eine Turbine geführt. In der langsam laufenden Axialturbine wird aus thermischer Energie Bewegungsenergie, die in einem Generator Strom erzeugt. In einem Regenerator und einem Kondensator kühlt das Silikonöl und verflüssigt sich. Dabei gibt es seine Wärme ab, die ins Fernwärmenetz eingespeist wird.

Die Rauchgase, die bei der Holzverbrennung entstehen, werden in der Rauchgasreinigungsanlage behandelt. Sie besteht im Wesentlichen aus einem Vorentstauber (Zyklonabscheider) und einem Elektrofilter, der die schadstoffbelasteten Staubteile abscheidet.

Das Biomasse-Heizkraftwerk wurde nach der vierten Bundesimmissionsschutz- Verordnung genehmigt. Die Anlage unterliegt hierbei den Anforderungen der Grenzwerte der TA-Luft. Die Einhaltung der vorgegebenen Emissionsgrenzwerte wird durch regelmäßige Messungen überwacht. Evonik New Energies GmbH gehört in Deutschland mit elf Anlagen auf Holzbasis (Alt- und Restholz, Frischholz) zu den größten Akteuren bei der energetischen Nutzung von Biomasse.

Die Anlagen, die Evonik New Energies GmbH zum Teil allein, zum Teil mit Partnern gebaut hat und betreibt, stehen außer in Warndt in Neuwied, Großbaitingen (Kreis Augsburg), Neufahrn (Kreis Freising), Werl (Kreis Soest), Ilmenau (Ilm-Kreis), Traunreut (Kreis Traunstein), Buchen (Neckar-Odenwald-Kreis), Dresden, Buchenbach (Kreis Breisgau Hochschwarzwald) sowie in Lünen (Kreis Unna).

CO2 -Bilanzen für bayerische Kommunen:

Klimagase im Griff

Wege und Erfahrungen bei Veranstaltung der ENERGIEregion und des LfU

Von der „CO2-Bilanzierung für Einsteiger“ bis zu „unserer langjährigen Praxis mit einem selbst entwickelten Bilanzierungssystem“ spannt sich der Bogen bei der Tagung „CO2-Bilanzen für Bayerische Kommunen.“ Dazu laden am 24. November 2010 von 9.00 bis 16.30 Uhr die ENERGIEregion GmbH und das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) mit ihren Kooperationspartnern in den Südpunkt Nürnberg, Pillenreuther Straße 147 ein. Die Teilnahme kostet 55 Euro inkl. Verpflegung.

Damit Verantwortliche in ihrer Kommune klimaschädliche Gase reduzieren können, müssen sie zuerst einmal wissen, wie viel Treibhausgase wo und wann produziert werden. Eine CO2-Bilanz liefert hier ein genaues Bild: Sie ermöglicht damit, Handlungsstrategien zu entwickeln, jeweils genau angepasst an Gemeinde, Stadt oder Kreis. So bildet die CO2-Bilanz die Grundlage für kommunale Klimaschutzkonzepte und den politischen Diskussionsprozess vor Ort.

Konkrete Beispiele und Erfahrungen

Die Tagesveranstaltung bietet vor allem Praktisches, das leicht von den Teilnehmern auf ihre eigene Kommune übertragen werden kann. Verantwortliche aus großen und kleineren Orten stellen vor, wie sie es mit der CO2-Bilanzierung handhaben. Doch auch grundsätzliche Strategien werden vorgestellt.

Der Klimaschutz ist eine wichtige gesamt-gesellschaftliche Aufgabe, um die Zukunft nachhaltig zu gestalten, erklärt Erich Maurer. „Dabei sind Kommunen die Schlüsselakteure. Denn sie haben unmittelbar Einfluss auf Stadtentwicklung, lokale Wirtschaftsförderung und kommunale Umweltpolitik“, so der ENERGIEregion-GmbH-Geschäftsführer weiter.

„CO2-Bilanzen für bayerische Kommunen“ wendet sich deshalb in erster Linie an Entscheidungsträger – Bürgermeister, Geschäftsleitende Beamte, Klimaschutz- Beauftragte oder Sachbearbeiter. Auch Mitarbeiter der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit können davon profitieren.

Veranstalter sind die ENERGIEregion GmbH und das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) gemeinsam. Weitere Partner sind Klima-Bündnis e.V., Bayerischer Städtetag sowie Bayerischer Gemeindetag. **Anmeldung und Informationen unter www.energieregion.de, per Tel. 0911-994396-6 oder per E-Mail veranstaltung@energieregion.de.** □



Wir haben es in der Hand.

Energie aus nachwachsenden Rohstoffen

Evonik New Energies GmbH St. Johanner Straße 101-105, 66115 Saarbrücken
TELEFON +49 681 9494-00, TELEFAX +49 681 9494-2211
info-new-energies@evonik.com, www.evonik.de/new-energies

Evonik. Kraft für Neues.



EVONIK
INDUSTRIES

Routinekontrolle:

Gas-Prüfung im Haushalt

Einmal im Jahr darf man ruhig genauer hinschauen: Bei der sogenannten Hausschau auch „Gas-Check“ oder „Gasschau“ genannt. Dabei wird die Gasanlage zuhause einer Sichtkontrolle unterworfen. Der Jahres-Check ist schnell gemacht und auch ohne besondere technische Fähigkeiten selbst durchzuführen.

ESB erklärt was dabei zu beachten ist. Hängt das alte Fahrrad an der Gasleitung, blättert bereits die Farbe an den Rohren ab oder stehen die Ski aus der letzten Saison vor der Gasabsperrereinrichtung im Keller? Wenn ja – dann ist es vielleicht an der Zeit, diese ESB-Checkliste in die Hand zu nehmen und zehn Punkte zur Hausschau in einigen Minuten abzuholen.

Hausschau darf Jeder

Zwar ist die Hausschau nicht gesetzlich vorgeschrieben, wie etwa die regelmäßige Überprüfung der Abgasanlage durch den Kaminkehrer. Sie gehört jedoch zur sogenannten Verkehrssicherungspflicht für Gebäude, vergleichbar mit dem Schneeräumen vor dem Haus.

Ab der Haupt-Absperrereinrichtung des Hausanschlusses liegt die Verantwortung für die Gas-Installation in den Händen von Eigentümern und Mietern.

Mietrecht:

Heizungsparagrafen im Check

Eine Heizung, die funktioniert und wohlige Wärme bringt - das sollte im Winter in jeder Mietwohnung selbstverständlich sein. Doch was geschieht, wenn es zu Ausfällen kommt? Was zu beachten ist und welche Rechte und Pflichten die Mieter haben, erläutert der Energieversorger Energie Südbayern.

Ab wann muss geheizt werden?

Es gilt grundsätzlich, was im Mietvertrag steht. Übliche Heizzeiträume sind vom 1. Oktober bis zum 1. April - teilweise schon 14 Tage früher bzw. später. Aber auch außerhalb dieser Zeit besteht das Recht auf warme Räume. Sinkt also bereits im September die Temperatur in der Wohnung auf herbstlich kühle Werte und ist kein Wetterumschwung am nächsten Tag in Sicht, besteht schon Heizpflicht.

Wie warm muss es in der Wohnung sein?

Im Regelfall wird eine Temperatur von 20 bis 22 Grad als ausreichend angesehen. Klauseln mit generellen 18 Grad Mindesttem-

Durchführen darf die Hausschau jeder. Der Hausbesitzer selbst und natürlich auch ein Fachmann. Seriöse Unternehmen bieten die Hausschau meist gegen eine geringe Gebühr als reine Sichtkontrolle an. Auch weisen sie darauf hin, dass der Check empfehlenswert, aber keine Pflicht ist. Sind alle Punkte in Ordnung, kann man in zwölf Monaten wieder daran denken. Gab es Mängel, die nicht selbst zu beseitigen waren, dann sollte man sich an einen SHK-Fachmann oder den zuständigen Erdgasnetzbetreiber wenden.

„Verbraucher, die eine Hausschau vornehmen möchten, können dies am besten mit einer Checkliste tun“, erläutert Conny Reichelt, Heizungsexperte der ESB. Nachfolgend einige wichtige Punkte:

- Freier Zugang zu Absperr-einrichtungen an Hausanschluss und Zähler?
- Gasleitungen in einwandfrei-

em Zustand? Besonders an Wand- oder Deckendurchführungen sowie in feuchten, unbelüfteten Räumen.

- Gasleitungen gut befestigt und frei von „Anhängen“?
- Lüftungsöffnungen an Verkleidungen vorhanden und unverstellt?
- Verbrennungsluftöffnungen im Aufstellraum (Wand oder Tür) der Gasgeräte geöffnet?
- Ausreichende Verbrennungsluftzufuhr bei Neu-Einbau von Fenstern und Türen?
- Installation einer neuen Abluft-Dunstabzugshaube oder eines Abluft-Wäschetrockners mit dem Fachmann abgesprochen?
- Schlauchleitung vom Herd zur Gassteckdose ohne Knick, unbeschädigt sowie ausreichend von Hitze und Flammen entfernt?
- Brennt die sichtbarer Flamme am Gasgerät: durchgehend blau?
- Gasgeräte intakt, ohne Rußspuren, auffälligen Geruch oder Geräusche?

Erdgas ist ein Naturprodukt. Zu 85 Prozent aus Methan, ungiftig und unsichtbar. Wie

sieht es jedoch mit der Sicherheit von Erdgas und dessen Anwendung im Haushalt aus? ESB erklärt die wichtigsten Fakten rund um das Thema.

Natürliches Sicherheitsplus

Erdgas ist von Natur aus geruchlos und ungiftig. Zur Sicherheit wird Erdgas daher mit einem intensiven Duftstoff versetzt. Selbst geringe Mengen sind so schnell zu bemerken. Verbraucher, die den Geruch „testen“ möchten, können eine sogenannte Odorierungskarte bei ihrem Netzbetreiber bestellen.

Eigenwilliger Brennstoff

In Sachen Brandschutz spielt die Physik eine entscheidende Rolle. Erdgas ist leichter als Luft. Es verflüchtigt sich daher nach oben durch das Abgasrohr oder andere Öffnungen. Das Gegenteil ist übrigens bei Butan oder Propan der Fall, die etwa zum Grillen oder als Autogas zum Einsatz kommen. Diese Flüssiggase können sich am Boden sammeln. Brennbar ist Erdgas zudem nur bei einem Anteil von 5 bis 15 Prozent in der Luft und bei einer Zündtemperatur von mindestens 540 Grad Celsius – also extrem schwierig.

Viele Vorschriften

Ob Installateur, Heizungsbauer oder Kaminkehrer – ohne spezielle Ausbildung darf in Deutschland keiner an Gasanlagen arbeiten. Alle Vorschriften sind in den „Technischen Richtlinien für die Gasinstallation“ zusammengefasst. Das Regelwerk wird ständig aktualisiert und ist eines der umfangreichsten und sichersten weltweit.

Sicherheit im Haus

Ein wichtiger Sicherheitsgarant im Haus ist der sogenannte Gasströmungswächter, der heute in allen neuen Installationen eingebaut wird. Wie beim „Aqua-Stopp“ der Waschmaschine stoppt er automatisch die Erdgaszufuhr im Haus, falls unkontrolliert größere Gasmengen austreten. Viele Gasversorger wie die ESB haben zudem von außen einfach bedienbare Absperrereinrichtungen angebracht – ein zusätzliches Sicherheitsplus.

Qualität ist oberstes Gebot. Daher müssen alle zur Erdgasinstallation verwendeten Bauteile – wie Rohrleitungen oder Armaturen – geprüft und zertifiziert sein.

Mit CO₂-neutralem Erdgas auf Erfolgskurs

Das Interesse an grünen Energieprodukten ist ungebrochen. Ein Jahr nach Produktstart hat der Münchner Energiedienstleister ESB mehr als 600 Millionen Kilowattstunden CO₂-neutrales Erdgas verkauft und zählt damit bundesweit zu den größten Anbietern. Kunden von ESB gleichen damit rund 120.000 Tonnen CO₂ aus, die bei der Verbrennung von Erdgas entstehen.

„CO₂-neutrales Erdgas ist für uns eine grüne Erfolgsgeschichte“, erklärt Martin Heun, Leiter Handel und Vertrieb der ESB. „Innerhalb eines Jahres konnten wir Kunden mit einem Volumen von 600 Millionen kWh CO₂-neutralem Erdgas gewinnen und halten. Dies zeigt, dass grüne Energieprodukte sicher keine Eintagsfliege sind.“

Vor allem Geschäftskunden, aber auch viele Privathaushalte und Erdgas-Weiterverteiler nutzen das Angebot des bayerischen Versorgers. Darunter sind Hoteliers genauso wie Unternehmen aus der Textilbranche, der Wohnungswirtschaft oder des produzierenden Gewerbes.

Das klimaneutrale Produkt gibt es für einen Zusatzbeitrag von 0,3 Cent brutto pro verbrauchter Kilowattstunde (kWh) Erdgas. Grundlage für CO₂-neutrales Erdgas sind Emissionsminderungszertifikate. Die finanziellen Mittel daraus fließen direkt in weltweite Klimaschutzmaßnahmen. Dazu gehören Windparks in der Türkei und Neukale-

donien, eine Biogasanlage in Thailand und ein Geothermiekraftwerk in Indonesien. „Gerade im Bereich der Emissionsminderungszertifikate schauen Kunden sehr genau auf deren Herkunft“, so Heun weiter. „Bei der Auswahl unserer Projekte ist hohe Qualität daher schon Standard – und gleichzeitig Teil des Erfolgs.“

Hochwertige Zertifikate

ESB kauft ausschließlich hochwertige Zertifikate, die entweder im Rahmen des Kyoto-Protokolls (CDM, JI) oder im freiwilligen CO₂-Markt (Gold Standard VER, VCS, VER+) gehandelt werden. Alle Zertifikate sind von unabhängigen Instanzen wie dem UN-Klimasekretariat in Bonn oder den TÜV-Organisationen anerkannt und geprüft.

In Sachen Klimaschutz ging die ESB vor einem Jahr mit gutem Beispiel voran. Als einer der ersten Energieversorger stellt sich das Unternehmen seitdem auf Basis eines sogenannten Carbon-Footprints komplett klimaneutral. □

Energiesparlampen im Vergleich

Je kürzer die Tage, desto wichtiger ist die richtige Beleuchtung in Haus und Wohnung. Verbraucher, die es nicht nur hell und gemütlich möchten, sondern dabei auch noch Energie sparen wollen, haben heute die Wahl zwischen unterschiedlichen Systemen. Der Energieversorger ESB stellt die drei Wichtigsten vor.

Energiesparlampen sind seit Jahren auf dem Vormarsch - rund 80 Prozent der deutschen Haushalte setzen auf die sparsame Lichtquelle. Eine Lebensdauer von 6.000 bis 15.000 Stunden und eine bis zu fünfmal höhere Energieausbeute im Vergleich zur Glühbirne machen sie zum beliebten Leuchtmittel. Der größte Einspareffekt lässt sich beim Umstieg auf eine 20 Watt Energiesparlampe erzielen. In zehn Jahren beträgt die Ersparnis rund 154 Euro, wie kürzlich Stiftung Warentest ermittelt hat.

Doch Energiesparlampe ist nicht gleich Energiesparlampe. Insbesondere was Schaltfestigkeit (An- und Ausschalten), die Lebensdauer, die Dimmbarkeit, die versprochene Helligkeit oder Temperaturfestigkeit angeht, gibt es große Unterschiede zwischen den Modellen. Übrigens: Im Gegensatz zur klassischen Glühbirne sagt die Wattzahl nicht unbedingt etwas über die Helligkeit aus. Sie wird hier in Lumenwert (lm) angegeben. Eine 75 Watt Glühbirne entspricht in etwa 935 lm. Wichtig: Defekte Energiesparlampen gehören nicht in den Hausmüll, denn sie enthalten Quecksilber. Daher immer in einer Sammelstelle abgeben.

Neue Generation LED

Light-Emitting-Diodes - kurz LED - steht für eine neue Generation von energiesparenden Lampen. Die LED-Lampen arbeiten mit Halbleiterkristallen, die Strom zum Leuchten anregt. Sie geben kaum Wärme ab und erzeugen mit weniger als 10 Watt die Lichtausbeute einer 75 Watt-Glühbirne. Bei neuen Modellen lässt sich nicht nur die Helligkeit verändern, sondern gleichzeitig der Farbton des Lichts anpassen - hell und weiß zum Arbeiten, dunkler und wärmer zum Dinner. Kein Wunder, dass im technikverliebten Japan der Umsatz mit LED-Leuchten 2010 schon bei über 60 Prozent lag. Doch auch

diese Leuchtmittel werfen Schatten: Mit 30 bis 50 Euro sind Marken-Lampen noch zu teuer, als dass sie sich energetisch amortisieren würden und günstige Discount-Produkte schneiden auf dem Prüfstand nicht immer gut ab. Ob die versprochene Lebenszeit von 25.000 bis 40.000 Stunden - immerhin rund 6 Jahre Dauerlicht - in der Praxis erreicht wird, muss sich noch zeigen.

„Neonröhren“

Die Leuchtstofflampe, umgangssprachlich auch Neonröhre bezeichnet, arbeitet sehr wirtschaftlich und hat kürzlich ihren 70sten Geburtstag gefeiert. Trotzdem ist sie noch lange nicht altmodisch. Sie erreicht eine sehr lange Lebenszeit und leuchtet bis zu 85 Prozent energieeffizienter als eine Glühlampe. „Neonröhren“ enthalten nur im Namen das Edelgas Neon, in der Lampe befindet sich das günstigere Argon. Defekte Röhren dürfen nicht in den Hausmüll wandern, sondern müssen aufgrund des enthaltenen Quecksilbers fachgerecht entsorgt werden. Übrigens: Auch Energiesparlampen sind nichts anderes „gefälschtes“ Leuchtstofflampen. Glühlampen mit über 60 Watt Leistung sind seit dem 1. Oktober 2010 in ganz Europa verboten.

Einen neuen Verwendungszweck hat ein Ingenieur aus Essen dafür gefunden. Er verkauft diese hierzulande nicht als Leuchtmittel, sondern als Heizung. Seine „Heatballs“ besäßen mit 95 Prozent einen extrem hohen Wirkungsgrad bei der Wärmeerzeugung. Die dabei entstehende Leuchtwirkung sei produktionstechnisch bedingt „völlig unbedenklich“.

Verbraucher, die mit ihrer Lichtquelle hingegen lieber sparsam leuchten als ungewöhnlich heizen möchten, finden unter <http://www.energieagentur.nrw.de/tools/energiesparlampen> ein cleveres Tool für die Lampenwahl. □

Für alle, denen Bäume pflanzen zu lange dauert.
CO₂-neutrales Erdgas von ESB.



Mit CO₂-neutralem Erdgas von ESB leisten Sie Ihren persönlichen Beitrag zum Klimaschutz. Sämtliche CO₂-Emissionen aus der Erdgasverbrennung werden von uns kompensiert. Zu 100 %. Dazu investieren wir in weltweite Klimaschutzprojekte. Wer das überwacht? TÜV Nord hat das Verfahren zertifiziert. Sie möchten mehr erfahren? Gerne im Internet unter www.esb.de/klimaschutz oder telefonisch unter der Hotline: **0 18 01/56 57 58***

ESB
IDEEN. INNOVATIONEN. ENERGIE.

www.esb.de

ERDGAS
Natürlich effizient

*3,9 Ct./Min. aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk max. 42 Ct./Min.

Bayerngas eröffnet Vertriebsbüro in Wien

Die Bayerngas GmbH, München, eröffnet ein Vertriebsbüro für Industriekunden in Wien. Marc Hall, Geschäftsführer von Bayerngas: „Das Gasgeschäft ist europäisch. So wie Bayerngas das Gas auf den europäischen Großhandelsmärkten kauft und selbst in der internationalen Gasproduktion aktiv ist, sind große gasverbrauchende Industrieunternehmen mit Produktionsstandorten in unterschiedlichen europäischen Ländern präsent. Diese Industriekunden wollen einen einzigen Gaslieferanten für mehrere Standorte. Bayerngas folgt seinen Kunden und bietet Gas nunmehr auch vom Standort Wien in Österreich an.“

Ulrich Mayr, Bereichsleiter Markt & Kunden bei Bayerngas, ergänzt: „Die Stärke der Bayerngas ist die individuelle und vertrauensvolle Beziehung zu den Kunden vor Ort. Mit diesem Modell sind wir seit Jahrzehnten in Süddeutschland und seit vergangenem Jahr auch in Westdeutschland erfolgreich. Deshalb haben wir uns für ein Vertriebsbüro in Wien entschieden. Wir bieten den bisher von München aus betreuten österreichischen Industriepartnern damit noch mehr Nähe.“

Kooperationspartner

Beim Aufbau des Standorts Wien setzt Bayerngas auf die Unterstützung seines Kooperationspartners ENLOGS Energy Logistics and Services GmbH. Josef Aschauer, Geschäftsführer von ENLOGS: „ENLOGS verfügt über langjährige Erfahrungen im österreichischen Markt.

Energieeffizientes Handeln:

Landkreis Rottal-Inn will Vorbild sein

Bei der Übergabe der Ergebnisse der energetischen Untersuchung aller dem Landkreis Rottal-Inn gehörenden Gebäude meinte Landrätin Bruni Mayer: „Wir können nicht immer nur an die Immobilienbesitzer im Landkreis appellieren, sie sollen ihre Gebäude möglichst energieeffizient ausrüsten – wir müssen auch mit gutem Beispiel vorangehen.“

Das Unternehmen Karmann Energy & Facility Consulting hatte in Zusammenarbeit mit der Liegenschaftsverwaltung des Landratsamtes 22 Liegenschaften mit ca. 50 Gebäuden untersucht. Auf ihren jetzigen energetischen Zustand und auf Verbesserungsmöglichkeiten überprüft wurden u. a. Schulen, Amtsgebäude, das Landwirtschaftsamt, das Jugendferiendorf und das Theater an der Rott.

Fit für die Zukunft

„Für uns ist diese Bestandsaufnahme sehr wichtig, sie wird als Grundlage dafür dienen, unsere Gebäude für die Zukunft fit zu machen“, machte Bruni Mayer deutlich. Und auch der Zeitpunkt für die Analyse, die einen Zeitaufwand von rund einem Jahr beanspruchte, sei günstig gewesen: „Wir haben für unser Projekt eine Förderung von 80 Prozent aus dem Bundesumweltministerium erhalten“, erläuterte die Landrätin. Projektbeteiligte seien neben dem Landkreis Rottal-Inn das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, der Projektträger Forschungszentrum Jülich GmbH und die Fa. Karmann Energie & Facility Management Consulting.

In den vergangenen Monaten wurden alle Gebäude im Besitz des Landkreises einer ausführlichen Begehung unterzogen. Dabei wurden wichtige Kennzahlen analysiert, die Gebäudehülle wurde ebenso einer genauen Untersuchung unterzogen wie auch die Gebäudetechnik. Fazit: Der Landkreis Rottal-Inn könnte sich auf Dauer viel Geld sparen, wenn mögliche energetische Maßnahmen durchgeführt werden. „Die Investitionen zur Energieeinsparung würden sich im

Wir werden dank unserer Expertise für Bayerngas zugleich langfristiger Partner als auch Katalysator sein, damit das Unternehmen so schnell wie möglich die gewünschten individuellen Strukturen für seine österreichischen Industriepartner aufbauen kann.“

Positive Entwicklung

Dass Bayerngas das Industriekundengeschäft versteht, zeigt die Entwicklung des Geschäfts mit dieser Kundengruppe: 2009 hat Bayerngas ihren Verkauf an Industriekunden über die Standorte München und Düsseldorf um ca. 25 % auf rund 10,8 Milliarden Kilowattstunden gegenüber dem Vorjahr gesteigert. Insgesamt verkaufte Bayerngas an Stadtwerke, regionale Gasversorger, große Industriekunden und in den Handelsmarkt im vergangenen Geschäftsjahr 70,2 Mrd. kWh. □

Durchschnitt bereits nach 1,4 Jahren amortisieren“, rechnete Karmann vor. Das Gesamt-Einsparpotential sei erheblich, weil sich die Maßnahmen über die gesamte Nutzungsdauer der Gebäude auswirken würden. Der Experte sieht das Einsparpotential aller Maßnahmen mit einer berechneten Amortisationsdauer von weniger als fünf Jahren bei 1,34 Millionen Euro. Dass neben den Kosten auch wertvolle Energie eingespart und die CO₂-Belastung der Umwelt reduziert wird, sei der zweite wichtige Aspekt der Berechnungen.

Maßnahmen

Rund zwei Drittel der Energiekosten von rund 888.000 Euro, die der Landkreis Rottal-Inn im

Das Kraftwerk fürs Einfamilienhaus

Das Thema Energiesparen nimmt breiten Raum im Leistungs- und Beratungsangebot von erdgas schwaben ein. Das größte Einsparpotenzial bietet innovative Erdgas-Anwendungstechnik.

Wer auf moderne Erdgas-Technik setzt, spart sich Geld und der Umwelt jede Menge klimaschädliches CO₂. Wichtig ist der Einsatz der individuell optimalen Technik. Die erdgas schwaben Energiesparprofis finden für jeden die passende Lösung.

Der Weg zum privaten Atomausstieg

In den letzten Jahren wurden Blockheizkraftwerke (BHKW) immer kleiner und kompakter, sie lohnen sich längst auch für Privathaushalte. Anfang Oktober auf der Augsburger Messe Renexpo präsentierte erdgas schwaben eine absolute Weltneuheit: Die marktreifen Mikro-Blockheizkraftwerke der Hersteller Remeha und sanevo.

Funktionsweise

Das Mikro-BHKW, betrieben mit Erdgas oder Bio-Erdgas, wurde speziell für Ein- und Zweifamilienhäuser oder Kleingewerbetreibende entwickelt. Wie jedes „große“ BHKW funktioniert es nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und produziert gleichzeitig Strom sowie Wärme für Heizung und Warmwasser.

Beim nahezu wartungsfreien Mikro-BHKW ist zur Erzeugung des hauseigenen Stroms im BHKW-Kessel ein Stirlingmotor eingebaut, der von einer Gasflamme angetrieben wird. Während der Stromerzeugung wird die Abwärme des Motors für die eigene Heizung genutzt. Ein zweiter Brenner mit Wärmetauscher liefert bei Bedarf zusätzliche Energie.

Klein, fein und smart

Ein Mikro-BHKW ist kleiner als eine Waschmaschine und spart rund 30% Primärenergie, bei bis zu 60% geringerem CO₂-Ausstoß. Der erzeugte Strom lässt sich über normale Leitungen nutzen. Eine durchschnittliche Familie kann mit dem Mikro-KWK-Heizkessel jährlich rund zwei Drittel des eigenen Strombedarfs selbst erzeugen. Wird mehr erzeugt als verbraucht, wird der Überschuss über den Stromzähler ins Netz eingespeist.

Die ökonomischste Erdgastechnik

Das BHKW gilt als ökonomischste Erdgastechnik der Zukunft. Seine Wirtschaftlichkeit wird von verschiedenen Faktoren bestimmt: Dem Grundwärmebedarf des Nutzers, der optimalen Ausnutzung der eingesetzten Energie und den staatlichen Zuschüssen. Auch erdgas schwaben fördert die Anschaffung eines Mikro-BHKW. Richtig auf den Verbrauch ausgelegt, amortisiert sich die Investition eines Mikro-BHKW innerhalb weniger Jahre.

Informationen unter www.erdgas-schwaben.de. □

Berechnungsjahr 2008 bezahlen musste, werden für die Wärmeversorgung aufgewandt. In diesem Bereich soll jetzt auch vorrangig angesetzt werden, und zwar nicht nur mit baulichen Verbesserungen, sondern auch mit Maßnahmen, die auf den ersten Blick ganz einfach wirken, in der Effizienz aber durchaus bedeutsam sind. „Dazu gehört beispielsweise der Einbau von Wärmemengenzählern, Wasserzählern und Stromzählern da, wo sie noch nicht vorhanden sind. Aber auch die Nutzer der Gebäude und die Hausmeister müssen geschult und qualifiziert werden, um Einsparpotentiale zu erkennen und zu nutzen“, so Theo Karmann.

Generell sei es aber wichtig, Energieeffizienz und Betriebskostennoptimierung schon bei der Planung von Um- und Neubauten in den Mittelpunkt zu stellen.

Ein erster Schritt hierzu wurde bereits getan: Der Kreisausschuss beauftragte in seiner jüngsten Sitzung die Verwaltung, bei der Planung und Umsetzung künftiger Maßnahmen im Hochbaubereich die Ergebnisse der Untersuchung zu berücksichtigen. Außerdem soll zu Beginn des kommenden Jahres ein Förderantrag beim Bundesumweltministerium gestellt werden, der die fachliche Begleitung der Umsetzung der Untersuchungsergebnisse ermöglicht. DK



Erna-Maria Trixl, Geschäftsführerin LEW TelNet, Andreas Graf, Leiter Wirtschaftsförderung im Landratsamt Landsberg am Lech, Reichlings Breitbandpate Wolfgang Hentschke, Reichlings Bürgermeisterin Margit Horner-Spindler und Christian Smetana, Vertriebsleiter von M-net-Niederlassung Augsburg (v. l.), starteten die Bauarbeiten für den Ausbau des Breitbandnetzes in der Gemeinde Reichling mit einem offiziellen Spatenstich. □

Den Anschluss an die Zukunft legen

Start der Bauarbeiten für Ausbau des Breitbandnetzes in der Gemeinde Reichling

Mehr als zehn Kilometer neue Glasfaser- und Kupferleitungen sind die Basis des neuen Breitbandnetzes in der Gemeinde Reichling. Im Laufe des dritten Quartals 2011 erfolgt die Inbetriebnahme des Netzes. Dann können knapp 900 Haushalte im Gemeindegebiet über die neue Infrastruktur mit einer Bandbreite von zunächst bis zu 50 Mbit/s im Internet surfen. Jetzt fand der offizielle Spatenstich der für das Breitbandnetz notwendigen Bauarbeiten statt. Das Projekt setzen LEW TelNet und M-net gemeinsam um.

LEW TelNet verlegt 10.350 Meter neue Glasfaser- und Kupferleitungen in Reichling, Ludenhausen, Reichlingsried und Gimmehausen. Sie verbinden an sechs verschiedenen Punkten im Gemeindegebiet die vorhandenen Telefonleitungen mit dem Breitbandnetz der LEW TelNet. M-net wiederum investiert in technisches Equipment zur Realisierung der innovativen VDSL-Technik.

Nach Abschluss der Arbeiten wird M-net im genannten Gemeindegebiet auf Basis der neu geschaffenen Infrastruktur hochmoderne Internetzugänge mit einer Geschwindigkeit von bis zu 50 Mbit/s bereitstellen.

Der Freistaat Bayern fördert das Vorhaben im Rahmen seines Programms zum Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum. An den Investitionen für den Aufbau der neuen Glasfaser-

Infrastruktur beteiligen sich außerdem die Gemeinde Reichling sowie LEW TelNet und M-net.

„Dieses Projekt ist ein wichtiger Meilenstein für Reichling“, sagte Bürgermeisterin Margit Horner-Spindler beim offiziellen Spatenstich. „Bisher kamen wir nur mit äußerst geringen Leistungen ins Internet. Künftig verfügen wir über eine zukunftssichere Breitband-Infrastruktur. Sie stellt eine wesentliche Basis für die weitere Entwicklung unserer gesamten Gemeinde dar, denn für Unternehmen, Selbstständige und Hauslehaber ist eine gute Breitbandanbindung entscheidend bei der Standortwahl. Sehr dankbar bin ich auch dem Landkreis. Er hat frühzeitig die Weichen gestellt und unsere Gemeinde gut beraten. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit LEW TelNet und M-net.“ □

ERDGAS

An die Spitze mit Bio-Erdgas

Andreas Eggensberger,
Bio-Hotelier in Hopfen am See

erdgas schwaben ist Bio-Erdgas-Lieferant des Hotels Eggensberger, des ersten EU-zertifizierten Bio-Hotels im Allgäu. Für umweltverträglichen Urlaub. Spitzenleistung aus der Region, auch dank:

- klimaschonendem Bio-Erdgas
- und modernster Erdgastechnik

Was die können, können Sie auch! Wir beraten Sie gerne
Telefon 0821 9002-111
www.erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

Hotel Dolce Munich in Unterschleißheim:

Objekt der Superlative

Vor den Toren Münchens, in Unterschleißheim, ist nun als Ergänzung des BallhausForums das Hotel Dolce und Kongresszentrum Unterschleißheim entstanden, das riesige Tagungskapazitäten bietet. Südwärme liefert die benötigte Energie.

Bereits seit dem Jahr 2007 versorgt die Südwärme das BallhausForum, ein hochmodernes, äußerst eindrucksvolles Veranstaltungs- und Kongresszentrum in Unterschleißheim, mit Strom, Wärme und Kälte. Nun ist im Verbund das Hotel Dolce Munich, ein Vier-Sterne-Plus-Hotel, in unmittelbarer Nähe, entstanden.

Kombination von Behaglichkeit und Lifestyle

Mit 255 Zimmern und einer Gesamtfläche von 4.704 qm Nutzfläche in 23 Tagungsräumen mit modernster Ausstattung bietet dieses Designhotel zusammen mit dem BallhausForum alles, was heute für anspruchsvolle Tagungen gebraucht wird. Das aufwändige Innendesign kombiniert bayerische Behaglichkeit mit zeitgemäßem Lifestyle. Edle Materialien ziehen sich durch das gesamte Haus, akzentuiert durch raffinierte regionale Details.

Schon bei der Planung der Energiezentrale für das BallhausForum im Jahr 2006 wurden Platzreserven für eine weitere Ausbaustufe vorgesehen, dass das nun neu gebaute Hotel Dolce Munich im Rahmen eines

Energie-Gesamtkonzepts mit einbezogen werden konnte. Die Wärme- und Kälteversorgung stellt Höchstansprüche an das Versorgungskonzept genauso wie an den anschließenden Betrieb der Energieversorgungsanlagen.

Das ortsansässige Südwärme-Kompetenzzentrum ITW GmbH konnte seine Detailkenntnisse und Erfahrungen mit dem BallhausForum voll in die Überlegungen für das Hotel Dolce Munich einbringen. So ist in Unterschleißheim Grundwasser in ausreichender Menge und wirtschaftlich erreichbarer Tiefe vorhanden. Dies beeinflusste das Energiekonzept entscheidend und brachte Südwärme mit ihrem Partner ITW den Zuschlag.

Die bessere Lösung

Der enorm hohe Kältebedarf von 1.475 kW kann vollumfänglich über die Nutzung von Grundwasser zur Kühlung gedeckt werden. Gleichzeitig wird der Brunnen für den Betrieb einer Wärmepumpe genutzt. Ursprünglich war vorgesehen, für diese zweite Ausbaustufe eine weitere Wärmepumpe zu installieren. Zwischen 2005 (=Pla-

nungsphase BallhausForum) und 2009 (Planungsphase Hotel Dolce) haben sich die Rahmenbedingungen durch das neue KWKG-Gesetz so geändert, dass der Einsatz eines Blockheizkraftwerkes zur Strom- und Wärmeversorgung aus Sicht des Betreibers die bessere Lösung darstellte.

Sinnvoller Energiemix

Spitzenlasten werden über Gas und Öl abgedeckt. Die Versorgung des Hotels erfolgt aus der Energiezentrale des BallhausForums über Fernleitungen (Wärme und Kälte). Der über das BHKW erzeugte Strom wird überwiegend im Objekt selbst genutzt. Durch diesen Energiemix kann sehr flexibel auf Energiepreisschwankungen reagiert werden.

Die Heizlast beträgt 1.500 kW; die Kältebelastung 900 kW (BallhausForum: 1.200 kW und 575 kW). Die Wärme wird über ein 370 kW (240 kW elektrisch) Blockheizkraftwerk erzeugt mit einem 1.100 kW Gaskessel für die Spitzenlast (BallhausForum: 250 kW Grundwasserpumpe und 1.000 kW Ölkessel). Die Kälte wird zu 100 % über das Grundwasser mit einem Förderbrunnen 50 Liter pro Sekunde und einem Schluckbrunnen erzeugt (BallhausForum: dito mit 40 l/s).

Lebenszyklus

Das Südwärme Energie-Contracting bietet dem Hotel Dolce Munich eine ganze Reihe entscheidender Vorteile gegenüber der Eigeninvestition und dem Eigenbetrieb. Es wurde eine Energieversorgung nach dem Prinzip der ganzheitlichen Wirtschaftlichkeit, vor allem unter Berücksichtigung des Lebenszyklus, umgesetzt. So rechnen sich die hohen Investitionskosten der Südwärme in Höhe von weiteren 730.000 Euro durchaus, weil damit eine dauerhaft in Verbrauch, Betrieb und Wartung kostengünstige, innovative Anlage realisiert werden konnte, die nicht nur die hohen gesetzlichen Auflagen (EnEV, EEWärmeG) erfüllt, sondern auch ökologische Vorteile bietet.

Erfahrungen mit Südwärme-Kompetenzzentrum

Natürlich spielte bei dem Zuschlag für Südwärme auch die Übernahme des voll eigenverantwortlichen, professionellen Betriebs einer solch anspruchsvollen Anlage eine entscheidende Rolle. Hier hatte das BallhausForum bereits exzellente Erfahrungen mit dem Südwärme-Kompetenzzentrum ITW gemacht. Übrigens: Das tolle Klima im Hotel Dolce Munich behagt auch lokaler Prominenz. Der FC Bayern übernachtet vor jedem Heimspiel im Hotel Dolce Munich in Unterschleißheim. Wenn das keine Referenz ist...



Imposant in vielerlei Hinsicht: Das Hotel Dolce Munich.

Stadt Stein:

Energetische Sanierung der Schulturnhalle

Nach einer mehrmonatigen Umbauphase hat Steins Erster Bürgermeister Kurt Krömer der Öffentlichkeit eine komplett sanierte Turnhalle zurückgegeben. Das Konzept, die Turnhalle der Grundschule in der Mühlstraße energetisch zu sanieren, wurde erfolgreich abgeschlossen. Krömer zufolge bedeutet „erfolgreich“, „dass fast die Hälfte an bisher benötigter Energie eingespart wurde“.

In Zahlen ausgedrückt heißt dies: Von bisher 653,47 Kw/h pro Quadratmeter im Jahr wurde nun nach der Sanierung der Energiebedarf auf 356,91 Kw/h pro Quadratmeter im Jahr reduziert. Dies sind fast 50 Prozent Einsparung an Primärenergie. Gleichzeitig werden aber auch 50 Prozent bei den Heizkosten eingespart. Nach Ansicht des Rathausschefs ist dies „eine beachtliche Leistung“.

Eine Folge daraus sei aber auch, „dass wir mit der Reduzierung des Primärenergieeinsatzes gleichzeitig eine beachtliche Menge an Kohlendioxid einsparen und somit dem erklärten Ziel der Bundesregierung, den CO2-Ausstoß erheblich zu reduzieren, einen kleinen Schritt weiterkommen und mit dazu beitragen“. Gleichzeitig werde auch das Klimaschutzprojekt der Kommunalen Allianz Biberttal-Dillenbergl, in der die Stadt Stein seit 2009 Mitglied ist, umgesetzt. Dieses Klimaschutzkonzept wurde Anfang Oktober anlässlich des Energietales des Landkreises Fürth öffentlich vorgestellt.

Maßgebend für die Turnhallsanierung war das Konjunkturpaket II der Regierung. Die Stadt Stein hatte sich mit insgesamt sechs Projekten an einer Teilnahme beworben. Zwei von diesen Projekten wurden genehmigt. Bei dem zweiten Projekt handelte es sich um den lärmoptimierten Straßenasphalt, dem sog. Flü-

sterrasphalt, der mittlerweile in Stein auf zwei Straßen eingebaut und realisiert wurde. Für die energetische Sanierung der Turnhalle bekommt die Stadt Stein einen Zuschuss in Höhe von insgesamt 350.000 Euro. Die Gesamtsanierungskosten belaufen sich auf rund 610.000 Euro.

Ab sofort können Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, Sportvereine und Verbände der Stadt die neu sanierte Turnhalle wieder für ihre sportlichen Aktivitäten nutzen. „Und auch nachfolgende Generationen werden gerne dieses Angebot annehmen“, zeigte sich Bürgermeister Krömer überzeugt. Die Sportfläche der Turnhalle misst 279 qm und wird von 10 Grundschulklassen mit rund 250 Kindern täglich genutzt. Nach den Schulzeiten gehört die Turnhalle den verschiedenen Steiner Vereinen und Verbänden, die hier ihre sportlichen Aktivitäten trainieren.

Beim Festakt zur Eröffnung der neu sanierten Turnhalle bedankte sich Kurt Krömer bei Regierungspräsident Dr. Thomas Bauer sowie beim Landrat des Landkreises Fürth, Mathias Dießl, sehr herzlich für deren Unterstützung. Weiterer Dank galt auch den ausführenden am Bau beteiligten Firmen und Mitarbeitern, ohne die eine zügige, termingerechte, gewissenhafte Bauausführung nicht möglich gewesen wäre. **DK**



Mit Motorsäge und Astschere beugen die Lechwerke auch in diesem Winter Stromausfällen vor und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Stromversorgung in Bayerisch-Schwaben.

Lechwerke führen Ausstarbeiten durch

LEW investiert mehr als 2 Millionen Euro in die Sicherheit der Stromversorgung in Bayerisch-Schwaben

Mit Motorsäge und Astschere beugen die Lechwerke (LEW) auch in diesem Winter Stromausfällen vor und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Stromversorgung in Bayerisch-Schwaben. In diesem Jahr geben die Lechwerke dafür mehr als 2 Millionen Euro aus. Die gesamte Summe des Auftragsvolumens geht an 21 regionale Firmen aus den Bereichen Gartenbau und Landschaftspflege sowie an Maschinenringe und an Elektrofachfirmen.

Seit heute sind die Spezialfirmen im gesamten LEWNetzgebiet unterwegs, um Bäume und Sträucher zurück zu schneiden. Die Schnittrbeiten dauern bis Ende Februar 2011 an. Der Grund: Kommen Äste den Stromleitungen zu nahe, kann die Stromversorgung durch Überschläge unterbrochen werden.

Verschärfte Vorschriften

Durch Sturm und Schneelast umgestürzte Bäume können auch zu Leitungsrissen führen. Betroffen sind Stromleitungen aller Spannungsebenen von 400 Volt (Niederspannung) bis zu 380.000 Volt (Hochspannung). Seit 2005 wurden die Sicherheitsvorschriften für das Ausasten durch die Berufsgenossenschaft verschärft. Auch in diesem Jahr wird der Rückschnitt deshalb erheblich

ausgeweitet. Dies wird in vielen Fällen nur mit Hilfe von Stromabschaltungen möglich sein, über die die betroffenen LEW-Kunden rechtzeitig informiert werden.

Natur- und Vogelschutz

Die Lechwerke beachten bei den alljährlichen Ausstarbeiten besonders die Naturschutzbestimmungen und den Vogelschutz. Aus diesen Gründen werden die Arbeiten in der vegetationsarmen Winterzeit ausgeführt und vor Beginn der Brutzeit bestimmter Vogelarten abgeschlossen.

Aus Sicherheitsgründen warnen die Lechwerke Grundstücksbesitzer davor, Bäume, die zu nahe an Stromleitungen herangewachsen sind, selbst auszuschneiden. Stattdessen sollte die zuständige LEW-Betriebstelle verständigt werden.

Bundesverband WindEnergie:

Klimaschutz hat seinen Preis

Die vier Übertragungsnetzbetreiber haben die EEG-Umlage für das Jahr 2011 veröffentlicht. Im nächsten Jahr liegt diese bei 3,5 Cent je Kilowattstunde. Der Anteil von Wind, Sonne & Co. am deutschen Strombedarf steigt stetig. Er liegt aktuell bei mehr als 16 Prozent – zum Vergleich: Im Jahre 2000 lag er bei nur 6,3 Prozent.

Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist es, den Erneuerbaren Energien-Anteil bis 2020 mindestens zu verdoppeln. „Der dafür dringend notwendige Umbau unserer Stromversorgung ist jedoch nicht zum Nulltarif zu haben. Erneuerbarer Strom ist Qualitätsstrom, denn Erneuerbare Energien lösen keine externen Umweltkosten wie die fossile und nukleare Konkurrenz aus. Klimaschutz hat seinen Preis,“ erklärte Hermann Albers, Präsident des Bundesverbands WindEnergie, zu den neuen Zahlen der Übertragungsnetzbetreiber.

Durch die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien konnten allein im Jahr 2009 Umweltschäden im Umfang von 5,7 Mrd. Euro vermieden werden. 2,2 Mrd. Euro konnten eingespart werden, die ansonsten für den Import von fossiler Energie wie Steinkohle und Erdgas fällig geworden wären. Diesen Zahlen stand eine

Summe der EEG-Differenzkosten in Höhe von 5,3 Mrd. gegenüber. Diese Gegenüberstellung illustriert deutlich, dass der wirtschaftliche Nutzen der Erneuerbaren Energien (+ 2,6 Mrd. Euro im Jahre 2009) bei weitem die Kosten übertrifft. Bei kontinuierlichem Ausbau von Wind, Sonne und Co. in Deutschland erhöht sich dieser wirtschaftliche Vorteil der Erneuerbaren gegenüber fossilen Energieträgern.

Über die EEG-Umlage tragen alle Stromverbraucher die Mehrkosten, die durch den notwendigen Ausbau der Erneuerbaren Energien entstehen. Die Umlagesumme steigt, wenn mehr Strom aus Erneuerbaren Energien ins Netz eingespeist wird. „Das zusätzliche Geld für den alternativen Ausbau der Erneuerbaren Energien ist sehr gut angelegt. Wir müssen die Energie-wende heute anpacken“, betonte Albers.

Wir liefern Ihnen Wärme direkt ins Haus

Mit ihren über 30 Kompetenzzentren vor Ort bietet die Südwärme den **Komplett-Service in der Wärmelieferung**: Bau, Finanzierung und eigenverantwortlicher Betrieb von Heizungsanlagen mit zuverlässigem 24-Stunden-Service.

Mit Wärmelieferung durch unsere kompetenten Gebäude-technik-Fachbetriebe erhalten Sie bei Südwärme das **„Rund-um-sorglos-Paket“**.

Ihr verantwortliches **Südwärme Kompetenzzentrum** für die Energieversorgung im Hotel Dolce Munich:

ITW GmbH
Ingenieurgesellschaft
für technische Wartung
Max-Planck-Straße 5
85716 Unterschleißheim
Telefon: +49 89 3217110
Telefax: +49 89 32171150
E-Mail: info@itw-online.de
Internet: www.itw-online.de

www.suedwaerme.de

SÜDWÄRME
Gesellschaft für Energielieferung AG
Max-Planck-Straße 5
85716 Unterschleißheim

WOLF Hocheffizienz-Wärmepumpen:

Erstmals eigene Wärmepumpenbaureihe

Nach den Effizienz-Testsiegern für Gas und Öl und einem Trepperplatz im Bereich Solar im Vorjahr präsentiert der Systemanbieter WOLF-Heiztechnik jetzt erstmals eine Wärmepumpenbaureihe designed and made by Wolf. Und auch hier setzt WOLF von Beginn an neue Maßstäbe. Die Luft-/Wasserwärmepumpe im Leistungsbereich von 8 bis 12 kW und die Sole-/Wasserwärmepumpen im Leistungsbereich von 6 bis 16 kW Heizleistung gibt es in elf Varianten.

Die Luft-/Wasser-Wärmepumpen für die Innen- und Außenanstellung sowie die Sole-/Wasserwärmepumpen sind für Heizungs-Vorlauftemperaturen bis 63 °C geeignet. Neben der Energieeffizienz überzeugen die neuen WOLF Wärmepumpen insbesondere durch ihr niedriges Geräuschniveau, die einfache Installation und die hohe Bedienungsfreundlichkeit.

Ergänzt Systemangebot

Um dem Wunsch vieler Verbraucher nach Alternativen zu Öl und Gas, aber auch zu Biomasse nachzukommen, hat WOLF bereits 2007 sein Heiz-Systemangebot um Luft-/Wasser- und Sole-/Wasserwärmepumpen ergänzt. Bislang hat das Unternehmen dabei im OEM-Vertrieb auf Wärmepumpen eines Kooperationspartners zurückgegriffen. Ab sofort produziert WOLF selbstentwickelte Wärmepumpen im Werk Mainburg.

Die neue Baureihe deckt alle wesentlichen Ausstattungswünsche ab. Mit Vorlauftemperaturen bis 63 °C sowohl bei Luft-/Wasser- und Sole-/Wasser-Ausführung eignen sich die Geräte für Neubauten - idealerweise mit Fußbodenheizung - wie auch für sanierten Altbauten mit Wärmedämmung und großzügig ausgelegten Heizkörpern.

Stimmiges Gesamtkonzept

Besonders überzeugen können die neuen WOLF Hocheffizienz-Wärmepumpen in puncto Effizienz. Diese wird bei Wärmepumpen mit dem COP-Wert bestimmt, der die energetische Leistung des Gerätes bestimmt. Gegenüber den meisten Wettbewerbern, speziell den Wärmepumpen-Spezialisten, zeigt sich hier erneut der Vorteil von WOLF als Systemanbieter. Erst optimal aufeinander abgestimmte Einzelkomponenten ergeben ein stimmiges Gesamtkonzept. So wie bei WOLF: Die neuen Hocheffizienz-Wärmepumpen erreichen einen COP von bis zu 4,7 (Sole/Wasser) bei B0/W35 nach EN 14511 bzw.

3,8 (Luft/Wasser) bei A2/W35 nach EN 14511 und schaffen damit den Sprung an die Spitze des Marktes.

Neue Maßstäbe

Doch die überzeugende Energieeffizienz ist bei weitem nicht das einzige Verkaufsargument für WOLF Hocheffizienz-Wärmepumpen. Alle Geräte sind absolut leise im Betrieb und serienmäßig mit Wolf-WRS-Reglern ausgestattet. Neue Maßstäbe setzt WOLF auch in Sachen Bedienungsfreundlichkeit. Dafür sorgt der innovative „Wärmepumpen-Manager“, eine Regelung mit der z. B. auch WOLF-Solarkomponenten kombiniert werden können. Einfacher geht es also kaum.

Das gilt auch für die Aufstellung, denn speziell die Sole-Wasser-Geräte, sind durch die sehr schlanken Geräte Maße und getrennt montierbaren Heiz- und Speichereinheiten überall einbring- und aufstellbar. Besonders umweltbewussten Verbrauchern empfiehlt WOLF die Kombination von Hocheffizienz-Wärmepumpe und Hochleistungs-Sonnenkollektoren aus dem WOLF-Lieferprogramm.

Über 40-jährige Erfahrung im Bereich Klimatechnik

„WOLF kann auf über 40 Jahre Erfahrung im Bereich Klimatechnik zurückblicken. Wir haben also die notwendige Kompetenz und das Know-how. Dass wir uns nun eigenständig in den Zukunftsmarkt Wärmepumpen begeben ist für uns daher ein logischer Schritt“, erklärt Bernhard Steppe, Geschäftsleitung Vertrieb der WOLF GmbH. Der Markteinführung der Baureihe blickt Steppe optimistisch entgegen. „Wir haben ein sehr gutes Image bei Planungs- und Ingenieurbüros sowie bei Anlagenbauern. Dieses Image wird sich schnell auch auf unsere Wärmepumpen übertragen und bei der Markteinführung helfen“, ist sich Steppe sicher.

Wärmepumpen sind gerade bei Ein- und Zweifamilienhausbesitzern gefragt wie nie zuvor.



Prominenter Besuch bei der Wolf GmbH: Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Siegfried Schneider (2. v. l.). □

Wolf-Informationszentrum in Betrieb genommen

Die Wolf GmbH hat ein neues Energiespar-Zentrum am Unternehmenssitz in Mainburg eröffnet. Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Siegfried Schneider, nahm das neue Zentrum im Rahmen eines Informationsbesuchs in Betrieb. In dem neuen Energiespar-Infozentrum sollen jährlich über 7000 Gäste aus dem In- und Ausland über die modernsten Technologien bezüglich Energieeffizienz und Klimaschutz informiert und geschult werden.

Mit der Eröffnung des neuen Energiespar-Infozentrums und neuer bundesweit eingesetzter Infomobile startet Wolf eine neue Informationsoffensive für mehr Energieeffizienz und investierte hierfür rund 0,5 Mio. Euro.

Erneuerte Produktpalette

„Wir haben in den letzten Jahren in einem beispielhaften Innovationsprozess die gesamte Produktpalette erneuert und auf Energiesparsysteme umgestellt“, erklärte Wolf-Geschäftsführer Alfred Gaffal bei der Eröffnung. „Diese neue Technik und die neuen Systeme müssen nun weltweit eingeführt werden und unsere Kunden und Partner geschult werden. Unser bisheriges Energiespar-Infozentrum wurde dafür einfach zu klein“, so Alfred Gaffal.

Zum Thema Klimaschutzziele 2020 und die Frage nach ihrer

Nach Angaben des Bundesverbandes Wärmepumpe e.V. (BWP, München), stieg der Absatz von Wärmepumpen im Zeitraum zwischen 2003 und 2008 von 9.700 auf jährlich über 62.000 Geräte. Wärmepumpen gelten gerade in Neubauten und modernen, gut gedämmten Häusern als elegante Heizlösung. Diese Produkte erhalten Fachpartner vom Systemprofi Wolf nun alle aus einer Hand. □

Erreichbarkeit erklärt er weiter: „Wir müssen uns im klaren darüber sein, dass bei Beibehaltung der gegenwärtigen Austauschgeschwindigkeit die Klimaschutzziele 2020 nicht erreicht werden.“ Der Wolf-Geschäftsführer übergab Staatsminister Siegfried Schneider daher ein Positionspapier von Wolf und dem Bundesindustrieverband Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik (BDH). Darin gefordert werden unter anderem attraktive, unbürokratische und einfache Förderprogramme, eine offene Diskussion über Steuerabschreibung der Investitionen, die Einführung eines Ordnungsrechts, nachdem Altanlagen mit schlechten Wirkungsgraden ausgetauscht werden müssen sowie ein Heizungs-TÜV durch Schornsteinfeger.

Austauschgeschwindigkeit

„Ziel muss es sein, die Austauschgeschwindigkeit zu verdoppeln“, machte Alfred Gaffal klar. Staatsminister Siegfried Schneider sicherte zu, sich dem Thema anzunehmen. „Wir werden Ihre Anliegen in interministeriellen Arbeitsgruppen diskutieren und ich lade Sie als große Kompetenz herzlich dazu ein, an Lösungen für den schnellen Austausch der rund 75 % veralteten Heiz- und Klimaanlagen mitzuarbeiten“, so der Minister. □

Behördenmodell RA 2000 von Danfoss:

Einsparung von Energie in öffentlichen Gebäuden

Der Klimawandel und seine Folgen sind mehr denn je Thema. Maßnahmen wie die EnEV zielen darauf ab, die Energiebilanz von Alt- und Neubauten zu verbessern. Betroffen sind auch öffentliche Gebäude. Im Fokus steht neben dem Wärmeerzeuger auch die Heizungsregelung. Thermostatventile erfassen den Wärmebedarf eines Raumes abhängig von internen Lasten und regeln so die Temperatur gradgenau. Praktisch für Bereiche mit Publikumsverkehr: Regler wie der RA 2000 von Danfoss sind nicht nur sparsam, sie lassen sich auch gegen willkürliches Verstellen und Diebstahl sichern.

Seine hohe Regelqualität verdankt der RA 2000 der exakten und schnellen Reaktionsfähigkeit des Mediums im Wellrohr-element. Die Gasfüllung bewegt den Ventilkegel bei einem Grad Temperaturänderung um das 1,6-fache weiter als Flüssigkeit. Daraus resultiert ein deutlich geringerer Energieverbrauch – wie von der EnEV gefordert.

Frostschutzfunktion

Der RA 2000 entspricht der DIN V 4701/10 und reagiert auf Raumtemperaturschwankungen von 0,5 bis 1 K. Das bedeutet: Die Abweichung zwischen Soll- und Ist-Wert liegt unter 1 °C und nicht wie häufig bei 2 bis 3 °C. Zudem ist die Begrenzung des Heizwasser-Volumenstroms durch voreinstellbare Ventile zwingend vorgeschrieben.

Der RA 2000 verfügt über eine Frostschutz- und Blockierfunktion. Mittels zweier Begrenzungsstifte lässt sich der eingestellte Temperaturwert blockieren be-

ziehungsweise das Regelspektrum begrenzen. Eine energetisch sinnvolle Maßnahme für stark frequentierte Gebäude wie beispielsweise Ämter, Schulen, Kindergärten und Sporthallen. Weil die Regler gerade hier einer hohen Beanspruchung ausgesetzt sind, empfiehlt sich der Einsatz des Behördenmodells. Diese speziell verstärkte Variante verfügt über einen Fühlerschutzkorb und kann zusätzlich mit einer Skalenabdeckung versehen werden. Eine Diebstahlsicherung rundet das Schutz-Paket ab.

Fernfühler-Variante

Das Fühlerelement RA 2000 passt zu allen Ventilgehäusen der RA-Serie. Dank der patentierten Schnappbefestigung ist es mit einem Handgriff montiert. Für Einbausituationen, bei denen der Fühler die Raumtemperatur nicht korrekt erfassen kann, steht eine Fernfühler-Variante zur Verfügung. □

Wolf schneidet GUT ab

Stiftung Öko-Test bewertet Thermische Solaranlagen mit Heizungsunterstützung

Das renommierte Verbraucher-Magazin Öko-Test hat in seiner aktuellen Oktober-Ausgabe (10/2010) einen Test von Thermischen Solaranlagen mit Heizungsunterstützung veröffentlicht. Und wieder einmal hat Wolf gut abgeschnitten. Insgesamt erreichte die Wolf Anlage das Testurteil GUT (1,7). Von den 17 betrachteten Anlagen wurde das Wolf Paket damit auf den 4. Platz gesetzt.

Getestet wurde ein Wolf Paket mit 6 TopSon F3-1 und Solarpumpengruppe 10 Zweistrang mit Hocheffizienz-Pumpe in Verbindung mit dem BSP-SL-1000 und dem SM-2 mit BM-Solar (inklusive Aufdachmontageset, Anschlussset und 50 Liter Ausdehnungsgefäß).

Das Urteil GUT wurde für alle Unterpunkte an das Wolf-Paket vergeben: Teilergebnis Solare Deckung GUT (1,6), Teilergebnis Wirtschaftlichkeit GUT (2,0) und Teilergebnis Dokumentation GUT (1,5). Die Handwerkerinformationen wurden sogar mit einer glatten SEHR GUT (1,0) bewertet. Das Fazit von Öko-Test: „Wirtschaftliche Anlage mit hohem Ertrag aufgrund von guten

Kollektoren und großem Solarspeicher“.

Das Testergebnis führt das gute Abschneiden von Wolf-Produkten bei unabhängigen Tests konsequent fort. In der jüngsten Vergangenheit hatte bereits Stiftung Warentest mehrfach die hohe Qualität der Wolf Produkte bestätigt und den Ölbrennwertkessel COB-20 sowie die Gasbrennwertzentrale CGS 20/160 zu Testsiegern gekürt. Zudem wurde in der Ausgabe Heft 7/2010 der Stiftung Warentest ein Wolf Gasbrennwertkessel mit Solarspeicher (CGB-20 mit Bedienmodul BM und Solarspeicher SEM-2-300) mit dem Testergebnis GUT (2,0) in die Spitzengruppe bewertet. □

Gas-/Ölbrennwertgeräte Wärmepumpen Biomasse-Kessel Schichtenspeicher Solarkollektoren Comfort-Großraum-Lüftungsgerät Klimagerät KG-Top

Innovationsoffensive aus Bayern, Referenzen weltweit.

Ob Allianz Arena in München, Kreml in Moskau oder Hotelanlage in Abu Dhabi: Wolf erfüllt alle Anforderungen an Fachberatung, Konstruktion, Werkstoff-Qualität und Wartung. Daher ist Wolf sowohl hierzulande als auch weltweit immer der richtige Partner für technisch perfekte, wirtschaftliche und detailgenaue Lösungen.

WOLF
Energiesparen und Klimaschutz serienmäßig

Wolf GmbH, Industriestr. 1, 84048 Mainburg, Tel.: 08751/74-0, Mehr Infos unter www.wolf-klimatechnik.de

Landesfeuerwehrverband Bayern:

Zupacken statt zuschauen

Verbandsversammlung in Rosenheim mit Eröffnung der Feuerwehrraktionswoche 2010 durch Innenminister Herrmann

Im Rahmen der diesjährigen Verbandsversammlung in Rosenheim präsentierte Alfons Weinzierl, Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes Bayern, den rund 300 Delegierten der Stadt- und Kreisfeuerwehrverbände eine eindrucksvolle Bilanz. Als Schwerpunkte des Jahres nannte Weinzierl die Sicherung der Feuerschutzsteuer im Rahmen der Föderalismuskommission, die Evaluierung der Förderrichtlinien für die Gerätehausförderung, den Feuerwehrführerschein und Beschaffungen für den Katastrophenschutz.

Mit dem Digitalfunk, den Arbeitsgruppen, die sich mit der Zukunft der Feuerwehrschießen beschäftigen, der Umsetzung der Führung der Hilfeleistungskontingente und der Ersatzbeschaffung der Strahlenschutzfahrzeuge konnten Weinzierl zufolge wichtige Themen auf den Weg gebracht werden.

Werbeaktion angekündigt

Für die Jahre 2011 bis 2013 kündigte der Vorsitzende „eine noch nie da gewesene Werbeaktion in Bayern“ an. Die Aktion soll für Mitglieder, das Image der bayerischen Feuerwehren und die Arbeit des Landesfeuerwehrverbandes werben. So soll beispielsweise mit einer Buswerbung in allen bayerischen Städten und Landkreisen als ständiger „Hingucker“ und Multiplikator im Rahmen der Aktion „Feu-

erwehren 2020 - Voraus denken - Zukunft sichern!“ für Nachwuchs und Mitglieder gewonnen werden. Innenminister Joachim Herrmann begrüßte die geplante Aktion und sagte zu, dass der Landesverband auf die Unterstützung des Innenministeriums bauen kann.

Motto als Leitbild

Herrmann war es auch, der die Feuerwehr-Aktionswoche 2010 in Rosenheim eröffnete, die dieses Jahr unter dem Motto „Ihre Feuerwehr – zupacken statt zuschauen“ stand. Laut Minister ist das Motto „Leitbild für unsere mehr als 330.000 Feuerwehrleute in Bayern, die oftmals ihre Gesundheit oder sogar ihr Leben für andere riskieren. Verantwortung übernehmen, Zivilcourage zeigen, in Notsituationen beherzt helfen – all dies zeichnet unsere Feuerwehren aus.“

Das Aufgabenfeld der Feuerwehr sei dabei nicht mehr nur auf die Brandbekämpfung beschränkt, sondern umfasse vor allem auch technische Hilfe, etwa bei Unfällen im Straßenverkehr. „Nur mit der Hilfe unserer ehrenamtlichen Feuerwehrleute können wir das hohe Sicherheitsniveau in Bayern halten.“

Notwendiges Rüstzeug

Herrmann betonte, dass die Feuerwehren zur Erfüllung ihrer vielfältigen und wichtigen Aufgaben auch das notwendige Rüstzeug benötigen: „Der Freistaat Bayern unternimmt nach wie vor große finanzielle Anstrengungen, um den hohen Standard unserer Feuerwehren ständig zu verbessern. So sind in den vergangenen zehn Jahren mehr als 330 Millionen Euro für Feuerwehrfahrzeuge und Feuerwehrgerätehäuser eingesetzt worden. Durch den massiven Mittelausschüttung ist es auch gelungen, den Förderstau der vergangenen Jahre abzubauen und wieder zu einer zeitnahen Bewilligung und Auszahlung staatlicher Zuwendungen zu kommen.“

Eine wesentliche Verbesserung hätten auch die Anfang Mai dieses Jahres in Kraft getretenen neuen Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien gebracht. Sie würden für die Kommunen nach den weit reichenden Erhöhungen bei der Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und –geräten im vorletzten Jahr nun auch massive Verbesserungen bei der Gerätehausförderung bedeuten.

Sinnvolle Lösung erreicht

Herrmann zeigte sich erleichtert, dass in punkto Feuerwehrführerschein dank des hartnäckigen bayerischen Drängens im vergangenen Jahr eine sinnvolle Lösung für Einsatzfahrzeuge bis zu 4,75 Tonnen erreicht werden konnte. Mehr sei mit dem damaligen SPD-Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee nicht zu machen gewesen. Herrmann: „Mein erklärtes Ziel ist es aber, eine pragmatische Lösung auch für Fahrzeuge bis zu 7,5 Tonnen sowie Gespanne zu erreichen. Ich halte es für gerechtfertigt, das in Bayern erfolgreich eingeführte Modell auf Fahrzeuge bis 7,5 Tonnen und Fahrzeuge mit Anhängern auszuweiten. Wie beim Feuerwehrführerschein bis 4,75 Tonnen soll die Schulung

und hielt Kontakt zur Führungsgruppe Katastrophenschutz im Lagezentrum des Landratsamtes.

Die Führungsgruppe Katastrophenschutz unterstützte mit Fachberatern der Organisationen und Behörden im Lagezentrum des Landratsamtes Miltenberg die Arbeit der Einsatzkräfte vor Ort. Notwendige Materialbeschaffungen, Absprachen mit Fachbehörden oder die Nachalarmierungen, aber auch die Koordination der Pressearbeit zählten zu den Aufgabenschwerpunkten.

Sonderkommission

Während des Übungseinsatzes übernahmen die eingesetzten Feuerwehren die Brandbekämpfung auf dem Schiff und evakuierten gemeinsam mit dem THW rund 70 Passagiere. Unterstützt wurden sie von Tauchern der Wasserwacht, die nach Vermissten im Main suchten. Mit Hilfe der Ölwehrausrüstung des THW konnte der „Treibstoff“ auf dem Main abgefangen werden. Zehn verletzte Passagiere wurden durch die Mitglieder von Schnelleinsatzgruppen

und Prüfung der Einsatzkräfte den Verbänden übertragen werden. Sie haben bereits bewiesen, dass sie über das nötige Know-how verfügen und sich ihrer Verantwortung voll und ganz bewusst sind.“ Der Bundesrat habe einen entsprechenden bayerischen Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause mit breiter Mehrheit bewilligt. Jetzt gelte es, das Gesetzgebungsverfahren schnellstmöglich zum Abschluss zu bringen.

Herrmann lobte besonders die hervorragende und vorbildliche Jugendarbeit der Feuerwehren. „In Bayern kann von Nachwuchsproblemen bei den Feuerwehren Gott sei Dank keine Rede sein. Die Zahl der Feuerwehranwärter liegt stabil bei rund 50.000. Dies haben wir auch in hohem Maße dem Landesfeuerwehrverband und den örtlichen Feuerwehren zu verdanken. Mit sehr gezielter, praxisnaher Jugendarbeit begeistern sie die Anwärter bereits in jungen Jahren für die Arbeit in den Feuerwehren.“

Schutz vor Bürokratie

Als „Mitbürger besonderer Prägung“ bezeichnete Rosenheimers Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer die Aktiven einer Feuerwehr, „die weit mehr sind als die Mitglieder eines Vereins“. „Das was die Frauen und Männer für ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger leisten, verdient unsere ehrliche Anerkennung und vor allem unsere volle Unterstützung“, lobte die Rathauschefin. „Es muss die Aufgabe einer jeden Stadt sein, mit staatlicher Unterstützung dafür zu sorgen, dass den Aktiven Feuerwehrleuten die notwendigen Voraussetzungen, für ihren oft gefährlichen Einsatz zur Verfügung stehen.“ Viel Beifall erntete die Oberbürgermeisterin für ihren Appell: „Wir müssen unsere Feuerwehr vor Bürokratie schützen, die oftmals nicht notwendig ist!“

Enge Partnerschaft

In einem Grußwort wies der Vizepräsident des Bayerischen Gemeindetages, 1. Bürgermeister Josef Mend, darauf hin, dass die bayerischen Städte, Märkte und Gemeinden zu ihren Feuerwehren stünden. Mend dankte allen Feuerwehren für ihren täglichen Einsatz. „Sie sorgen für die Sicherheit in unseren Städten und Gemeinden und halten diese aufrecht. Und das zeichnet ihr Engagement aus.“ Landesfeuerwehrverband und Gemeindetag arbeiteten eng und partnerschaftlich zusammen, was der Vizepräsident anhand der staatlichen Förderung, des Feuerwehrführerscheins und des Digitalfunks exemplarisch verdeutlichte. **DK**

des Roten Kreuzes behandelt und für den Abtransport in die Krankenhäuser vorbereitet. Die rund 60 unverletzten Passagiere wurden vom BRK im Feuerwehrgerätehaus Erlenbach betreut. Die Polizei sorgte mit dem Boot der Wasserschutzpolizei für die Absperung des Übungsraumes und war mit einer speziell eingerichteten Sonderkommission, die für die Ermittlungsarbeiten und die Feststellung der Personalien verantwortlich war, vor Ort.

Schwings Dank

Insgesamt befanden sich 120 Einsatzkräfte der Feuerwehr, 35 des Technischen Hilfswerkes, 61 des Bayerischen Roten Kreuzes und 41 Beamte der Polizei im Einsatz. Bei der Abschlussbesprechung dankte Landrat Roland Schwing den Einsatzkräften für die Mitwirkung an der Übung und dem Vorbereitungsteam sowie Schiedsrichtern für ihre Arbeit. Die Auswertung und Nachbetrachtung der Übung wird zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. **□**



Innovative Arbeitskleidung von Bardusch. **□**

Bioactive Kleidung im Miet-Service

Kleidung mit Trevira Bioactive Fasern schützt den Träger zuverlässig vor bakteriellen Verunreinigungen und Geruchsbildung

Es gibt Bereiche, in denen die Mitarbeiter oft mit bakterieller Verunreinigung und unangenehmen Gerüchen konfrontiert werden, die sich auch auf den Textilien absetzen. Für diese Fälle bietet der bundesweit tätige Textil-Dienstleister Bardusch eine innovative Arbeitskleidung.

Kleidung mit Trevira Bioactive Fasern stellt eine Neuheit auf dem Berufskleidungsmarkt dar. Sie eignet sich besonders für die Erfordernisse in den Bereichen, in denen viel Kontakt mit Menschen besteht, wie z.B. in der Pflege. Dort kommt die Geruchs- und Bakterienbildung durch Körperwärme und Feuchtigkeit, die bei der körperlichen Betätigung entstehen.

Permanenter Wirkstoff

Trevira Bioactive Fasern sind mit Silber-Ionen gegen Mikroben ausgestattet, die das Wachstum von Bakterien auf dem Textil stark hemmen. Da der Wirkstoff in die Faser eingebunden ist, wirkt er permanent und ist nicht auswaschbar. Dies führt zu einer erheblichen Verringerung von unangenehmen Geruchsbildungen. Der Träger empfindet stets ein frisches und sauberes Gefühl. Die antibakterielle Wirkung ist auf die Faseroberfläche begrenzt, so dass Hautirritationen ausgeschlossen sind. Außerdem sorgt die Faser für einen angenehmen Luft- und Feuchtigkeitstransport. Die Kleidung entspricht Öko-Tex Standard 100.

Bardusch hat ein durchgängiges Sortiment an bioactiven Produkten, so dass der Träger von der Unterwäsche bis zur Latzhose ausgestattet werden kann.

Service: Hochwertige Kleidung behält auf Dauer ihre Funktionen

Besondere Kleidungsstücke benötigen eine besondere Pflege. Den dauerhaften Erhalt der Qualitäten von Textilien garantiert Bardusch mit Hilfe seiner besonderen Service-Angebote. Als eines von nur wenigen Unternehmen in Europa deckt Bardusch alle Segmente der textilen Dienstleistungen ab. Der Service reicht vom Design individueller Firmen-Imagekleidung und der Anpassung der Kleidungsstücke für jeden Arbeitnehmer über das regelmäßige Waschen und Pflegen bis hin

zur strengen Qualitätssicherung. Denn nur durch einen dauerhaften und professionellen Wäscheservice bewahren hochwertige Arbeitskleidungen lange ihre Schutzfunktionen. Bardusch managt dabei nicht nur die komplette Herstellung, Beschaffung und Finanzierung der Materialien. Vielmehr wird auch die Lagerung der Teile in dem für den jeweiligen Kunden verantwortlichen Dienstleistungszentrum organisiert. Mit Hilfe einer Barcode-Kennung erhält jeder Mitarbeiter seine persönlichen Kleidungsstücke gewaschen und gepflegt direkt an den Einsatzort zurück.

Angebotspalette

Mit dem ausgeklügelten Miet-service-System nimmt Bardusch den Kunden das zeit- und kostenintensive Textilmanagement ab. Die Kunden sparen Zeit und Geld. Bardusch bietet praktische und modische Berufs- und Schutzbekleidung im Miet-service für nahezu jede Branche und jeden Anspruch. Zum Angebot gehören unter anderem Berufskleidung, Gastronomie-, Krankenhaus- und OP-Textilien, Reinraum-Service, Trinksysteme, Matten-Service, Stoffhandtuchspender und Arbeitsschutzausrüstungen. Bardusch findet für jede noch so knifflige Anforderung die passende Lösung.

Von Erfahrung profitieren

In zehn Ländern betreut und versorgt die Unternehmensgruppe über eine Million Menschen. Viele der weltweit mehr als 90.000 Kunden – darunter zahlreiche namhafte Firmen aus Branchen wie der Lebensmittel- und Automobilindustrie, Elektronikhersteller, Entsorgungsbetriebe, Verkehrsbetriebe und Chemieunternehmen – nutzen die Bardusch-Lösungen bereits seit Jahrzehnten und profitieren von der einmaligen Erfahrung des seit über 130 Jahren bestehenden Familienunternehmens. **Weitere Informationen unter www.bardusch.de** **□**



Rettungsaktion am havarierten Personenschiff. **□**

Behörden und Hilfsorganisationen:

Üben für den Ernstfall

Explosion auf einem vollbesetzten Passagierschiff

Unter Leitung des Landratsamtes Miltenberg haben die Einsatzkräfte im Rahmen einer Katastrophenschutzübung im Schutzhafen des Wasser- und Schifffahrtsamtes in Erlenbach das Vorgehen nach einer Explosion auf einem vollbesetzten Passagierschiff geübt.

Die Zahl von Kreuzfahrtschiffen oder Passagierschiffen auf dem Main hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Ein Großbrand oder ein vergleichbarer Unglücksfall auf derartigen Schiffen stellt Behörden und Hilfsorganisationen vor besondere Herausforderungen. Im Schadensfall ist mit einer Vielzahl von Personen zu rechnen, die mit leichten oder schweren Verletzungen in kürzester Zeit mit Booten der Hilfsorganisationen auf dem Main gerettet und dem Sanitätsdienst zur weiteren Behandlung oder Betreuung zugeführt werden müssen.

Das Szenario

An einem Samstag gegen 11 Uhr alarmierten die Polizeiinspektion Obernburg und die Rettungsleitstelle Aschaffenburg zahlreiche Einsatzkräfte zu einem Passagierschiff auf dem Main bei Erlenbach, das laut Übungsvorgabe wegen einer Explosion im Maschinenraum havarierte. Ehrenamtliche aus den Feuerwehren des Landkreises Aschaffenburg wurden im Vorfeld als Verletztendarsteller geschminkt und riefen auf dem Oberdeck des Schiffes den eingetroffenen Einsatzkräften Hilfschreie entgegen. Weitere Personen befanden sich im verräuchten Innenraum des Schiffes oder

sprangen aus Panik von Deck und befanden sich im Main. Mit Styroporkugeln wurde zudem auf dem Fluss ausgetretener Treibstoff simuliert.

Anspruchsvolle Evakuierung

Im Einsatz befanden sich Kräfte der Polizei, der Freiwilligen Feuerwehren Großheubach, Klingenberg, Würth, Trennfurt, Niedernberg, Erlenbach, Obernburg, Mechenhard, Streit, Eisenbach und Miltenberg, die Ortsverbände Obernburg und Miltenberg des Technischen Hilfswerks sowie Einsatzkräfte des Roten Kreuzes und der Wasserwacht. Aufgrund der großen Zahl Betroffener und deren anspruchsvoller Evakuierung wurde relativ frühzeitig erkannt, dass eine einheitliche Einsatzleitung notwendig war. Deshalb stellte das Landratsamt eine Großschadenslage im Sinne des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes fest.

In diesem Zusammenhang wurde Kreisbrandmeister Josef Vornberger, Würth, als örtlicher Einsatzleiter mit der Federführung des Einsatzgeschehens betraut. Gemeinsam mit seiner Unterstützungsgruppe und Fachberatern aller beteiligten Organisationen und Behörden koordinierte dieser die Einsatzmaßnahmen in Erlenbach

Internet-Datenbank aller NS-Opfer als großes Ziel

KZ-Gedenkstätte Flossenbürg richtete eine internationale Wissenschaftler-Konferenz aus

Das Ziel war anspruchsvoll: „Wir arbeiten daran, alle Häftlinge, die je in einem Konzentrationslager der Nazis waren, in einer internationalen Online-Datenbank zu erfassen“, sagt Johannes Ibel, ab Januar Leiter der wissenschaftlichen Abteilung der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg. Wie sich das Internet auf dem Weg zum Ziel einsetzen lässt, beriet eine hochkarätig besetzte internationale Konferenz jüngst in Weiden. Angemeldet hatten sich 60 Teilnehmer aus elf Ländern, darunter Vertreter der Jerusalemer Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem und des zentralen Holocaust-Museums der USA in Washington.

Dabei ist es Ibel gelungen, zum ersten Mal zwei Wissenschaftlerkreise in einer gemeinsamen Jahreskonferenz zusammenzuführen. Der eine ist der „Workshop zur Digitalisierung von Opferdaten der NS-Zeit“. Er besteht seit 1996 und wuchs in dieser Zeit von einer kleinen Kooperation deutscher und österreichischer Gedenkstättenmitarbeiter zu einem europaweiten Kreis von 31 Organisationen aus neun Ländern. Heute arbeiten Stellen vom Berliner Bundesarchiv über alle deutschen und polnischen KZ-Gedenkstätten, der Internationale Suchdienst und das polnische Rote Kreuz bis hin zu Gedenkstätten und Museen in Frankreich, Italien, Österreich, den Niederlanden, Norwegen, Dänemark und Spanien im Workshop zusammen. Der andere

Kreis ist die „Arbeitsgemeinschaft Geschichte und EDV“ (AGE). Die AGE fördert den EDV-Einsatz in geschichtlicher Forschung und Lehre allgemein.

Ibel, Mitglied beider Organisationen, erhoffte sich von der gemeinsamen Konferenz vielfältige Impulse und Anregungen. „Egal ob ich altägyptische Papyri oder die Namen von KZ-Häftlingen erfasse, die technischen und methodischen Herausforderungen sind gleich“, sagt der Wissenschaftler.

Spezialwissen bündeln

Im Mittelpunkt der Tagung stand die Frage, wie sich die Zusammenarbeit mit Hilfe des Internets verbessern lässt. „Nehmen Sie unsere große Vision einer umfassenden Datenbank al-

ler KZ-Häftlinge“, nennt Ibel die Kernaufgabe des „Workshop zur Digitalisierung von Opferdaten der NS-Zeit“. „Flossenbürg, Yad Vashem, das US-Holocaust-Museum und viele andere Stellen weltweit setzen ihren jeweiligen Fokus auf bestimmte Opfergruppen – jeder arbeitet mit seinen Daten und Namen von KZ-Häftlingen, die sich aber in vielen Fällen auf dieselben Personen beziehen“, sagt der Wissenschaftler. Doch nirgendwo sind alle Informationen gesammelt. „Wären alle Daten vernetzt, dann könnten alle mit demselben Informationsstand arbeiten“, beschreibt Ibel die Idealvorstellung. Was einer ändert, ist allen anderen sofort zugänglich. Regionales Spezialwissen könnte einfließen, Doppelarbeit würde vermieden, die Datenlage im Laufe der Zeit immer genauer.

Der Nutzen einer umfassenden NS-Opfer-Datenbank wäre vielfältig: Einzelschicksale ließen sich schneller klären, Opferzahlen noch exakter bestimmen und damit, quasi als Nebenprodukt, mehr und bessere wissenschaftlich fundierte Argumente gegen jede Form der Ho-

locaust-Leugnung ins Feld führen.

Weiter Weg

„Der Weg bis zu diesem Ideal ist noch weit“, weiß Ibel. Vielfältige Probleme sind zu lösen, nicht zuletzt Datenschutz und Schutz vor unberechtigtem Zugriff. Doch der Wissenschaftler hofft, mit der Weidener Konferenz dem Ziel wieder ein kleines Stück näher gekommen zu sein.

Die Konferenz genießt so hohen Stellenwert, dass der Einladung bedeutende internationale Einrichtungen folgten. Gemeinsam ist Ihnen, dass sie über große Datenbestände von Opfern des Nazi-Regimes verfügen. Aus Moskau kamen Viktor Tumarkin, Electronic Archive Corporation (ELAR), und Andrey Taranov, Russisches Verteidigungsministerium, die eine zentrale Datenbank aller gefallenen und vermissten russischen Soldaten während und nach dem zweiten Weltkrieg aufbauen, eine bedeutende Opfergruppe der Konzentrationslager. „Alleine in Flossenbürg waren über 6.000 sowjetische Kriegsgefangene interniert“, so Ibel.

Sechs Millionen Namen

Alexander Avraham aus Jerusalem, Direktor der „Hall of Names“ in der Gedenkstätte Yad Vashem, arbeitet an einer Datenbank, die Namen und Lebensgeschichte aller im Holocaust ermordeter Juden erfassen will. Über rund sechs Millionen Namensaufzeichnungen von Nazi-Opfern verfügt das United States Holocaust Memorial Museum (USHMM) in Washington. Von dort nahm der IT-Spezialist Randolph Davis am Kongress teil. □



Oberbürgermeister Georg Rosenthal überreicht Landtagspräsidentin Barbara Stamm den Ehrenring der Stadt Würzburg. Foto: Christian Weiß

Stadt Würzburg:

Ehrenring für Barbara Stamm

Mit dem Ehrenring der Stadt Würzburg wurde Landtagspräsidentin Barbara Stamm von Oberbürgermeister Georg Rosenthal geehrt. Stamm erhält den Ehrenring der Stadt für ihre besonderen Verdienste, die sie sich in den 34 Jahren ihrer Tätigkeit als Abgeordnete des Bayerischen Landtags erworben hat.

„Mit der Verleihung des Ehrenrings wollen wir den bedeutenden Beitrag würdigen, den Barbara Stamm zur positiven Entwicklung unserer Stadt geleistet hat. Als Abgeordnete, Staatssekretärin, Ministerin sowie als Vizepräsidentin und Präsidentin des Landtags hat sie konsequent ihren Einfluss genutzt, um die Interessen unserer Stadt und Region in München angemessen zur Geltung zu bringen“, betonte Oberbürgermeister Georg Rosenthal. Stamm bedankte sich für die Auszeichnung, sie habe doch nur ihre Pflicht getan.

Mit dem Tanzenden Schäfer

wurde Horst Grimm für seine großen Verdienste, die er sich um unsere Stadt im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich erworben hat, von Oberbürgermeister Georg Rosenthal ausgezeichnet. Grimm, der gelernte Karosseriebauer, stellt über Jahre hinweg seine soziale Gesinnung und seine Sorge um das Wohl der Stadt Würzburg unter Beweis, betonte Rosenthal. Er übernahm beispielsweise die Patenschaft für den Fischmarkt und ist seit 1967 aktives Mitglied der Ortsgruppe Veitshöchheim der Wasserwacht im Bayerischen Roten Kreuz. □

Niederbayern:

Florierende Wirtschaft kämpft mit Fachkräfte-Mangel

Mit 25 Prozent Arbeitslosenanteil zählten einzelne Regionen Ostbayerns noch vor Jahren zu den Schlusslichtern in der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Das Blatt hat sich grundlegend gewendet: Die Arbeitslosenquote liegt derzeit mit rund drei Prozent deutlich unter dem deutschen und auch dem bayerischen Durchschnitt. Viele niederbayerische Betriebe suchen mittlerweile dringend nach qualifizierten Arbeitskräften. Eine Image-Offensive soll jetzt Facharbeiter und Manager aus der ganzen Bundesrepublik in die boomende Wirtschaftsregion im Zentrum Europas locken.

Niederbayern hat das gleiche Problem wie viele dezentrale Wirtschaftsstandorte in Deutschland. „Unsere Untersuchungen haben gezeigt, dass gerade junge Familien gerne Metropolregionen bevorzugen, obwohl sie dort klare Nachteile hinsichtlich der Lebenshaltungskosten und der Lebensqualität haben“, sagte Michael Kliebenstein, der Beauftragte für das Regionalmarketing Niederbayern.

„Der Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte, insbesondere um den Nachwuchs, wird sich in Zukunft verschärfen. Für Wirtschaft und Politik besteht

daher dringender Handlungsbedarf, um die Herausforderungen des demografischen Wandels zu meistern“, prognostizierte etwa ganz aktuell die IHK Niederbayern. Deshalb will das Regionalmarketing Niederbayern zum Jahreswechsel eine bundesweite Kampagne starten, um die so genannten Hi-Potentials und ihre Familien aus anderen Bundesländern von der Qualität des Lebensstandorts Niederbayern zu überzeugen.

Niederbayerns Trümpfe im Wettbewerb um die Besten: hohe Wirtschaftskraft in konjunktur-stabilen Branchen, Global Player

in vielen Branchen zum Teil in der Rolle von Weltmarktführern und maximaler Freizeitwert. „Niederbayern ist ideal für die Zukunft junger Fachkräfte, die mit ihren Familien hierher kommen wollen. Aber das wissen leider noch zu wenige“, sagt Kliebenstein. Mit an der Spitze liegt Niederbayern zum Beispiel auch im Bildungswesen. So gehört zum Beispiel die Universität Passau als Deutschlands jüngste Volluniversität in vielen Fachbereichen zu den besten Hochschulen in ganz Deutschland.

Günstige Lebenshaltung

Trotz florierender Konjunktur: Einer der stärksten Trümpfe der Region etwa im Vergleich zum Großraum München sind auch die anhaltend günstigen Lebenshaltungskosten. „Ob auf dem Lande oder in der Stadt – die Mieten sind bei uns bezahlbar. Hier gibt es Grundstücke, auf denen man noch Häuser statt Schuhgeschachteln bauen darf und gleichzeitig von bester Verkehrsanbindung an das Autobahnnetz profitiert“, so Kliebenstein.

Viele Unternehmen haben das Potenzial der Region längst erkannt. Immer mehr Firmen haben in der letzten Zeit auf der pulsierenden europäischen Drehscheibe im Dreiländereck Bayern – Österreich – Tschechien Niederlassungen oder Betriebe errichtet. Niederbayerns Regionalmanager weisen ausserdem auf die gute Anbindung an die Metropole München und dessen Flughafen.

Das Problem der Niederbayern: Kaum ein Manager aus Hamburg oder Berlin, nur wenige Facharbeiter aus dem Ruhrgebiet oder aus Baden-Württemberg kennen die Region zwischen dem Bayerischem Wald und der Donau, dem Bayerischen Thermenland und der Bezirkshauptstadt Landshut. Die geplante Werbekampagne soll das ändern – und helfen, endlich die Konjunkturbremsen aufgrund fehlender Fachkräfte in den Unternehmen zu lösen. obx

Ehemaliger Bürgermeister von Nesselwang:

Verdienstorden für Josef Köberle

Der Bundespräsident hat dem ehemaligen Bürgermeister Josef Köberle aus Nesselwang den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland für herausragende Verdienste um das Allgemeinwohl verliehen. Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer hat die Ordensinsignien des Bundesverdienstkreuzes am Bande im Rahmen einer Feierstunde im Bayerischen Finanzministerium in München überreicht.

„Der Geehrte engagiert sich seit mehr als drei Jahrzehnten in außergewöhnlicher Weise in verschiedenen Bereichen. 1972 wurde er in den Gemeinderat von Nesselwang gewählt. Neben seiner beruflichen Tätigkeit beim Vermessungsamt Kempten war er von 1984 bis 1996 ehrenamtlicher zweiter Bürgermeister von Nesselwang. Der Bau des Gewerbegebiets „Obere Wank“ in geradezu idealer Lage ist hauptsächlich ihm zu verdanken, es bietet den Bürgern nach wie vor zahlreiche sichere Arbeitsplätze. Im Jahr 1996 wurde der Vorgeschlagene zum hauptberuflichen ersten Bürgermeister gewählt und vertrat den Markt Nesselwang vorbild-

lich bis 2008. Zu den herausragenden Projekten während seiner Amtszeit gehörten die Neueröffnung des Alpstütz-Bade-Centers im Jahr 1998, Städtebauförderungsmaßnahmen zur Ortskernsanierung und die Schaffung neuer Organisationsstrukturen im Tourismusbereich. Um die Chancen einer aktiven Bürgergesellschaft zu nutzen, hat der Vorgeschlagene den Prozess „Lebenswertes Nesselwang – unsere Zukunft gemeinsam gestalten“ ins Leben gerufen und mit großem Einsatz vorangetrieben. Besonders am Herzen lagen ihm der Bau einer Reithalle und eines Reiterhofes, dieser wird inzwischen auch als Kinderheim genutzt. □

Sparkassen-Finanzgruppe

www.alt-werden-lohnt-sich.de

Alt werden lohnt sich.
Mit der Sparkassen-Altersvorsorge.



Sie können zwar nicht ewig jung bleiben – aber sich aufs Alter freuen. Mit einer Sparkassen-Altersvorsorge entwickeln wir gemeinsam mit Ihnen ein auf Ihre individuellen Bedürfnisse zugeschnittenes Vorsorgekonzept und zeigen Ihnen, wie Sie alle privaten und staatlichen Fördermöglichkeiten optimal für sich nutzen. Vereinbaren Sie jetzt ein Beratungsgespräch in Ihrer Geschäftsstelle oder informieren Sie sich unter www.alt-werden-lohnt-sich.de. Wenn's um Geld geht – Sparkasse.

Unterfränkisches Integrationsforum:

„Für und mit Familien Zukunft gewinnen“

Eine gelungene Integration schafft erst die Voraussetzungen für ein zukunftsfähiges und friedliches Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft. Sie bietet zudem zahlreiche Chancen. Die Unterstützung und der Erfahrungsaustausch von Personen, die sich dieser Aufgabe widmen, ist dabei ein zentrales Anliegen des Regierungspräsidenten von Unterfranken, Dr. Paul Beinhofer. Aus diesem Grunde lud er Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und Kommunen zusammen mit Integrationsakteuren zu einem Unterfränkischen Integrationsforum unter dem Motto: „Für Familien – mit Familien – Zukunft gewinnen“ nach Aschaffenburg ein.

In Bayern leben ca. 1,1 Millionen Ausländer, das sind etwa 9 Prozent der bayerischen Bevölkerung. In Unterfranken haben von 1,3 Millionen Einwohnern 210.000 einen Migrationshintergrund; 15.700 davon in Aschaffenburg. Das bedeutet, 23 Prozent der Aschaffener haben eine Zuwanderungsgeschichte. Diese Zahlen untermauern laut Beinhofer deutlich, „dass die Frage der Integration unserer Zuwanderer kein gesellschaftspolitisches Randproblem ist, sondern letztendlich über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes mit entscheiden kann“.

Gegenseitige Unterstützung

Der Familie komme für das Gelingen von Integration eine zentrale Bedeutung zu, so Beinhofer. Sie könne sowohl ein Ort gegenseitiger Unterstützung beim „Heimischwerden“ sein als auch ein Ort, an dem Integrationsbemühungen zu Konflikten führen oder scheitern. Deshalb müssten auch alle Familienmitglieder in den Integrationspro-

zess miteingebunden werden. Insbesondere die Mütter von Ausländerkindern hätten eine Schlüsselrolle für die Integration von Familien und Kindern. Daher müssten Integrationshemmnisse für Frauen und Mütter gezielt in den Blick genommen werden.

Spracherlernung

„Integration verlangt auch von unseren Zuwanderern, die dauerhaft in Deutschland leben wollen, sich zu öffnen für unsere Werte, für unsere Kultur und die freiheitliche-demokratische Grundordnung unseres Landes“, fuhr der Regierungspräsident fort. Unverzichtbar sei dabei das Erlernen der deutschen Sprache.

Wie bereits in den vergangenen Jahren werde auch im angehenden Schuljahr auf eine möglichst frühzeitige Förderung der Kinder gesetzt. Dennoch sei auch weiterhin eine Anschlussförderung nötig, insbesondere für Kinder, die ohne ausreichende Deutschkenntnisse zuziehen. Von den über 9.000 von den

Schulämtern der Regierung von Unterfranken gemeldeten Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund hätten fast 5.000 Kinder Defizite in der deutschen Sprache aufgewiesen, weshalb sie in Deutschfördermaßnahmen aufgenommen worden seien.

Förderangebote

Für diese Förderangebote stehen in Unterfranken insgesamt 1.700 zusätzliche Lehrerwochenstunden zur Verfügung, die entsprechend der Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund und Deutschförderbedarf auf die einzelnen Schulamtsbezirke verteilt wurden. Auch im Schuljahr 2010/11 wird es keine Klasse mit mehr als 25 Kindern geben, wenn darin über 50 Prozent Kinder mit Migrationshintergrund unterrichtet werden, berichtete Beinhofer. Dazu wurden 348 Unterrichtsstunden für den Grundschulbereich und 546 für die Hauptschule zusätzlich zur Verfügung gestellt. Das entspricht gegenüber dem Schuljahr 2009/2010 einer Steigerung von 40 Prozent und hochgerechnet 32 Lehrkräften in Vollzeit gegenüber dem zurück liegenden Schuljahr. Weitere Angebote sind Deutschförderklassen (ehemals Sprachlernklassen), Deutschförderkurse und Übergangsklassen.

Der islamische Unterricht abschließend in deutscher Sprache wird seit dem Schuljahr

2009/2010 als ein auf fünf Jahre angelegter Modellversuch angeboten. Dafür stehen in Unterfranken 126 Unterrichtsstunden zur Verfügung. Daneben wird syrisch-orthodoxer und alevitischer Religionsunterricht angeboten.

„Aktion Integration“

Die Chance, in Deutschland Fuß zu fassen, will der Freistaat Bayern mit Hilfe des Programms „Aktion Integration“ weiter ausbauen. Die Regierung von Unterfranken setzt diese Initiative der Bayerischen Staatsregierung nach Kräften um. „Für mich als Regierungspräsident hat diese Aufgabe hohe Priorität“, stellte Beinhofer klar. Durch regionale Integrationsforen soll die Notwendigkeit der Integration von Ausländern und Spätaussiedlern hervorgehoben und ein positives Bewusstsein für Integrationsthemen entwickelt werden. Ein besonderer Akzent wurde auch mit einem Empfang gesetzt, den der Regierungspräsident im Jahr 2007 für Akteure und Engagierte in der Integrationsarbeit in der Würzburger Residenz gab.

Anwerbejubiläum

Als Auftakt für 50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei im Jahre 2011 stand im Foyer der Regierung von Unterfranken die Eröffnung der Bilderausstellung „Türkische Spuren in Unterfranken“ auf dem Programm. Die Ausstellung ist eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Türkischen Generalkonsulat in Nürnberg. Voraussichtlich im Februar 2011 finden unter Beinhofers Schirmherrschaft die Deutsch-Türkischen Filmtage statt.

Dringend nötig im Integrationsprozess seien auch sog. Brückenbauer, betonte Deniz Özicel vom Institut für Einheit und Vielfalt in Hanau. Brückenbauer seien gut ausgebildete Migrantinnen und Migranten sowie Fachkräfte im Sozial- und Erziehungsbereich. Sie hätten die nötigen Sprach- und Sachkenntnisse und das Einfühlungsvermögen, um Immigranten und Deutsche zusammenzubringen. **DK**

nen unter Anleitung von Fachleuten schmieden, töpfern und Schmuck basteln, die Herstellung von Glasperlen verfolgen und das Bogenschießen üben. Dabei lernen die Besucher, dass manches aus der Zeit der Kelten bis heute Bestand hat: Das Wort Donau etwa ist der keltischen Sprache entlehnt. Eines der Lieblingsgetränke der Kelten war Bier, und zu essen gab es häufig Eintopf und Schweinefleisch. So können die „Gabreta“-Gäste nicht nur unvergessliche Eindrücke, sondern auch eine wichtige Erkenntnis mitnehmen: Der Kelte steckt noch immer in uns.

Weitere Informationen unter: www.gabreta.de obx



In dem nach archäologischen Vorbildern errichteten Keltendorf „Gabreta“ nahe dem Ferienort Ringelai im Bayerischen Wald kann mit allen Sinnen nachempfunden werden, wie die Menschen der Eisenzeit vor mehr als 2000 Jahren lebten und arbeiteten. Foto: obx-news

Erfreuliche Entwicklung im Ostbayern-Tourismus:

33 Tagesgäste pro Einwohner

Regensburg/Passau (obx) – Bayern ist die beliebteste Urlaubsregion Deutschlands. Es ist das Bundesland mit den niedrigsten Arbeitslosenzahlen und der niedrigsten Pro-Kopf-Verschuldung. Es ist aber nicht nur die High-Tech-Industrie, sondern es ist vor allem auch der Tourismus, der den Freistaat wirtschaftlich glänzen lässt. Welche herausragende Rolle der Fremdenverkehr für die einzelnen Regionen spielt, verdeutlicht exemplarisch eine neue Studie über die Bedeutung des Tourismus für Ostbayern, die von der IHK Niederbayern und der IHK Regensburg/Kelheim in Auftrag gegeben und jetzt vorgelegt wurde.

Mehr als 90.000 Menschen leben in dieser Region Niederbayern/Oberpfalz vom Tourismus. Insbesondere junge Menschen finden im Hotel- und Gastgewerbe Ausbildungsplätze und auch andere Branchen, wie etwa der Einzelhandel und diverse Dienstleister, profitieren in den Fremdenverkehrszentren des Bayerischen Walds, des Bayerischen Jura, des Oberpfälzer Walds, des Bayerischen Golf- und Thermenlands, vor allem aber auch die ostbayerischen Städten von den Fremden.

Im Kalenderjahr 2009 wurden in Ostbayern rund 19 Millionen Übernachtungen gezählt. Der mit Abstand stärkste Touristenmagnet war und ist dabei der Bayerische Wald mit 8,5 Millionen Übernachtungen, gefolgt vom Bayerischen Golf- und Thermenland mit 6,1 Millionen und den Ostbayerischen Städten mit 1,7 Millionen.

Überraschend aber in fast allen Reisegebieten in Bayern und auch deutschlandweit feststellbar: Die Zahl der Tagesurlauber ist in den Ferienregionen um ein Vielfaches höher als die der Übernachtungsgäste. Bundesweit beträgt die Relation derzeit 9,7 Tagesreisen je Übernachtung in gewerblichen Beherbergungstätten. In Ostbayern liegt der Wert bei rund 5,1 Tagesreisen je Übernachtung. Wobei es gravierende Unterschiede nach Regionen gibt. Für die Oberpfalz beträgt die Relation 8,9 und für Niederbayern 3,6 Tagesreisen je Übernachtung.

Insgesamt haben im letzten Jahr 76,6 Millionen Tagesreisende Ostbayern besucht – bei insgesamt rund 2,3 Millionen Einwohnern. Statistisch bedeutet das rund 33 Tagesgäste in der Region pro Einwohner. Damit ist der Tagestourismus das mit Abstand quantitativ größte touristische Marktsegment in diesen beiden Regierungsbezirken.

Motor der Wirtschaft

Motor der Wirtschaft sind die Ausgaben der Gäste. Die liegen im Schnitt in Ostbayern pro Kopf und Tag bei 45,60 Euro. Dabei liegt der Wert für Niederbayern bei 48,70 Euro und in der Oberpfalz bei 41,80 Euro pro Kopf und Tag.

Während die durchschnittlichen Ausgaben pro Kopf und Tag sich bei Tagesgästen auf 31,80 Euro belaufen, liegt er bei Übernachtungsgästen in gewerblichen Beherbergungsbetrieben mehr als drei Mal höher: bei 112,50 Euro pro Kopf und Tag. Daraus ergibt sich für Ostbayern bei rund 95,6 Millionen Aufenthaltstagen und durchschnittlichen Ausgaben von 45,60 Euro ein jährlicher Bruttoumsatz in Höhe von insgesamt 4,35 Milliarden Euro. Davon entfallen 2,54 Milliarden (59 Prozent) auf Niederbayern und 1,8 Milliarden Euro (41 Prozent) auf die Oberpfalz.

Ein Problem der Region bleibt die Bettenqualität in diesem Teil Bayerns. Nur knapp 20 Prozent der Betten liegen in der gehobenen Preisklasse (über 75 Euro) gibt. Dieser Wert liegt sowohl unter dem bayerischen (30,3 Prozent) als auch deutschen (31,6 Prozent) Durchschnitt.

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chef vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 44 vom 01.01.2010

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MwSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.deInternet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

KPV-Gespräch im Landtag:

Junge Hausärzte braucht das Land

Die hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum war eines der Schwerpunktthemen bei einem Treffen der Bezirksvorstandsschaft der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) mit den Oberpfälzer CSU-Landtagsabgeordneten.

Glaubt man der Kassenärztlichen Vereinigung, so sind derzeit die Praxen in der Oberpfalz zwar ausreichend besetzt. Doch das ist nur die eine Wahrheit, wie Staatssekretär Markus Sackmann meinte. Sieht man nämlich näher hin, wird man feststellen, dass sich aufgrund der derzeitigen Altersstruktur der Oberpfälzer Hausärzte das Problem in fünf bis zehn Jahren mit großer Wucht zeigen wird. Deshalb müsse man sich jetzt mit diesem Thema eingehend auseinandersetzen. Der Rötzer Bürgermeister Ludwig Reger kritisierte in diesem Zusammenhang die Richtlinien der Städtebauförde-

rung, wonach bei derartigen Sanierungsmaßnahmen Arztpraxen nicht einbezogen werden können.

Verhängnisvolle Brachen in Dorf- und Ortskernen

KPV-Bezirksvorsitzender Herbert Mirbeth lenkte die Diskussion dann auf das zweite Schwerpunktthema der Münchner Gesprächsrunde, die Revitalisierung der Dörfer und Orte im ländlichen Raum. Wenn es nicht gelinge, die Dorf- und Ortskerne für das Wohnen und Arbeiten attraktiv zu halten, wird sich hinter manchem „Fassadenschein“ eine

verhängnisvolle Brache ergeben, prophezeite Mirbeth. Der Regensburger Landrat regte bei den Parlamentariern daher eine Initiative an, welche das Bauen und Sanieren in Dorf- und Ortskernen steuerlich belohnt und so gegenüber der Investition auf der grünen Wiese besser stellt. Die Gemeinden sollten die Möglichkeit erhalten, die Grenzen solcher Dorf- und Ortskerne durch Gebietssatzungen festzulegen. Philipp Graf Lerchenfeld, Mitglied des Haushaltsausschusses im Bayer. Landtag, wird zusammen mit Mirbeth eine derartige Initiative ausarbeiten. Die KPV-Vorstandsschaft und die Abgeordneten vereinbarten schließlich, zeitnah diesen Meinungsaustausch auf Oberpfälzer Ebene fortzusetzen. □

Landkreis Miltenberg verlieh Agenda-21-Preise

Mit insgesamt vier Agenda-21-Preisen hat der Landkreis Miltenberg in Person von Landrat Roland Schwing jüngst im großen Sitzungssaal des Landratsamts Miltenberg herausragende Leistungen und Projekte gewürdigt, die den Leitlinien des Landkreises für eine nachhaltige Entwicklung entsprechen.

„Eine Entwicklung ist nachhaltig, wenn sie den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“, sagte Schwing und wies darauf hin, wie umfassend das Feld der Agenda 21 ist - es reicht von Ökologie, Ökonomie, Kultur bis ins Soziale. Die Agenda 21 sei die beste Chance, die Bürger zu Partnern der Politik zu machen. Er machte deutlich, dass man immer wieder über die Ziele und die Umsetzungsmöglichkeiten der Agenda 21 informieren müsse, um die Bürger zu sensibilisieren und Verständnis für die Notwendigkeit eines bewussten Umgangs mit den natürlichen Ressourcen und Lebensgrundlagen zu wecken und zu vertiefen.

Nachhaltiges Handeln

Im Landkreis Miltenberg wird Schwing zufolge seit vielen Jahren Wert auf nachhaltiges Handeln auf breiter Ebene gelegt. Bereits 1998 habe der Natur- und Umweltausschuss des Landkreises beschlossen, die Ziele der Agenda 21 auch im Landkreis umzusetzen, blickte Schwing zurück. Seit 2003 würden eigene Leitlinien für eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 21 entwickelt. Neben der Stärkung der heimischen mittelständischen Wirtschaft gelte es, den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen zu fördern, die Attraktivität des Kreises als Wohn- und Naherholungsgebiet zu erhöhen und ihn als lebens- und lebenswerte Region zu bewahren. In diesem Zusammenhang sei es ein großer Erfolg, dass der Landkreis in das EU-Förderprogramm Leader aufgenommen worden sei. Über die Lokale Aktionsgemeinschaft Main4Eck seien schon viele Projekte angestoßen worden, freute sich Schwing.

Herausragende Leistungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes würden im Landkreis schon seit 1987 mit dem Umweltpreis gewürdigt. Er sei mittlerweile zum Agenda-21-Preis umstrukturiert worden, so der Landrat. Der Preis sei mit 2500 Euro dotiert, die Summe könne aber auf bis zu drei Preisträger aufgeteilt werden. Auf die Ausschreibung des Preises

seien in diesem Jahr insgesamt elf Vorschläge eingegangen, aus denen der Natur- und Umweltausschuss des Landkreises einstimmig die Sieger ausgewählt habe.

Anschließend überreichte der Landrat den Agenda-21-Preis an insgesamt vier Preisträger. Der erste Preis in Höhe von 1000 Euro ging an das Projekt „Miteinander – was sonst“ der Mozart-Volksschule Elsenfeld und die Richard-Galmbacher-Schule Elsenfeld. Hier werden behinderte Kinder in den Schulalltag und das Leben von nichtbehinderten Kindern integriert. Durch die gemeinsam verbrachte Zeit können bei Kindern Ängste und Vorurteile gar nicht erst entstehen. Die Lehrerinnen Maria Hahn und Luise Ritter erklärten den Gästen der Preisverleihungsfeier, dass die Schulen seit 1994 zusammenarbeiten. Den Kindern mache es viel Spaß, gemeinsam zu lernen und zu spielen. Gemeinsam wird auch gefeiert – beispielsweise an Weihnachten, beim Schulfest, an Fasching und an St. Martin. Auch auf die Zusammenarbeit mit den Eltern wird großer Wert gelegt.

Erhalt alter Obstsorten

Der zweite Preis, mit 750 Euro dotiert, ging an den Verein Obstkulturpark Bayerischer Untermain. Er setzt sich seit 2004 für die Erhaltung alter Obstsorten aus der Region Bayerischer Untermain ein. Der gemeinnützige Verein finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge, Spenden, Baumpatenschaften und andere Zuwendungen. Er dient der Erhaltung eines Lebensraums für Natur und Mensch, dem Fortbestand eines Kulturguts und der Weitergabe von praktischen Fähigkeiten, ohne die die Kulturlandschaft allmählich verschwinden würde. Vorsitzender Günther Oettinger erläuterte, dass der Verein auf 48.000 Quadratmetern in Trennfurt alte Baumsorten anbaut - jeweils drei pro Sorte. Damit will man verhindern, dass alte Baumsorten aussterben. Insgesamt 450 Bäume sollen gepflanzt werden, bei 320 ist man zurzeit angekommen. Großen Wert lege man zudem auf naturgemäßen Obstbau, sagte Oettinger.

Den dritten Preis in Höhe von 500 Euro holte sich die Josef-

Anton-Rohe-Volksschule Kleinwallstadt für ihren Urafiki-Lauf. Mit diesem Sponsorenlauf unterstützt die Schule seit sechs Jahren Aids-Waisen in Tansania. Mit den Erlösen werden laut Rosemarie Seuffert unter anderem Schuluniformen für die Kinder in Afrika gekauft, damit diese zur Schule gehen können. Zudem wird das Projekt der peruanischen Non-Profit-Organisation Cedapp in Lima unterstützt, einem Zentrum für psychosoziale Entwicklung und Beratung. Die Verantwortlichen setzen sich für die Förderung und den Schutz der mentalen Gesundheit von Kindern ein, die in extremer Armut leben. Mit einer Erweiterung des Laufs auf Firmen und sonstige Gruppierungen will man 2011 versuchen, künftig noch mehr Geld zu Erlösen.

Sonderpreis für Engagement

Einen Sonderpreis von 350 Euro erhielt der seit 35 Jahren im Umweltschutz ehrenamtlich tätige Peter Waigand (Erlenbach). Er vertritt in verschiedensten Gremien seit Jahrzehnten den Naturschutz. Unter anderem war er lange Vorsitzender des Naturschutzvereins Erlenbach, Vorsitzender der Kreisgruppe im Landesbund für Vogelschutz, Naturschutzbeirat und Umweltbeauftragter der Stadt Erlenbach. Er berichtete von den Anfängen des Naturschutzes im Landkreis und stellte fest, dass der Natur- und Umweltschutz mit der Zeit auch politisch wahrgenommen worden sei. Dabei habe man auch Niederlagen hinnehmen müssen, bedauerte er und beklagte, dass der Stellenwert des Natur- und Umweltschutzes abnehme und die meisten Mitbürger nur reagierten, wenn sie persönlich betroffen sind. Waigand forderte alle auf, ihren Beitrag zu leisten, um nachfolgenden Generationen eine artenreiche und lebenswerte Welt zu erhalten.

Landrat Roland Schwing überreichte den Preisträgern Urkunden und würdigte die Leistungen der Ausgezeichneten im Sinne der Agenda 21. Sie verkörperten vorbildlich den Leitspruch „Global denken – lokal handeln“, lobte er und wies darauf hin, dass die Agenda 21 den gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden ein völlig neues Feld der partnerschaftlichen Kooperation und der gesellschaftlichen Mitverantwortung bietet. „Ich appelliere an alle, diese Chance zur Zusammenarbeit zu nutzen“,

GZ

Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Hut ab. Die Kids nehmen aktuelle Themen auf und machen was draus!“ Mein Chef, der Bürgermeister, war begeistert von seinem Gespräch mit den Redakteuren der Schülerzeitung unseres Gymnasiums.

Die hatten ihm nämlich erzählt, dass es seit kurzem neue Synonyme für „niederbügeln, abkanzeln, bloßstellen, zusammenstauchen, zur Sau machen“ gäbe: In der aktiven Form heißt das unter Jugendlichen „schäublen“ und passiv „offern“. Also: „Ich schäuble den Kerl“, wenn man jemanden zusammenfallen will und: „Der wurde ganz schön geoffert“, wenn einer sein Fett weg bekam. Abgeleitet natürlich von dem berühmten YouTube-Film, der Finanzminister Wolfgang Schäuble zeigt, wie er vor den versammelten Journalisten seinen Ex-Pressesprecher Michael Offer in den Senkel stellt.

Gezügelte Temperamente

Für die angehenden Woodwards und Bernsteins aus der Untersekunda war das allerdings nur der Aufhänger für die Frage an den Chef, wie er denn mit seinen engsten Mitarbeitern, Sekretärinnen, dem Fahrer usw. umgeht.

Tja, was soll man da schon sagen? Der Umgang mit Mitarbeitern hat einerseits viel mit Professionalität, andererseits aber noch mehr mit Temperament zu tun. Schließlich beschränkt sich die Zusammenarbeit zwischen Chef und engen persönlichen Mitarbeitern, jedenfalls wenn der Chef einmal einen besonders herausgehobenen Verantwortungslevel in Politik, Verwaltung oder Wirtschaft erreicht hat, nicht auf die gewöhnlichen Bürozeiten. Wenn man von 8 Uhr bis 22 Uhr, oftmals länger oder zusätzlich wochenends, beruflich miteinander zu tun hat, Stress, Ärger, Anspannung und oft auch Frustration teilt, dann gehen einem schon mal die Nerven durch. Das ist ganz natürlich. Ob sich das in Schreien und Toben ausdrückt, in ätzendem Sarkasmus, offenen Beleidigungen oder durchs Büro fliegenden Gegenständen, ist eher von den Umständen abhängig. Es wird auch der Arbeit eines Redenschreibers nicht gerecht, wenn der Chef die Ansprache mit den Worten einleitet, er lege das für ihn gefertigte Manus-

kript mal beiseite und rede Klartext. Aber manchmal braucht ein Redner das, um das Publikum aufzulockern.

Wer sich um einen Job bei einem Politiker oder Top-Manager bewirbt, muss das wissen und akzeptieren, sonst hat er seinen Beruf verfehlt. Die Sekretärin eines Bürgermeisters, Firmenchefs oder Ministers ist halt nicht nur Tippse und Termintante, sondern seine Managerin, der verschwiegene Abwehrschirm und manchmal eben Blitzableiterin, wenn dem Chef/der Chefin alles zuviel wird und er/sie ein Ventil braucht, um Dampf abzulassen. Das gilt für die ganze Mitarbeitertruppe.

Das ist nicht schön, das mag je nach Typ für den einzelnen auch belastend sein, es ist aber so und lässt sich nicht ändern, solange wir von Menschen mit Emotionen und Leidenschaft geführt werden wollen und nicht von fleischfarbenen angestrichenen Robotern. Auf offener Bühne muss man sich aber natürlich im Griff haben. Über einen gepflegten Anschiss hinter den Kulissen hätte sich die Republik nicht tagelang aufgeregt. Schließlich geriet ja auch die in einer Personalversammlung vor aller Ohren geäußerte Bitte des Personalrats des Entwicklungshilfeministeriums, die damalige Ministerin Wieczorek-Zeul möge sich ihren Mitarbeitern gegenüber an akzeptierte Umgangsformen halten, nur unten ins Vermischte.

Man fragt sich, ob die Medien wirklich den Fall Schäuble-Offer so aufbauschen mussten. Schließlich ist es für den betroffenen Mitarbeiter belastend, die Zurechtweisung tagelang im Fernsehen wiedergegeben und in den Zeitungen besprochen zu sehen. Leider ist es seit einigen Jahren Mode geworden, Mitarbeiter zu instrumentalisieren, um die Chefs zu treffen.

Mein Chef, der Bürgermeister, sprach ganz offen über den Krach, den er manchmal schlägt, aber auch darüber, dass er nie jemanden persönlich verletzen will. Und weil ich ihn auch für solche Offenheit mag, lege ich ihm das Kalenderblatt mit einem Satz Jean Cocteau hin: „Takt besteht darin, dass man weiß, wie weit man zu weit gehen darf.“

the
Sabrina

so Schwing weiter eindringlich.

Elsenfelds Bürgermeister Matthias Luxem würdigte im Namen der Bürgermeister die Leistungen der Ausgezeichneten. Er nannte Möglichkeiten, wie im Landkreis etwas für eine nachhaltige Entwicklung getan werden kann. So dürfe sich Naturschutz nicht nur auf Schutzgebiete beschränken, er müsse auch in der Fläche stattfinden. Luxem plädierte zudem für flächensparende Bauweise, für alternative und erneuerbare Energien sowie Planungen, die Wert auf möglichst wenig Verkehr legen. Auch die Entwicklung zu kinder- und familienfreundlichen Kommunen sei anzustreben. Für eine lokale Politik der Nachhaltigkeit sei die Zusammenarbeit wichtig, erläuterte der Bürgermeister und maß vor allem den Gemeinderäten und den Bürgern große Bedeutung zu. Sie dächten Wege und Lösungen gemeinsam zu Ende, agierten kostenbewusster und planten zielorientierter. □

Stadtmarketing:

Neuer Ortsprospekt der Gemeinde Oy-Mittelberg

Ein Ortsprospekt gilt als touristische Visitenkarte einer Urlaubdestination. In Zeiten wachsender Konkurrenz und des Buhls um den Gast, lässt sich ein Trend hin zu immer bunterer, lauterer, aggressiverer und überzogener Gestaltung beobachten. Damit einher geht häufig der Verlust der Glaubwürdigkeit.

Die Gemeinde Oy-Mittelberg/Oberallgäu beschreitet bei der Neuauflage ihres Ortsprospekts neue Wege. Dabei setzt sie in erster Linie auf eines: Authentizität. Gemeinsam mit der Designgruppe Koop (Nesselwang/München) wurde ein Gesamtkonzept entwickelt, das in Gestalt, Material und vor allem bei der Versandmethode stark vom Standard abweicht.

Wanderführer inklusive

In einem Ort der Wanderdesti-

nation Allgäu darf der Gast mit dem neuen Ortsprospekt auch gleichzeitig einen erstklassigen Wanderführer erwarten. Freunde der Wanderszene wie u.a. der in Oy-Mittelberg lebende Fotograf und Autor Andreas Riedmiller verraten sogar ihre ganz persönlichen Wandertipps in der Heimat. Denn wo Oy-Mittelberg drauf steht, da soll auch Oy-Mittelberg drin sein!

Naturschutz und Umweltverbundenheit

Bei der Vorstellung des Neuen Prospekts erfuhr man von Theo Haslach, dem Ersten Bürgermeister Oy-Mittelbergs und Tourismusleiter Jens Hornung, wie Wertigkeit, Naturschutz und Umweltverbundenheit hier vereint wurden und warum der Prospekt auch ein Reiseführer sein könnte. Für Fragen zur Gestaltung des Ortsprospekts stand Designer Andreas Koop zur Verfügung. Zum Abschluss der Präsentation wurde eine Spezialität der Region, frisch zubereitete Flusskrebse aus dem Rottachsee, die sich im gesamten süddeutschen Raum bei Gourmetköchen großer Beliebtheit erfreuen, verteilt. □



Verleihung des Agenda-21-Preises mit (von links) Peter Waigand, Matthias Luxem, Maria Hahn, Luise Ritter, Günther Oettinger, Rosemarie Seuffert und Landrat Roland Schwing. □

Neumarkt i.d.OPf. und Niederwinkling:

„Kommunen des Jahres“

Die Stiftung „Großer Preis des Mittelstandes“ hat der Stadt Neumarkt i.d. OPf. in Berlin die Auszeichnung „Kommune des Jahres 2010“ zugesprochen. Oberbürgermeister Thomas Thumann nahm den „Oskar als Kommune des Jahres 2010“ im Neumarkter Rathaus in Empfang. Er zeigte sich sehr erfreut über diese „herausragende Würdigung, die uns stolz macht“ und ergänzte: „Wir fühlen uns durch diese Auszeichnung in unseren vielfältigen Bemühungen um unsere heimische, mittelständisch geprägte Wirtschaft und die dortigen Arbeitsplätze sowie für unser Bestreben, gute Lebensbedingungen zu schaffen, bestätigt. Der Preis ist für uns aber zugleich ein großer Ansporn, auf diesem erfolgreichen Weg weiter zu gehen.“

Insgesamt setzte sich Neumarkt unter 44 vorgeschlagenen Kommunen durch, die jeweils auf Nominierungen aus der Wirtschaft beruhten. Wichtigstes Kriterium ist bei der Auswahl der Preisträger laut Stiftung „eine herausragende Einstellung des Bewerbers gegenüber seinem Mittelstand und den daraus resultierenden strukturellen bzw. wirtschaftlichen Vorteilen für die Unternehmen“. Schon 2009 hatten sich die Teilnehmer der Strategiekommision der Stiftung bei ihrem Treffen in Neumarkt selber von den Vorzügen Neumarkts überzeugen können. Die damals von Oberbürgermeister Thumann präsentierten Zahlen und Fakten, unter anderem mit dem niedrigsten Hebesatz bei der Gewerbesteuer unter allen Großen Kreisstädten in Bayern, führten zur Entscheidung für Neumarkt, wie es in einer Stellungnahme der Stiftung heißt.

Der Preis „Kommune des Jahres“ fügt sich laut OB Thumann in eine ganze Reihe hoher Auszeichnungen ein, die seine Stadt erhalten habe. Schon 2005 hatte Neumarkt den Qualitätspreis des Bayerischen Wirtschaftsministeriums als „Wirtschaftsfreundlichste Gemeinde“ bekommen, 2008 war sie die damals erste Stadt

Deutschlands, die den Titel „Stadt der Weltdekade“ von der UNESCO bereits zum zweiten Mal verliehen bekam und zudem war Neumarkt erste Fair-Trade-Stadt Bayerns.

Seit über zehn Jahren sucht die Oskar-Patzelt-Stiftung mit dem Sonderpreis „Kommune des Jahres“ besonders herausragende Kommunen, die sich um „ihren“ Mittelstand kümmern und deshalb mehr Gewerbe, mehr Arbeitsplätze, mehr Geld in die Region holen als andere. Dieser bislang ausschließlich auf Bundesebene ausgeschriebene und verliehene Sonderpreis wurde erstmals auch auf der Ebene von Regionalveranstaltungen verliehen. Für die Regionen Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Thüringen erhielt im Rahmen einer Festveranstaltung in Würzburg die Gemeinde Niederwinkling, Schwarzbach (Bayern) den begehrten Preis.

Konstantes Wachstum

Die kleine ostbayerische Gemeinde boomt. Bevölkerungsrückgang ist ihre Sache nicht, im Gegenteil. Die Anzahl der Einwohner wächst stetig und konstant um mehr als 20 Prozent in den letzten zehn Jahren. Seit Jahren pendeln darüber hinaus die



Empfang für Würzburger Prinzenpaar

Vorboten des Rathaus-Sturms: Oberbürgermeister Georg Rosenthal empfing mit Elke (II.) Sauer und Werner (II.) Röder zum Auftakt der Faschingsession in diesem Jahr ein Prinzenpaar aus Eibelstadt im Würzburger Rathaus. Heinz Koch, der Bürgermeister der Landkreisgemeinde, bestritt energisch, dass mit diesem Schachzug der 1. Karnevalsgesellschaft Elferrat Würzburg die Eingemeindung Eibelstadts kurz bevorstünde. Sitzungspräsident Burkhard Pfrenzinger (L.) und Gesellschaftspräsident Dr. Reinhard Stumpf (r.), der Spielmannszug und die Garden hielten sich bei der Vorstellung des Prinzenpaares „vom edlen Tropfen“ streng an das von der Prinzessin ausgegebene Motto: „Wenn man lacht, dann geht es leichter.“ Bild: Georg Wagenbrenner

Arbeitskräfte nicht mehr aus, sondern nach Niederwinkling ein. Der Grund: Mitte der 90er Jahre wurden direkt an der Autobahnausfahrt Industrie- und Gewerbeflächen ausgewiesen und schrittweise je nach Bedarf erweitert. Zeitgleich damit wurden auch die Baugebiete ausgewiesen.

Einen wichtigen Schritt für die dynamische Weiterentwicklung der Gemeinde ging Erster Bürgermeister Ludwig Waas. Er entwickelte mit dem Gemeinderat ein neues Vermarktungskonzept, um konkurrenzfähig zu sein. Investoren, Verwaltung, Behörden, Planer, Bauträger und Banken wurden zu einem Team vereinigt, das sich um jeden Neuansiedler kümmert. Ein regelrechtes „Starter-Paket“ wird für die Ansiedlungsinteressenten geschnürt. Ergebnis: Die Gemeinde bietet nicht nur Grundstücke zur Bebauung an, sondern erstellt komplette Bedarfsanalysen im Bereich Industrie- und Gewerbean-

siedlungen und sie ist stark im Bürokratieabbau. Ihr Motto: „Es gibt für alle Probleme eine Lösung. Man muss sich nur die kompetenten und erfahrenen Partner mit ins Boot holen.“

Ansiedlung ist in Niederwinkling Chefsache. Der Bürgermeister steht als Koordinator für die Vorhabensprüfung in der Vorbereitung bei den Behörden sowie für die Prüfung und Erstellung der Planungskonzepte mit Planern und Bauträgern inklusive Abklärung von Fördermöglichkeiten bei der Regierung von Niederbayern bzw. den zuständigen Stellen zur Verfügung und ist zugleich Ansprechpartner bei Problemen während der Bauphase. „Durch geschicktes Projektmanagement gelang es der Gemeinde in den vergangenen fünf Jahren 15 Industrie- und Gewerbebetriebe - vorrangig Existenzgründer - mit rund 250 neuen Arbeitsplätzen anzusiedeln. DK

Bayerischer Untermain:

Mehr junge alkoholisierte Straftäter

Laut einem Bericht der Kinderklinik Aschaffenburg landen pro Jahr rund 60 Jugendliche aus dem Raum Bayerischer Untermain nach übermäßigem Alkoholkonsum im Klinikum Aschaffenburg. Um sie davor zu schützen, sich übermäßig oder sogar lebensbedrohlich zu betrinken, sind die Verantwortlichen der Kinderklinik, des Amtes für Kinder, Jugend und Familie und der Polizeiinspektionen Aschaffenburg und Alzenau tätig geworden.

So wurde unter anderem ein Meldebogen entwickelt, mit dessen Hilfe eine Meldung an das Amt für Kinder, Jugend und Familie erfolgt, wenn Jugendliche aus dem Landkreis wegen übermäßigen Alkoholkonsums eingeliefert wurden. Dadurch kann das Amt den betroffenen Jugendlichen mit ihren Eltern Beratungsgespräche und weitere Hilfen anbieten. Die Erfahrungen der vergangenen Monate zeigen, dass dieses Angebot zumindest in 50 Prozent aller Fälle dankbar angenommen wird und auch Erfolg versprechend ist.

Alarmierende Entwicklung

Die Zunahme der alkoholisierten Straftäter und Gewalttäter sei gerade vor dem Rückgang der allgemeinen Kriminalität besorgniserregend, so der leitende Direktor der Polizeiinspektion Aschaffenburg, Bruno Bozem. Die absoluten Zahlen der alkoholisierten Jugendlichen seien zwar vergleichsweise gering, trotzdem zeige sich eine Entwicklung, die zum Handeln aufrufe. So waren im Jahr 2006 in Stadt und Altlandkreis Aschaffenburg 24 Prozent der 18 bis 21-jährigen Straftäter alkoholisiert, 2009 bereits 28 Prozent. Bei den Jugendlichen (14 bis 17-Jährige) stieg der Anteil von 8 Prozent auf 15 Prozent Straftäter, die alkoholisiert waren. Im Bereich der gefährlichen Körperverletzung waren im Jahr 2006 24 Prozent der Heranwachsenden, die in eine Schlägerei verwickelt waren, alkoholisiert, 2009 waren es 74

Prozent (ca. 28 Jugendliche). Bei den Jugendlichen stieg der Anteil von 30 auf 51 Prozent.

Maßnahmen

Auch Landrat Dr. Ulrich Reuter machte deutlich, dass es ein wichtiges Ziel sei, Jugendlichen nicht das Feiern zu verbieten, sondern sie vor sich selbst zu schützen. Es müsse das Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass weder Koma noch Promille cool sind. Deshalb wurden bereits in der Vergangenheit Maßnahmen in die Wege geleitet, um dem Jugendschutz gerecht werden zu können. So haben der Landkreis und alle Gemeinden aus dem Landkreis gemeinsam mit der Polizei eine Partnerschaft geschlossen, die ein gemeinsames Handeln im Sinne des Jugendschutzes zum Ziel hat.

Jugendschutz auf Vereinsfesten

Außerdem wurden in den letzten Monaten die Veranstalter von Vereinsfesten bereits auf mehreren Informationsveranstaltungen auf die Bestimmungen des Jugendschutzes hingewiesen und Erfahrungen ausgetauscht, wie sich der Jugendschutz auch auf Vereinsfesten zielführend und wirkungsvoll umsetzen lässt. Vor Ort zeigen Polizei und Jugendamt verstärkt Präsenz auf abendlichen Veranstaltungen und kontrollieren die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen oder verweisen stark alkoholisierte Jugendliche des Festgeländes. DO.

Vorschau auf GZ 23

In unserer Ausgabe Nr. 23, die am 2. Dezember erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasserversorgung · Abwasser
- Umwelt- und Abfalltechnik
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 winnenden
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Berufskleidung

hardusch
Textil-Mietdienste
Bardusch GmbH & Co. KG · Textil-Mietdienste · Bundesweit
www.bardusch.de · Tel.: 01801 - BARDUSCH (22 73 87 24)

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Geschenke für Neugeborene

kerler
Alles in Textil bestickt — gewoben — bedruckt — bestrast — individuell gefertigt !
z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters.
z. B. BW-Tragetaschen 500 St. einfarbig bedruckt
€ 360,00 + MwSt. + Film.
Kerler GmbH
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Hausmeisterservice

Biete
Hausmeisterservice
im Großraum München
Chiffre: GZ-17252

Kindergarteneinrichtungen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 81 71) 93 07-13

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net

Sportgeräte

www.benz-sport.de
ORIGINAL
BENZ
SPORT
Tel. 07195/6905-0 · Fax: 07195/6905-77 · info@benz-sport.de

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner
a BUCHER company
Gmeiner GmbH
Winterdiensttechnik · Germany
Daimlerstraße 18 · 92533 Wernberg-Köblitz
Telefon: +49 (9604) 93267-0
Internet: www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326/502-0
Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
geräsmühle str. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshändler für **ledlight studio**
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!